DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

118/119 | 11. JAHRGANG | Juli/August '94 | 8,00 DM

BILDUNG IM WERTEWANDEL

Lernen ohne Studienräte

Der Ruf nach Bildung hat Hochkonjunktur! Die Wirtschaft fordert radikaler als andere gesellschaftliche Institutionen die »Schlüsselqualifikation«, das Lernen des Lernens bzw. die Fähigkeiten mit Problemen umzugehen und neue Lösungsmöglichkeiten finden zu können – eine offene Bildung.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Hannelore Zimmermann, Neu-Ulm ● Aber was bisher unter »Bildung« verstanden wurde, scheint abgewirtschaftet zu haben. Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen stecken in einer Legitimationskrise, sofern staatlich keine Zwangsteilnahme verordnet, sind viele Kurse mangels TeilnehmerInnen gefährdet. Es will keiner mehr wissen, als das was ihn nicht unmittelbar interessiert oder einfach auch Spaß macht. Nicht länger reicht es, Inhalte einer Beliebigkeit zusammenhanglos zu vermitteln. Es bedarf eines Aufhängers – beispielsweise der Betroffenheit – einer neuen Methodik, die mehr als nur den Kopf am Lernen beteiligt; der Erfindungsgeist der TeilnehmerInnen ist mangels verfügbarer Lösungen gefragt. Diese wiederum fragen aber auch nach den Konsequenzen ihrer »Lern«-Arbeit und fordern Entscheidungskompetenzen, (Bürger)-Beteiligung ein. Auch der Administration ist dies in mancher Hinsicht recht, zu oft ist sie über Bürgerinitiativen gestolpert – doch wie kann die neue Beteiligungswelle in das tägliche Geschäft integriert werden, wie kann sie initiiert werden...?

Eine Neue Bildung ist gefragt, sie soll Fähigkeiten entwickeln, komplexe Systeme zu durchschauen, um mit ihnen arbeiten zu können. Mit ihr soll zur Erkenntnis und Beherrschung verholfen werden, auf der »Welle der Gelegenheiten« zu surfen: Eine flexible Körperhaltung und gesteigerte Wachheit ist dabei ManagerInnen, KünstlerInnen, PolitikerInnen und SportlerInnen gemein.

Zukünftige Möglichkeiten kristallisieren sich heute bereits zu Strukturen – aus reiner Notwendigkeit sind seit Ende der 60er Jahre Bürgerbewegungen entstanden. Schübe sozialer Umorientierung haben eine alternative Bildungslandschaft geschaffen. Wir sind also bereits in ein integral erweitertes Bildungssystem gerutscht, in dem Kompensationsaneignung nicht den etablierten Stellen überlassen wird. Eine ganze Generation nimmt das Angebot einer auf Lebenszeit angelegten Bildung an und ist gestaltend beteiligt. Unermüdlich werden Selbsthilfegruppen organisiert, wird an Fortbildungsseminaren teilgenommen.

Die Selbstverwaltungswirtschaft will ihr eigenes Management ausbilden, Frauen, Kinder... machen ihre Rechte geltend – eine Szene partikulärer Wirklichkeiten, der sich die Neue Bildung anpaßt.

CONTRASTE skizziert im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Seiten 7-9 Diskussionen aus der Bildungslandschaft. Die hier gekürzten Beiträge werden im Herbst 1994 als Reader »Bildung im Wertewandel« bei der Publikationsstelle der AG SPAK (Adlzreiterstr. 23, 80337 München, Tel.: 089/774078, Fax: 774077) erscheinen.

Im gleichen Zusammenhang weisen wir auf zwei Buchbesprechungen in dieser Ausgabe hin, die kooperative Selbstqualifikation in Betrieben und das Modell der lernenden Organisation zum Thema haben: Seite 13

»Ist Selbstverwaltung erlernbar? Modelle des Lernens, Lehrens und Austauschens in nichtautoritären Betrieben und Projekten« ist das Thema des Sommerseminars des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ), das vom 5.-14. August 1994 in der Bildungsstätte Munzel, Westerhagen 4, 63013 Barsinghausen stattfindet. ●

AUS DEM INHALT:

HANDWERK

Von Krise kann im Handwerk keine Rede sein. Insbesondere Schreinereien mit dem Arbeitsschwerpunkt ökologisches Bauen und Wohnen expandieren weiter. Dazu stellen wir mit der Handwerkergenossenschaft in Mannheim eine der größeren selbstverwalteten Schreinereien vor, die vor kurzem ihr Angebot mit der Eröffnung eines Öko-Baumarkts vergrößerte. Seite 3

BANANEN

Die aktuelle Quotenregelung der EU hat zwar die Bananenpreise etwas nach oben gedrückt, sollte aber auch unabhängige ProduzentInnen in der Karibik mit unterstützen. Die Schattenseite wird nun durch Streiks von BananenarbeiterInnen in Costa Rica deutlich. Die Gelnhauser Initiative BanaFair berichtet über Hintergründe, die zum Streik führten und über Geschäftspraktiken von Multis, die die zollfreien karibischen Bananen vermarkten. Seite 4

NICARAGUA

Als neunten Teil unserer Serie beleuchten wir den Ende Mai stattgefundenen, außerordentlichen Parteikongreß der FSLN. Die befürchtete Spaltung zwischen der »demokratischen Linken« um den bisherigen Parteipräsidenten, Daniel Ortega, und den »Mehrheitlern« um den Vorsitzenden der Parlaments-Fraktion, Sergio Ramirez, hat vorläufig nicht stattgefunden. Allerdings fanden kaum inhaltliche Diskussionen um die Zukunft der FSLN statt. Ein ausführlicher Kongreßbericht mit Bewertung des Ausgangs ist nachzulesen auf Seite 5.

SOZIALPOLITIK

Die Erhöhung der Sozialhilfe gerät zur Farce: Unterschiedliche Prozentzahlen in verschiedenen Bundesländern und zynische Markklauberei seitens des Bundesfinanzministers sorgen für Verwirrung und erboste Diskussionen. »Ey, Waigel, haste mal ne Mark?« müssen Personen, die von Sozialhilfe leben, bald wörtlich nehmen, wenn nicht doch noch auf die Regelsätze Einfluß genommen werden kann oder z.B. der Jäger-90 nicht gebaut wird. Seite 2

UTOPIE

Der zunehmende Existenzdruck läßt kaum noch Raum für ethisch-politische Grundsatzfragen, geschweige denn Utopie-Diskussionen. Auch wenn reale Bewegungen zur Gesellschaftsveränderung sich grade nicht manifestieren, sind doch gedankliche Entwürfe außerhalb der schweren Strukturkrise des Kapitalismus beachtenswert. Unsere Autorin Elisabeth Voß bespricht das Buch »Subversion und Gemeinschaft« und hat dazu den Autor Helmut Thielen befragt. Seite 6

BUNTE SEITEN

Im Oktober dieses Jahres ist es wieder soweit! Die BUNTEN SEITEN erscheinen wieder – diesmal im handlicherem Buchformat und inhaltlich stark erweitert. Betriebe, Initiativen, die dort aufgeführt werden wollen, sind hiermit aufgefordert, sich bis zum 15. August 1994 zu melden. Das gleiche gilt für bisher schon vertretene, deren Daten sich verändert haben oder um z.B. die Fax-Nr. erweitert werden sollen. Auch die Anzeigenpreisliste kann ab sofort bestellt werden. Die Fax-Nr. der Redaktion: 06221/16 44 89.
Da wir aus Kostengründen die Auflage steuern wollen und in diesem Jahr nicht alle AbonenntInnen automatisch beschicken können und zudem wegen der aufwendigeren Produktion als Handbuch einen Preis von 30 DM verlangen müssen, weisen wir alle AbonenntInnen darauf hin, daß für sie ein Sonderpreis von 20 DM gilt. Bestellcoupon auf Seite 2.

P 8008 E

DATEN-CHECK-UP: »PGP«

Gegen elektronische Autorisierungszentralen

In der Fortsetzung unseres Schwerpunktes zum Informationsmanagement beschäftigt uns ein neuartiges Verschlüsselungsprogramm, welches in Fachkreisen für Furore sorgt: PGP (»Pretty Good Privacy«) ist weder zu knacken und ermöglicht gleichzeitig – bei richtiger Anwendung – die vertragstaugliche elektronische Unterschrift. Und – wichtigster Aspekt für eine Wirtschaft von unten – es verzichtet dabei vollständig auf zentrale Einrichtungen zur Autorisierung, ja, hebelt Überwachungszentren regelrecht aus...

von kurt regenauer aus nürnberg ● Telekonomie mit Echtheitsgarantie bietet ein in den vergangenen beiden Jahren zu erstaunlicher Einsatzreife weiterentwickeltes Computerprogramm zur Datenverschlüsselung mit dem programmatischen Namen »Pretty Good Privacy« (PGP). Ein Optimum an Sicherheit im Datenverkehr scheint durchaus erreichbar; eine Vorstellung, die »SicherheitsexpertInnen« der Machtzentralen zu Schweißausbrüchen treibt und gleichzeitig eine höchst ungewöhnliche Koalition von Wirtschaftsinteressen und ÜberwachungsstaatgegnerInnen hervorgerufen hat.

Kommißköppe und Law&Order-FanatikerInnen sahen die Entwicklung von PGP auch alsbald als Kriminalfall. Der amerikanische Erstautor (inzwischen strickte eine internationale Elite an SoftwarespezialistInnen an der Fortentwicklung – in den USA schaltete sich z.B. das renommierte MIT ein) muß mit schwerwiegenden Verfahren, u.a. wegen Waffenexport, rechnen. Wir veröffentlichen einen Solidaritätsaufruf auf der Seite 11.

Des weiteren plant die US-Regierung, ein eigenes Verschlüsselungschip (»Clipper«) zur Gesetzesnorm zu machen. Der Unterschied: ein zweiteiliger »Generalschlüssel« (als Set aller von Clipper generierten Schlüssel) kann der Exekutive und Judikative in jedem Fall Zugang zu jeder Information verschaffen. Amerikanische Herstellerfirmen sollen diesen Chip standardgemäß einbauen. Ein Vorgang mit bahnbrechender Wirkung für den internationalen Markt soll US-Behörden, insbesondere der National Security Agency (NSA) – dem größten Geheimdienst der Welt – ein Informationsmonopol sichern.

Vor diesem Hintergrund mauserte PGP sich alsbald vom Kriminalfall zum Politikum: sogar europäische Regierungsstellen verschlüsseln inzwischen mit PGP. Vom Finanzgewaltigen/Wirtschaftsverantwortlichen über den Datenschutzbeauftragten bis zum Menschenrechtsaktivisten irgendwo im Trikont: Fachkreise setzen auf PGP, da PGP weitaus mehr ist als ein sicherer Code.

So könnte PGP z.B. auch ein wesentliches Bauelement der Ökonomie einer Zukunftsgesellschaft werden. Jenseits der Logik des Großen Lauschangriffs kann PGP dazu beitragen, den Grundbaustein kapitalistischer Marktwirtschaft, nach dem zwei formal Gleichen eine Vertragssicherheit garantiert wird, ins Informationszeitalter herüberretten.

Eine mit PGP mögliche, elektronische Vertragsunterschrift und zahlreiche, vom Empfänger eigenverantwortlich durchzuführende Prüfverfahren bieten nämlich erst den eigentlichen Zunder des Programms. Hierdurch und durch seine dezentrale Vernetzungsarchitektur bietet es den wirtschaftlichen AkteurInnen die Chance, getreu der Philosophie des Marktes, selbstbestimmt und ohne Aufsicht oder gar Informationshierarchie tätig zu werden.

Im Streit um das Verschlüsselungsmonopol droht die US-Regierung der Macht des Faktischen zu unterliegen. Andere nationale Wirtschaftsinteressen sowie alternative Ziele einer Wirtschaft von unten sind gleichermaßen an einer eigenen Autorisierungskompetenz von Wirtschaftsinformationen interessiert. Wo der »handshake« in der Marktwirtschaft zum »hardware-handshake« der Systeme werden soll, braucht die Informationsgesellschaft ein individuell verfügbares Maß an Rechtssicherheit.

Es ist daher durchaus möglich, daß mit der Entwicklung zu PGP eine wesentliche Strukturentscheidung und Weichenstellung der ökonomisch-technologischen Zukunft stattfindet, die auch alternative, regionale und lokale Entwicklungskompetenz vor der Macht von Informationszentralen schützt und begünstigt. ●

Weitere Beiträge zum Thema: Seite 10/11.

GRATULATION:

Die linke Spalte

Überall ist Sommerloch. Oder mensch schreibt zumindest darüber. Kaimane, Braunbären und andere Tiere füllen die Spalten. Und die alternative Ökonomie? Die sollte eigentlich keines haben, denn die Zeit des jährlichen Sommerseminars des selbigen Theoriearbeitskreises (TAKAÖ) naht und damit Hochzeit an News. Hochzeit als Vermählung von Theorie und der folgenden Praxis? Selbstbestimmtes Lehren und Lernen wird in diesem Jahr eine Woche lang behandelt (siehe Einladung, Seite 9) und CONTRASTE wollte das ihrige dazu beitragen. Doch Theorie, wenn sie so im Kopf begonnen hat, verlangt auch ihre papierene Form, um sie mitzuteilen. Nicht daß es zu wenig Papier gegeben hätte, bewahre! Theorie ist aber, wenn man's trotzdem macht? Ein wenig davon will unser Schwerpunkt erzählen. Wer mehr darüber wissen will: See you beim Sommerseminar!

Auf der Seite der letzten Ausgabe, die dem VSF und dem Schreinereientreffen gewidmet war, hat der Zeichenfresser zugeschlagen. Datenübertragung und großer Produktionsdruck führen manchmal dazu, daß Nullen verschwinden und halbe Sätze. Sorry! Wer Wert auf die Nullen und Halbsätze legt, kann sie bei uns anfordern. Am liebsten allerdings per Fax. Ansonsten freut mich der Sommer ungemein, ich schimpfe möglichst wenig über die Hitze – auf dem Jupiter ist's grad noch heißer – verunglimpfe ihn nicht als ereignislos, genieße und wünsch mir das eine oder andere mal ein Baggerloch. Was hier rund um Heidelberg glücklicherweise ganz einfach ist. Und da ich nur sommers ins Baggerloch springen kann, hab ich endlich das wahre Sommerloch gefunden – wie besagter Kaiman sich auch gedacht haben mag. ●

küma

PRÜFUNG VON GESELLiNNENSTÜCK

Punktabzug für Öl und Wachs?

andreas küstermann, redaktion handwerk ● Der Arbeitskreis ökologisches Holzhandwerk Wiesbaden/Taunus, ein Zusammenschluß mehrerer ökologisch orientierter Schreinereien, beklagte sich in einer Presseinformation vom 27. Juni 94 über gezielte Negativbewertung von GesellInnenstücken mit geölter und gewachster Oberfläche. Prüflingen sei im Vorfeld der Abgabe ihrer Stücke vom Prüfungsausschuß der Schreinerinnung in Wiesbaden gedroht worden, daß die Stücke nicht angenommen oder schlechter bewertet würden, wenn das Kriterium einer lackierten Oberfläche nicht erfüllt sei. Die Aussage kam zustande aufgrund einer Umfrage bei 26 Kreishandwerkerschaften, von denen immerhin bisher 19 eine Rückantwort sandten. 15 davon bewerten ökologische Oberflächen gleich und 3 hielten sich bedeckt. Am herausragendsten erschien aufgrund der erfahrenen Praxis einiger Betriebe die Antwort des Wiesbadener Prüfungsausschusses: (Zitat)..»daß sich der Gesellenprüfungsausschuß unserer Innung genau an die durch die Gesellenprüfungsordnung vorgegebenen Bestimmungen hält, die eine faire und unvoreingenommene Praxis garantieren!«

Ein Ausbilder aus einem der unterzeichnenden Betriebe (Name ist dem Autor bekannt) führt gegenteilige Beispiele an, die bis 1989 zurückreichen. Einziger bisher erreichter Kompromiß sei, daß Bio-Lack nicht bemängelt würde. Zu der Problematik befragt, antwortete E. Link, Geschäftsführer der Handwerkskammer Wiesbaden, die auch die rechtliche Aufsicht über die Prüfungsinhalte hat, sehr prompt, daß er keine Vorgabe des Bundesfachverbandes finden könne, die dem Vorgehen der Innung entsprechen würde. »...insbesondere durch lackieren, polieren, patinieren, färben ...« seien die Fertigkeiten bei der Oberflächentechnik zu beweisen, aber nach seiner Ansicht »müßten beide Techniken unter rechtlichen Gesichtspunkten und dem Stand der Technik in Prüfungen zugelassen werden«. Ein Kompromiß könne seines Erachtens darin liegen, die Spritztechnik bei der Arbeitsprobe anzuwenden, wenn das GesellInnenstück geölt und gewachst ausgeführt würde.

Nicht so einfach dagegen, eine Stellungnahme von der Kreishandwerkerschaft zu erhalten, die sich mit der Angelegenheit offensichtlich etwas schwer tat. Es dürfe und wolle nur Obermeister G. Michel dazu Stellung beziehen. Dieser argwöhnte dann zuerst, daß es sich bei der Initiative der Betriebe um einen PR-Gag des Arbeitskreises handeln müsse, denn »bisher hätte man noch nie Probleme miteinander gehabt«. Er kommt dann allerdings doch auf ein Prüfungsstück des letzten Jahres zu sprechen, das »auch ohne diese Oberfläche nicht hätte durchkommen können«. Auch in diesem Jahr sei dies wieder bei einem Stück der Fall. Laut seinen Aussagen würde er diese Betriebe gerne in die Innung holen, könne sich aber mit einem ersten Schritt innerhalb seiner Kollegen noch nicht durchsetzen. Im Ergebnis sieht er die Prüfungskommission verunglimpft und kündigt in jedem Fall noch weitere Schritte gegen diese Aussagen an. ●

WANDERWOCHE IN DER SCHWEIZ

Wandern und Kamingespräche zur Selbstverwaltung

In Salencina, dem selbstverwalteten Tagungshaus an der italienisch-deutschen Sprachgrenze, gehört Begegnung zum Charakter des Hauses. Zwangloser Urlaub mit Menschen aus ähnlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen eröffnet die Chance, Erfahrungen auszutauschen, neue FreundInnen kennenzulernen und neue Ideen zu entwickeln.

Tagsüber bietet Heini Conrad, ehemaliger Hüttenwart in Salencina, einige Kulturwanderungen an: auf Bergpfaden (Pas da Cam), den alten Talstraßen des Bergelis, zu Alternativbetrieben (Soglio-Produkte, Kosmetik), zu einem Steindrechsler und in ein italienisches Grotto.

Anschließend an diese Bergwanderungen trifft man/frau sich am Kaminfeuer, um über Utopien und über den Alltag rund um die Selbstverwaltung zu plaudern.

Drei Themen sind in Vorbereitung:

- **Vernetzung**: Welches sind überhaupt die heutigen Vernetzungsbedürfnisse / was macht das Schweizer Netzwerk für Selbstverwaltung / wohin könnte sich eine derartige Organisation entwickeln? Mit Ulrike Saade vom Verband der Selbstverwalteten Fahrradläden und Mike Weibel (Netzwerk Schweiz).
- **Profil und Gütesiegel**: Selbstverwaltete Betriebe haben teilweise noch gegen das Müsli-Kupfer-Wolle-Bast-Image zu kämpfen. Welches sind nun die Chancen für ein gezieltes Marketing mit ökologischem Qualitätssiegel? Mit Andreas Küstermann (Netz, CONTRASTE) und Leuten aus selbstverwalteten Fahrradläden.
- **Utopien von selbstbestimmtem Leben und Arbeiten**. Anknüpfung an das letzte Salecina-Treffen, wo verschiedene selbstorganisierte Projekte ihre Erfahrungen ausgetauscht haben. Mit Peter Streiff (Netz-Hessen, CONTRASTE).

Termin: 22. bis 30.10.94. **Anmeldung & Information**: VSF, Paul-Lincke-Ufer 44a, 10999 Berlin
Tel. 030/612 18 70, Fax 611 97 22

BESTELLCOUPON: BUNTE SEITEN 1994/95

Im Oktober dieses Jahres ist es wieder soweit! Die BUNTEN SEITEN – der Adreßführer durch die Selbstverwaltungsszene – erscheinen im neuen Gewand. Neu überarbeitet und inhaltlich stark erweitert werden die BUNTEN SEITEN im Buchformat (230 x 297mm) das Licht der Welt erblicken. Die BUNTEN SEITEN sollen einen Handbuch-Charakter erhalten. Für den Benutzer und die Benutzerin ergibt sich daraus der klare Vorteil, statt mühselig nach einzelnen Anschriften aus den unterschiedlichsten Bereichen zu suchen, diese kompakt in den BUNTEN SEITEN (incl. Auflistung nach Postleitzahl, Register Ort-PLZ, Branchenregister, Landkarte mit Leitpostzahlen, sowie Namensregister der vertretenen Projekte) auch zu finden.
Die Produktion der BUNTEN SEITEN hat seinen Preis: 30 DM. CONTRASTE-AbonnentInnen können dieses Handbuch für den Preis von 20 DM mit nachfolgenden Coupon jetzt bestellen.

JETZT BESTELLEN: Ich/Wir bestelle/n die BUNTEN SEITEN 1994/95 zum Bezugspreis von 20,– DM (incl. Versand)

Ich bin CONTRASTE-AbonnentIn

Name:

Adresse:

Abonummer:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Bezugspreis für die BUNTEN SEITEN 1994/95 von meinem Konto abgebucht wird.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ Ich habe den Betrag bar beigelegt

__ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Schnipsel für AbonenntInnen

NEUE ZEITSCHRIFT

revue regional

Ende April ist die erste Nummer einer neuen Vierteljahreszeitschrift erschienen: der »revue regional«. Sie richtet sich an Leserinnen und Leser in Südniedersachsen, Nordhessen und Westthüringen, die Interesse an der Diskussion linker Politik haben. Die Redaktion setzt sich aus Leuten zusammen, die u. a. in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in der Erwachsenenbildung, im Verlagswesen, in der Wissenschaft oder als freie AutorInnen arbeiten. Sie hat die Absicht, mit der »revue regional« regionale und durch die Aufspaltung in verschiedene »Szenen« bedingte Begrenzungen linker Politik wenn schon nicht zu überwinden, dann doch wenigstens in Frage zu stellen. Jede Nummer hat einen Schwerpunkt: ein Thema, in dem sich allgemeine politische Entwicklungen in regionalen »Brennpunkten« bündeln. Das erste Heft, das 52 Seiten umfaßt, beschäftigt sich im Schwerpunkt mit dem Arbeitskampf in Bischofferode; die darauf bezogenen Artikel werden ergänzt durch Buchrezensionen und weitere Berichte zu anderen Themen. Für die zweite Nummer, die im Juli/August erscheinen soll, ist als Schwerpunktthema »Rechtsextremismus und Rassismus in der Region« geplant. Mitarbeit und Vorschläge sind der Redaktion willkommen.

Die Redaktionsadresse ist revue regional, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 37073 Göttingen.

Die Zeitschrift kostet im Westteil des Verbreitungsgebiets 5 DM, im Ostteil 3,50 DM; sie ist an den meisten Kiosken, in guten Buchläden und natürlich direkt bei der Redaktion erhältlich.

PHILOSOPHIE UND ÖKONOMIE

Tagung der Ernst-Bloch-Assoziation
vom 30.9. bis 2.10. in Bochum

Die Ernst-Bloch-Assoziation (EBA) lädt zu einem offenen Diskussionsforum zum Thema Philosophie und Ökonomie ein. Das Treffen steht in der Tradition der Tagungen und Begegnungen der EBA seit 1985. Die Assoziation bemüht sich seither, die kritische Philosophie der Praxis von Marx bis Bloch zu vergegenwärtigen und mit der heutigen Wirklichkeit zu konfrontieren.

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Untersuchung und Kritik der herrschenden Wirtschaftsweise sowie – mit Blick auf die Blochsche Hoffnungsphilosophie – die Frage, ob es dazu eine Alternative gibt.

Eingangs werden Programme und Strategien zur Bewältigung der aktuellen ökologisch-ökonomischen Krisenerscheinungen kritisch hinterfragt. Der Samstag morgen ist den philosophischen und methodischen Grundlagen der Kritik der politischen Ökonomie und der Kapital- und Krisentheorie von heute gewidmet. Am Nachmittag soll die Beschäftigung mit dem Schriftwechsel zwischen Ernst Bloch und Adolph Lowe und mit Lowes Versuch zu einer »Politischen Ökonomie« (1965) auch zu Klärungen hinsichtlich des Beziehungsfeldes zwischen Ernst Blochs Hoffnungsphilosophie und der Thematik der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie führen. Später werden Theorieansätze der Ökonomiekritik und für eine neue, die Kapitalwirtschaft überschreitende Ökonomie diskutiert. Abends besteht ausreichen Raum für Nachfragen an die ReferentInnen, für klärende stellungnahmen und weitergehende Diskussionen.

ReferentInnen sind nebst Fachleuten aus wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen auch Redakteurinnen verschiedener kritischer Zeitschriften.

Teilnahmebeitrag DM 60,-.
Anmeldung bei Ernst-Bloch-Assoziation, Petzoldstr. 6, 90443 Nürnberg, Tel. 0911-286089

SCHWEIZ:

Beim Schweizer »Netzwerk für Selbstverwaltung« (Baslerstr. 106, CH-8048 Zürich) ist in wenigen Wochen ein Sachbuch zum Thema »Selbstverwaltung« in der Schweiz erhältlich. Das von Isidor Wallimann zusammengestellte Werk faßt die Resultate diverser wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema zusammen.

ADRESSENVERZEICHNIS

In der 1. Mai-Beilage »Anders Arbeiten« der alternativen Wochenzeitung (WoZ) wurden in Zusammenarbeit dem Netzwerk ca. 600 Adressen der Schweizer Selbstverwaltungswirtschaft veröffentlicht. Das Adreßverzeichnis ist nach Branchen, Regionen und Alphabet geordnet und ist bei der o.a. Netzwerkadresse für Fr. 5,– in Briefmarken zu beziehen.

REISETIPS:

VCD: Sparschnäppchen in Europas Bahnen

Große Reisen zu kleinen Preisen

»In the summertime, when the weather is fine, you can jump in the sky«, sangen Mungo Jerry in den siebziger Jahren. Für die Neunziger empfiehlt der Verkehrsclub Deutschland zur Sommerzeit Sparangebote in Europas Bahnen. Reisen per Zug ist eine feine Sache, für die sich immer mehr umweltbewußte Menschen entscheiden. Zugreisende können sich bequem zurücklehnen, abschalten und ohne Streß den Blick auf die Landschaft genießen.

Daß Reisen mit der Eisenbahn auch noch billig ist, wissen viele UrlauberInnen nicht. Wer kennt schon das Irish-Rover-Ticket oder die EURO-DOMINO-Netzkarten. Deshalb hat der VCD eine Übersicht der europäischen Bahnsparangebote von Skandinavien bis Griechenland, von Portugal bis Polen zusammengestellt – mit genauen Angaben über Preise, Zielgruppen und Verkaufsstellen.

Gegen Einsendung von 4 DM in Briefmarken ist sie beim VCD erhältlich unter dem Stichwort: »Bahnsparangebote Europa«.
Anschrift: VCD, Postfach 17 01 60, 53027 Bonn

Broschüre zur europaweiten Radmitnahme neu erstellt

Pünktlich zur Reisesaison hat der VCD eine aktuelle Übersicht zur Radmitnahme in Europa erstellt. Von den Preisen bis zu nationalen Besonderheiten sind Informationen für fast alle Länder Europas aufgelistet. Die Übersicht ist ein »Muß« für alle UrlauberInnen, die den Drahtesel mit auf große Fahrt nehmen wollen.

Wie uns RadurlauberInnen immer wieder berichten, klaffen bei der Bahn Anspruch und Wirklichkeit oft auseinander. Daher bittet der VCD: Wenn Sie schlechte Erfahrungen mit der europäischen und innerdeutschen Radmitnahme machen, schreiben Sie dem VCD! Wir sammeln Ihre Briefe und werden sie den Verantwortlichen vorlegen, damit die Bahnen künftig mehr Mitnahmeplätze anbieten und Sie sich auf den Radservice verlassen können.

Diese Übersicht ist unter dem Stichwort »Radmitnahme in Europa« gegen Einsendung von 4 DM in Briefmarken bei o.a. Anschrift des VCD erhältlich.

MANNHEIM:

Mit ökologischem Bauen erfolgreich

In der letzten Ausgabe von CONTRASTE berichteten wir über das Bundestreffen der selbstverwalteten Schreinereien und die Strukturen, von denen es getragen wird. Am Beispiel des veranstaltenden Betriebes, der Handwerkergenossenschaft, zeigt sich, daß nicht alle derzeit von Krise reden: Im Juni eröffneten die GenossInnen ihren NaturBau Öko-Baumarkt.

andreas küstermann, redaktion handwerk ● Die veranstaltende Schreinerei der Handwerkergenossenschaft (HWG) in Mannheim ist an der Größe gemessen sicherlich eine Ausnahmeerscheinung unter den beteiligten Handwerksbetrieben. Letztes Jahr feierte sie übrigens 15-jähriges Firmenjubiläum. Derzeit 17 Frauen und Männern betreiben gemeinsam eine Möbelschreinerei, aus der sich über die Jahre zusätzlich ein Team mit reiner Bauschreinerei entwickelt hat, das Böden, Isolierungen oder andere Bauschreinerarbeiten mit ausschließlich ökologischen Materialien ausführt. Der Laden für gesundes Wohnen und Schlafen, RobinKruso, der sich ebenfalls auf dem Gelände im Hafen befindet, vermarktet sowohl die eigenen Möbel, wie auch ein reichhaltiges Sortiment an Handelswaren und Naturfarben.

NATURBAU ERÖFFNET

Der Bereich des ökologischen Bauens und Wohnens expandiert nach wie vor. So ist die neueste unternehmerische Entscheidung der Genossenschaftsversammlung, zukünftig die Materialien für den Baubereich in einem eigenen NaturBau-Markt auf dem Gelände zu verkaufen, nur richtig und konsequent. Wand- und Bodenbeläge, natürliche Dämm-Materialien und fertige Bauelemente wie Türen sind zunehmend gefragt. Gute Bilanzentwickungen, ein neuer, langfristiger, Mietvertrag und die erfolgreichen Kreditverhandlungen mit Banken machten dies möglich. Allerdings, wie die GenossInnen bedauern, leider nicht mit der Ökobank, der dieses Projekt mit insgesamt einer dreiviertel Million zu groß gewesen ist. Die Eröffnung des neuen Betriebszweiges am 18. Juni fand bei KundInnen und Fachpublikum reges Interesse. Bemerkenswert für Außenstehende, daß hier in diesem Umfang investiert wird, wo andere Branchen allenthalben über Krise und Rezession klagen.

Räumlich konkretisierte sich die Idee des Baumarktes, als eine von Anfang an betriebene Kfz-Werkstatt der HWG aufgegeben worden war. Eine ökologisch orientierte Betriebspolitik der KFZ-Werkstatt hätte eine völlige Neuorientierung in Richtung solar oder elektrisch betriebener Fahrzeuge verlangt oder den Einstieg in die Elektronischen Prüfbereiche moderner Autowerkstätten. Da dieser Schritt aber allen zu kapitalintensiv und unwägsam erschien – auch die Personaldecke dafür war nicht mehr vorhanden – fand sich keine stabile Gruppe mehr, dies zu tragen.

ARBEITS- UND BETRIEBSKULTUR

Der Arbeitstag beginnt bei vielen mit dem gemeinsamen Frühstück das ebenso wie der gemeinsame warme Mittagstisch in der Kantine stattfindet. Für manche die einzige Gelegenheit, die ganze Gruppe einmal am Tag zu sehen. So hat auch die Neugestaltung des Hofes um NaturBau nicht nur die Funktion, ein attraktives Ambiente zu liefern, sondern auch, Spiel-, Frei- und Ruheflächen für den Betriebsalltag zu schaffen.

EINTRITT IN DIE GENOSSENSCHAFT

Im Falle von Neuaufnahmen muß sich die Genossenschaftsversammlung und der/die ProbantIn nach einem Jahr des ProbantInnendaseins entscheiden, Mitglied in der HWG zu werden, um weiter dort arbeiten zu können. Ein Genossenschaftsanteil wird bar oder durch Lohnabzug erbracht.

Kündigung erfolgt auf Jahresende mit dreimonatiger gegenseitger Kündigungsfrist. Mehr als der einbezahlte Anteil und eine mögliche Gewinnausschüttung des laufenden Jahres wird auch bei guter Bilanz nicht ausbezahlt.

ENTLOHNUNG

Es wird in der HWG Einheitslohn mit vereinzelten Zuschlägen bezahlt.Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aller liegt der durchschnittliche Lohn in der HWG aber noch unter dem Durchschnitt anderer Handwerksbetriebe. Dies liegt zum einen an der Tatsache, daß solche Betriebe immer noch zu wenig Eigenkapital haben und somit erst nach und nach die Gewinne reinvestieren, statt auszuschütten. Zum anderen aber auch an Investitionen, die eher dem Allgemeinwohl des Beriebes zugute kommen, wie z.B der Erhalt der Kantine trotz hoher Kosten oder die Hofgestaltung.

BETRIEBLICHE ORGANISATION

Die einzelnen Betriebszweige führen gemeinsam ein sogenanntes Zentralbüro mit drei Stellen, an das möglichst viele allgemeine Verwaltungsaufgaben abgegeben werden. Die Fachfragen werden in den Arbeitsbereichen bearbeitet.

Natürlich bestimmt die Größe eines selbstverwalteten Betriebes auch seine Strukturen. Das regelmäßige Koordinationsgespräch aller Beschäftigten in Kleinbetrieben

»NaturBau« der Handwerkergenossenschaft Mannheim Foto: Andreas Küstermann

wird in größeren Betriebsstrukturen durch das sogenannte 'Demokratische Management' ersetzt. Fachgruppen, die kompetent die Interessen der einzelnen Betriebszweige wahrnehmen und gesamtgenossenschaftliche Belange im monatlichen Plenum zur Diskussion stellen, ersetzen bei dieser Betriebsgröße das »alle reden über alles«. Bei einem Betrieb in der Größe der HWG ist Rotation der Arbeitsplätze, als Qualifizierungsstrategie sehr häufig betrieben, heute vielfach einer höheren Spezialisierung gewichen. Eine stringent ökologische Produktpolitik und ein anderer Umgang mit Kapital und Entlohnung sind aber fast allen dieser Betriebe zu eigen und meist auch formal in den Gesellschaftsverträgen festgeschrieben.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE IM GANZEN

Im Zusammenhang des Schreinereientreffens liegt die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der Schreinereien bei 7, davon ca. ein Drittel Schreinerinnen. Laut unserem Adressenverzeichnis BUNTE SEITEN (Ausgabe 94/95), existieren über 7.000 Betriebe und Projekte, die sich der »alternativen Ökonomie« zurechnen. Nach anderen Untersuchungen des Dachverbandes »netz für Selbstorganisation und Selbstverwaltung Dortmund«, bei dem 1.700 Betriebe organisiert sind, ergibt dies ca. 200.000 Arbeitsplätze ohne die Randbereiche zu bemessen. Nicht berauschend, auf den ersten Blick. Viel interessanter aber, daß diese Handwerksbetriebe und Läden im 5., 7. und 10 Jahr eine deutlich niederere Insolvenzrate in Branchenvergleichen aufweisen und mittlerweile 10- bzw. 15jährige Jubiläen feiern, oder auf das 20. zusteuern.

Waren die ersten Jahre meist geprägt von deutlichem Mangel an Eigenkapital, was bei Neugründungen in der alternativen Ökonomie auch heute noch häufig der Fall ist, da die klassischen Gründungsmittel wegen Eigenkapitalmangel oder der Rechtsform meist nicht in Anspruch genommen werden können, sind die aktuellen Umsätze und Kalkulationsgrundlagen in der Regel durchaus vergleichbar mit denen klassischer Handwerksbetriebe. Die ausbezahlten Löhne fallen allerdings etwas niedriger aus, da Gelder in zusätzliche Sozialleistungen gesteckt werden – neben dem Mittagstisch kann dies z.B. eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge oder zusätzliches Kindergeld sein – oder daß einfach, zugunsten der Freizeit, weniger gearbeitet wird. (Über konkrete fachliche Themen berichteten wir in CONTRASTE Nr. 117) Betriebe wie die Handwerkergenossenschaft, die ihren Platz am Markt nicht nur behaupten, sondern auch ausbauen, werden somit auch in Krisenzeiten mehr als nur eine Nische ausfüllen, solange der ökologische Umbau der Gesellschaft zunehmend die Normen prägt. Auch CONTRASTE wünscht der HWG auf diesem Weg viel Erfolg. ●

ALTERNATIVE BANK SCHWEIZ (ABS):

»Offenheit ist verlorengegangen«

Die Alternative Bank Schweiz (ABS) und die Ökobank in Deutschland haben einige Gemeinsamkeiten, sei es das Umfeld vor der Gründung, seien es schleichende Veränderungen des Projekts durch den Betriebsalltag oder damit einhergehende Zerstörung von Hoffnungen der GründerInnen. Dazu eine pointierte Stellungnahme eines zurückgetretenen Verwaltungsrats-Mitglieds der ABS.

ABS FLORIERT

Die Alternative Bank Schweiz ABS wächst weiter und erzielte im letzten Geschäftsjahr einen um 100 Prozent höheren Gewinn von knapp einer halben Million Franken. das linksgrüne Geldinstitut steht nun schuldenfrei da und betreut mittlerweile über 250 KreditkundInnen. Nun sei die Aufbauphase abgeschlossen, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht.

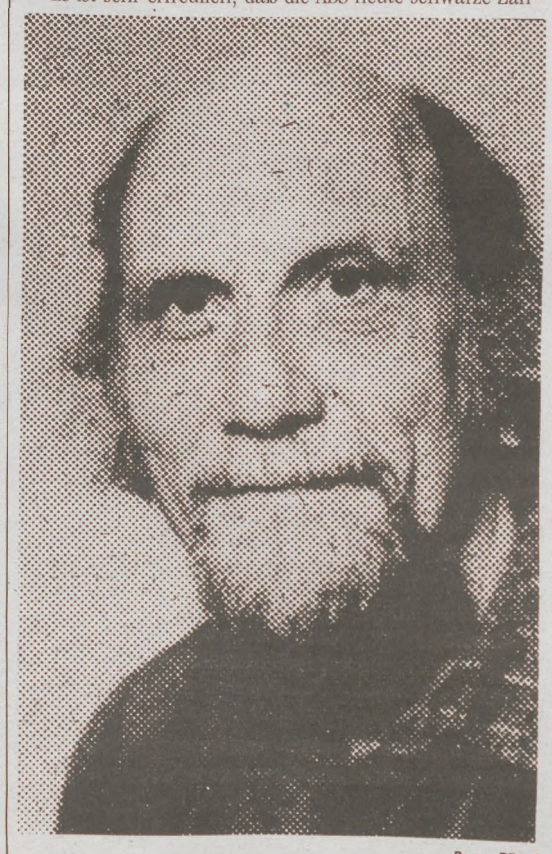
Für das laufende Jahr rechnet die ABS mit einer weiteren Steigerung der Bilanzsumme auf 150 Mio. Franken per Ende 1994. Auf der Einlage-Seite ist ein leichter Rückgang bei den Förderobligationen zu beobachten. Der Förderbereich »Selbstverwaltung« fristet allerdings mit nur 3% Anteil am Förder-Kuchen ein Mauerblümchendasein. ●

Bruno Rütsch, du engagierst Dich seit 1985 für das Bankprojekt ABS, damals noch als Netzwerk-Sekretär. Wieso trittst Du ausgerechnet heute zurück?

Auf die Generalversammlung '94 hin ist die erste Amtsperiode des Verwaltungsrats zu Ende. Da war es für mich Zeit, mein Engagement zu überprüfen. Ich habe vor allem in den ersten Jahren sehr viel Energie in die Lancierung der Idee und den Aufbau des Trägerschaftsvereins gesteckt.

Welche Chancen hat die ABS deiner Meinung nach in ihrer bisherigen Entwicklung verpaßt?

Es ist sehr erfreulich, daß die ABS heute schwarze Zahlen schreibt und etwas frischen Wind in die Bankenwelt gebracht hat. Das ist eine notwendige Basis für die weitere Arbeit. Die ABS ist bis zur Gründung, also in Leitbild, Statuten und Reglement neue Wege gegangen und hat eine Vielzahl von engagierten Leuten in den Aufbau miteinbezogen. Diese Offenheit den AktionärInnen gegenüber ist verloren gegangen. Es besteht praktisch an der GV keine Möglichkeit zur Mitgestaltung über die traditionellen Absegnungsrituale. Ich finde es sehr schade, ein derart wichtiges Potential nicht zu nutzen. Denn die ABS ist für ihr Wohlergehen längerfristig darauf angewiesen.



Bruno Rütsch

Was stellst du dir konkret vor?

Als Vertreter des Netzwerk im Verwaltungsrat war mir die Vernetzung der alternativen Wirtschaft ein Anliegen. Die ABS hätte hier Pionierarbeit leisten und Dynamik hineinbringen können. Zum Beispiel über ein eigenes Geldbezugssystem (über Alternative Unternehmen, wie Läden, Restaurants und andere Betriebe mit Publikumsverkehr).

Stattdessen hat sich die ABS für ein traditionelles Bancomat-System entschieden, welches nicht die alternative Wirtschaft vernetzt, sondern die ABS-KundInnen wieder an das alte Banksystem anschließt. Alternativen wurden – außer der Zusammenarbeit mit der Post – nicht diskutiert. Und dann war ich sehr erstaunt, daß das Thema Alternative Geldsysteme und das TALENT-Experiment von Aarau (mehr darüber in der nächsten Ausgabe von CONTRASTE) kein Diskussionsthema im Verwaltungsrat waren.

Wohin soll es mit der ABS gehen?

Insgesamt würde ich mir wünschen, daß die ABS nach einer gewissen Abschottungsphase wieder offener wird und sich auch an der Diskussion um neue Strömungen in der Alternativ- und Geldwirtschaft intensiv beteiligt. Sie sollte auch ihre Möglichkeiten einsetzen, diese Themen einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. ●

Interview: Mike Weibel

Aus: Salopp, Nr. 2/94
(Netzwerk für Selbstverwaltung, Zürich)

SCHWEIZ:

Freie Gemeinschaftsbank wächst mit Frauen

Die Freie Gemeinschaftsbank in Dornach (BCL) hat ein gutes Geschäftsjahr hinter sich. Da aus den selbst erarbeiteten Mitteln keine Verluste zu decken waren, blieb vom Cash-flow von 0,5 Mio Franken mehr als die Hälfte als Gewinn übrig.

Wichtiger als die Erfolgsrechnung ist in Dornach allerdings die Bilanzsumme von 69 Mio. Franken per Ende 1993 (+9%), gibt diese doch Auskunft über das Geldvolumen, das durch die Bank fließt. auch die menschliche Basis der Bank hat sich vergrößert: 1415 Personen zeichneten 1993 einen (oder mehrere) Anteilscheine der Genossenschaft.

Für den umfassend formulierten Jahresbericht hat die BCL erstmals den Frauenanteil in verschiedenen Bereichen eruiert. Die Zahlen (und das dahinterstehende Engagement der Frauen) sind erstaunlich: 66% des Genossenschaftskapitals ist in Frauenhand 21,5% Männer, Rest: Institutionen), 55% der Einlagen stammen von Frauen (30% Männer), und bei den Treuhanddarlehen läßt sich mit Fug und recht von einer weiblichen Dominanz sprechen: 71% werden durch Frauen verbürgt, nur 8% von Männern. Überhaupt freut sich dieses (nicht bilanzwirksame) Finanzinstrument stark wachsender Beliebtheit: Fast 40% mehr Treuhanddarlehen als im Vorjahr konnte die BCL vermitteln. ●

Aus: Salopp Nr. 2/Juni 1994

ZUM STREIK DER BANANEROS/AS IN COSTA RICA

Der reichen Küste arme ArbeiterInnen

Die Banane ist in aller Munde. Und dennoch möchte sie einem manchmal fast im Halse stecken bleiben. Zwei Streiks der costarikanischen BananarbeiterInnen auf Pflanzungen des britischen Bananenmultis »Geest Caribbean Americas« haben erneut die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der bananeros/as thematisiert. Die Gelnhauser Initiative BanaFair gibt Auskunft über die sozialen Auswirkungen des Bananenhandels.

DER AKTUELLE STREIK

Im Anschluß an einen Streik auf Plantagen der Geest Caribbean Americas in Costa Rica ist es zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. 1.000 ArbeiterInnen hatten am 7. Mai auf den Plantagen in der karibischen Region Sarapiqui zum zweiten Mal innerhalb eines Monats ihren Ausstand erklärt. Die ArbeiterInnen protestierten gegen die willkürliche Kürzung von Löhnen und die Verlängerung der Arbeitszeiten, den ungeschützten Kontakt mit Agrochemikalien, die sexuellen Belästigungen gegenüber den Arbeiterinnen und für die Rücknahme von bereits ausgesprochenen Entlassungen gegen vornehmlich nicaraguanische ArbeitsmigrantInnen.

Auf Veranlassung der Geschäftsführung der Geest hin zog die Polizei schwer bewaffnete Einheiten zusammen. Eine größere Anzahl von BananenarbeiterInnen wurde bei dem Angriff der Polizei mit Tränengas und M-16-Gewehren schwer verletzt, weitere wurden verhaftet.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SOZIALE FOLGEN DER BANANENWIRTSCHAFT

Der aktuelle Streik der Bananeros/as wirft ein Licht auf deren äußerst angespannte Arbeits- und Lebenssituation. Eine kurze Beschreibung soll das Umfeld skizzieren, aus dem der aktuelle Streik heraus entstanden ist.

Die körperliche und geistige Anspannung der Arbeiter und Arbeiterinnen ist groß. Die Arbeit in den Pflanzungen ist in erster Linie eine manuelle Tätigkeit. Insgesamt fallen ca. 300 verschiedene Arbeiten an. Die Arbeit erfordert gut ausgebildete Arbeiter. Auf den Bananenpflanzungen aber sind Arbeitstage von mehr als 12 Stunden üblich.

Die Arbeit ist auch unter anderen Aspekten in extremer Weise gesundheitsbelastend. So wird z.B. die Besprühung der Pflanzungen aus der Luft mit hochgiftigen Schädlingsbekämpfungsmitteln nicht ausgesetzt, wenn in den Plantagen gearbeitet wird. Die meisten der ArbeiterInnen können nicht mehr als zehn Jahre auf einer Bananenplantage tätig sein – spätestens dann sind sie berufs- oder sogar arbeitsunfähig.

Dabei haben die ArbeiterInnen wenig Möglichkeiten, sich gegen die extreme Ausbeutung durch die Bananenmultis zu wehren. So greifen die Bananengesellschaften bei der Anstellung der ArbeiterInnen zunehmend auf Subunternehmer (Contratistas) zurück. Diese Subunternehmer stellen ihrerseits ArbeiterInnen an. Die Finca-Besitzer haben somit keinerlei arbeitsvertragliche Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten. Die ArbeiterInnen solcher Subunternehmer sind meist illegale in Costa Rica lebende Ausländer (zumeist NicaraguanerInnen), denen selbst minimale Rechte vorenthalten werden. Mehr als 70% der Beschäftigten arbeiten mit befristeten Arbeitsverträgen. Ihre Arbeitsverträge sind auf drei Monate begrenzt. So werden sie gerade noch vor dem Moment entlassen, an dem sie Ansprüche auf soziale Absicherung erhalten würden.

Weiterhin haben die Unternehmen ein Netz sozialer Kontrollen entwickelt, um Organisierungsbestrebungen der Arbeitenden schon im Ansatz zu verhindern. Streikende oder gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen werden auf schwarzen Listen notiert; eine weitere Anstellung – auch bei anderen Arbeitgebern wird quasi unmöglich. Diese Form der Repression hat die in der Bananenregion aktiven Gewerkschaften nachhaltig geschwächt.

Gleichzeitig werden auf den Bananenplantagen selbst die minimalsten Arbeitsrechte verletzt. Die Arbeitgeber – zumeist multinationale Unternehmen – leisten selbst Gerichtsurteilen keine Folge oder aber ziehen es vor, die fälligen Strafen zu zahlen, statt den ArbeiterInnen ihre Rechte zuzugestehen. Dabei wird die systematische Aushöhlung des Organisationsrechtes der ArbeiterInnen von der Regierung stillschweigend toleriert.

Sie reagiert damit auf den enormen Druck, der seitens der Multinationalen auf sie ausgeübt wird. Diese begründen ihrerseits ihre weitergehenden Forderungen nach Steuererleichterungen und finanzpolitischen Vergünstigungen mit dem Argument des Absatzrückgangs, der durch die aktuelle Quotenregelung der EU verursacht sei.

EINIGE WORTE ZU GEEST...

Der Streik auf den Plantagen der Geest wirft die Frage nach der Rolle des Unternehmens auf. Der britische Fruchtkonzern Geest war bislang in Deutschland weitgehend unbekannt. Bisher beschränkte sich die Geest auf die Vermarktung von Bananen, die von unabhängigen ProduzentInnen auf den Windward-Inseln (Kleine Antillen) angebaut wurden.

Das unternehmerische Engagement der Geest in Costa Rica geht auf das Jahr 1990 zurück und steht für eine veränderte Unternehmensphilosophie. Seitdem wird der Konzern erstmals als selbständiger Produzent aktiv. Angestellte ArbeiterInnen besorgen die Bestellung der firmeneigenen Plantagen. Das Verhalten der Geest gegenüber »ihren« ArbeiterInnen und den nationalen Voraussetzungen in Costa Rica stimmt allerdings besorglich: Der Konzern ist in den letzten vier Jahren durch verschiedene Entlassungswellen, den Todesfall eines Jugendlichen und massive Rodungen von Primärregenwald aufgefallen. Der Versuch, den aktuellen Streik niederzuschlagen, stellt somit lediglich ein neues Kapitel eines brutalen Vorgehens dar.

Der Konzern vermarktet seine Bananen in Europa (in Deutschland z.B. in Zusammenarbeit mit Edeka) unter den Handelsbezeichnungen »Amerigo« und »Tropical Eden« (sic!). Gemeinsam mit dem ebenfalls britischen Multi »Fyffes« hat Geest das Monopol der Vermarktung der zollfreien karibischen Bananen inne und hat außerdem Zugriff auf einen Großteil der mengenbeschränkten Lateinamerikaimporte. Geest ist neben Fyffes eindeutiger Gewinner der seit 1.Juli 1993 gültigen neuen europäischen Bananenmarktordnung. Dennoch zahlt der Konzern nach Auskunft costaricanischer BananenarbeiterInnengewerkschaften die schlechtesten Löhne (rund 155 DM für zwei Arbeitswochen à 12 Stunden Arbeit pro Tag) in Zentralamerika.

... UND IHREN GESCHÄFTSPRAKTIKEN

Obwohl der Multi gerade von den nicaraguanischen ArbeitsmigrantInnen profitiert, ist seitens des Konzerns auf wenig Gegenliebe zu hoffen. Geest sowie andere in Costa Rica ansässige Unternehmen machten sich bislang die rechtliche Unsicherheit der MigrantInnen zunutze und ließen sie – zumeist für einen Hungerlohn – für sich arbeiten. Eine unter Druck von costaricanischen und nicaraguanischen Gewerkschaften entstandene Migrationsamnestie gibt derzeit illegal in Costa Rica tätigen ArbeiterInnen die Möglichkeit, ihren Status zu legalisieren. Einzige Voraussetzung ist jedoch, daß die Betroffenen eine aktuelle Anstellung vorweisen können. Geest hat sich bis heute dagegen gesperrt, den bei ihr beschäftigten ArbeitnehmerInnen die entsprechenden Papiere auszuhändigen. Denn als Illegale werden die Betroffenen so auch in Zukunft keine Chance haben, sich auf rechtlichem Wege gegen den Konzern zu wehren.

Auch gegenüber den Gewerkschaften verhält sich der Konzern alles andere als kulant. Die costaricanischen 'sindicatos' haben mit ihrem derzeitigen Streik ein neues Kapitel in den Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen aufgeschlagen und einen partiellen Sieg erringen können. Erstmals, seitdem vor 12 Jahren die einstmals starken PlantagenarbeiterInnengewerkschaften militärisch zerschlagen worden sind, haben sie ein Unternehmen an den Verhandlungstisch zwingen können. Sie machten sich damit eine Liberalisierung zunutze, die durch ein Ende letzten Jahres verabschiedetes Gesetz in die Wege geleitet worden ist. Dort wurde zumindest formal die rechtliche Situation der Gewerkschaften aufgewertet. Dies erlaubte ihnen, sich gegenüber den von den Unternehmen eingesetzten »Solidaristischen Vereinigungen« durchzusetzen.

Dennoch handelt es sich z.T. um einen Pyrrhussieg. Denn ein im Anschluß an den Streik getroffenes Abkommen zwischen der Gewerkschaft der Bananeros/as, Geest und Vertretern des costaricanischen Arbeitsministeriums ist mittlerweile von Geest erneut gebrochen worden. Dies, obwohl von allen Seiten die von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen anerkannt wurden: die Respektierung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, die Wiedereinstellung aller ArbeiterInnen, die während der Streiks entlassen wurden, die Zusage zu Verhandlungen über Lohnerhöhungen und die Zusage, keine ArbeiterInnen mehr über die berüchtigten Contratistas (Leiharbeitsfirmen) zu vermitteln. Bereits zwei Tage später, am 18. Mai, entließ der britische Multi erneut 60 Beschäftigte.

Da es sich bei den meisten der entlassenen ArbeiterInnen um aktive Gewerkschaftsmitglieder handelt, wird offensichtlich, daß es sich hier unter anderem um einen Versuch handelt, die neue Gesetzgebung zu unterlaufen und die sich verstärkt formierenden ArbeiterInnenorganisationen zu schwächen. Ihren neu gewonnenen Handlungsspielraum effizient auszufüllen und ihn sukzessive gegen die Interessen der Konzerne durchzusetzen, ist nun die vordringlichste Aufgabe der Gewerkschaften. Hierzu suchen sie Unterstützung aus Europa. ●

Boris Scharlowski / Rudi Pfeifer

KONTAKTE; SPENDEN & MATERIALIEN

BanaFair ist in ständigem Kontakt mit Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) in verschiedenen europäischen Ländern (Farmers' Link/GB, gebana/CH, Solidaridad/NL, u.a.) um gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der Gewerkschaften der BananenarbeiterInnen zu koordinieren. Daneben brauchen die Gewerkschaften finanzielle Hilfen zur Versorgung der Familien der entlassenen Bananeros/as und zur juristischen Durchsetzung ihrer Rechte. Spendenkonto: BanaFair, Kto. 716057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 507 631 89, Verwendungszweck »Soforthilfe Geest-Streik«

Die zwei im Text angeführten Hintergrunddossiers zur neuen europäischen Bananenmarktordnung werden Ende Juli bei BanaFair erscheinen. »Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Portrait eines europäischen Bananenmultis« untersucht auf 24 Seiten die Geschäftspraktiken der Geest. »Die Bananenproduktion in Costa Rica – ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Auswirkungen und mögliche Alternativen« des costarikanischen »Foro Emaus« gibt einen Einblick in die Diskussionen der Bananeros/as und deren Forderungen. Bezug und weitere Infos: BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen. ●

Anzeige

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt Freiburg

Eine der größten, unabhängigen entwicklungspolitischen Zeitschriften:

★ acht mal im Jahr auf 60 Seiten ...
★ kontinuierliche Länderberichte und Analysen zu Politik, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Rüstung...
★ Debatten zu internationalen und transnationalen Verflechtungen ...
★ Informationen über nationale und internationale Kampagnen, Solidaritätsprojekte, Initiativen ...
★ gemacht von politisch engagierten Gruppen und Einzelpersonen ...

Die aktuellen Schwerpunktthemen:
Nr.196: Rüstungsexportstrategien
Nr.197: 50 Jahre IWF/Weltbank
Nr.198: Bevölkerungspolitik
Nr.199: Drogenpolitik in den Anden
Nr.200: Internationalismus, quo vadis?

Der *'blätter'* Abo-Auftrag

○ Schickt mir die iz3w-Materialliste
○ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20,-DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
○ Ich will das Jahresabonnement: mit acht Ausgaben für 54,-DM.
○ Als StudentIn abonniere ich die *'blätter'* für 46,-DM/Jahr.

Meine Adresse:
Vorname:
Name:
Straße/ Hausnummer:
Postleitzahl/ Ort:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von einer Woche widerrufen kann. Zur Fristwahrung gilt der Poststempel oder ein Anruf.

Unterschrift:

An: **blätter des iz3w, Abo-Verwaltung, Postfach 5328, 79020 Freiburg Tel.:0761/74003, Fax: 0761/709866**

PROJEKTVORBEREITUNG:

Brigaden im Wandel

Claus Iffländer (Hamburg) ● In Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal bereiten wir seit ca. zehn Jahren (in wechselnder Besetzung) Arbeitsbrigaden nach »Nicaragua libre« vor. Das heißt, wir machen unser Vorbereitungsvorhaben bekannt, um dann mit den Interessierten zunächst Info-Treffen zu veranstalten, auf denen wir etwas zur Geschichte der (unabhängigen) Brigaden und zur aktuellen Lage in Nicaragua erzählen, ein Arbeitsprojekt in Nicaragua und unser Konzept vorstellen: Brigaden als eine Form der politischen Auseinandersetzung und praktischen Solidarität, die die brigadistas nach ihrer Rückkehr mit aktueller Kenntnis der dortigen Lage und ihrem Verhältnis zum »hier« in die Öffentlichkeit tragen sollen.

Das Konzept ist natürlich – den sich ändernden Verhältnissen entsprechend – ständigen Wandlungen unterworfen: Ging es seit ca. 1983 darum, vor allem internationale BeobachterInnen und Zeugen nach Nicaragua zu schicken, um damit u.U. eine Intervention der USA mitzuverhindern, die unmittelbar davor in Grenada mit ihrem Einmarsch gezeigt hatten, wie sie in »ihrem Hinterhof« umzuspringen gedenken, verlagerte sich die Beobachtung zunehmend auf die kriegerischen Aktivitäten der Contra. Das Konzept wurde verändert in Richtung Arbeitsbrigade (»Aufbauen, was die Contra zerstört hat«). Nach Entführung einer Brigade hielt die FSLN es für »besser«, Kriegsgebiete für diese Aktionen auszusparen: Eine wesentliche Veränderung betraf vor allem die inhaltliche Vorbereitung sowie die gruppendynamische Seite einer Brigade, die vordem eher unbeachtet geblieben war. Es war ja darauf angekommen, möglichst schnell möglichst viele Leute zu schicken...

Seit der Wahlniederlage der Sandinisten 1990 haben sich die Gewichte auch in der Vorbereitung (abermals) verschoben: »Nicaragua libre« als solches gibt es nicht mehr. Unterstützt werden nurmehr sandinistisch inspirierte Projekte bzw. Sektoren, d.h. Kooperativen oder der Bereich der Betriebe in ArbeiterInnenhand (APT). Wir nehmen Anteil an den dortigen Auseinandersetzungen und Diskussionen über den APT und beteiligen uns an deren Verbreitung hier. Eine wieder neu auftauchende Frage ist, inwieweit wir angesichts einer ca. 70%igen Arbeitslosigkeit dort das Schwergewicht auf das Arbeiten legen sollten ...

Die Zeiten ändern sich aber auch hier: Die Soli-Zusammenhänge sind bis zur Unkenntlichkeit geschrumpft: Weder ist für neue brigadistas die Einordnung ihrer Aktivitäten in diese Zusammenhänge ohne weiteres möglich, noch lassen sich aus einer allgemeinen Bereitschaft zur (praktischen) Solidarität leicht Interessierte gewinnen. Im Gegenteil: Für die jetzige Brigade mußten wir zwei (Werbe-)Anläufe mit hohem Aufwand machen, um jetzt wenigstens sechs bis acht brigadistas zusammenzukriegen. Obwohl wir diese Brigade in Hamburg – mit regionalem Einzugsgebiet – vorbereiten (wollen), gibt es jetzt einen eindeutigen Schwerpunkt um Berlin herum. Nach einer zusätzlichen Anzeige in der »jungen welt« gab es 15 AnruferInnen, die Interesse äußerten. Ihnen fehlt jedoch oft das Geld, um fahren zu können. Interessant in diesem Zusammenhang ist, was uns eine Brandenburgerin über das Verhältnis von Ex-DDRlerInnen zum heutigen Nicaragua sagte: Angesichts eines solch radikalen Wechsels des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems wie es nach der Wahl 1990 in Nicaragua zu beobachten ist, nach dem nur noch Geld zählt, das aber immer weniger Leute haben, große Arbeitslosigkeit und existentielle Angst herrscht, wo den Leuten plötzlich ihr Grund und Boden oder ihre Häuser streitig gemacht werden von dollarschweren Westlern, da fühlen sich Leute aus der ehemaligen DDR auf einmal gar nicht mehr so weit entfernt von denen in Nicaragua. ●

Kontakt:
Claus Iffläender
☎ (0 40) 85 91 77
Fax:85 126 85

NICARAGUA-SERIE TEIL 9: DER AUSSERORDENTLICHE PARTEIKONGRESS

Die FSLN vor der Zerreißprobe

Als Höhepunkt einer langen Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Flügeln der FSLN, die sich im Verlauf der letzten Monate in der Partei herausgebildet hatten, fand am 21.-23. 5. 1994 ein außerordentlicher Parteikongreß statt. Wie wir in der CONTRASTE vom Mai berichteten, formierten sich diese Flügel um die Leitfiguren Sergio Ramirez (»Für einen Sandinismus, der wieder mehrheitsfähig wird«) und Daniel Ortega (»Demokratische Linke«). Die Auseinandersetzungen zwischen den »Mehrheitlern« und den »Orthodoxen« wurde mit Spannung erwartet, wobei allgemein die Befürchtung laut wurde, es könne zu einer Spaltung der Partei kommen...

Informationsbüro Nicaragua ● Das Phänomen der Existenz zweier politischer Flügel ist ein Novum in der Geschichte der FSLN. Ebenso neu ist, daß politisch konträre Positionen auch offen thematisiert werden. Die Strömung der Izquierda Democratica (ID), die sich um Daniel Ortega, den Parteiapparat und die Gewerkschaftsfraktion gruppiert, formulierte in dieser Auseinandersetzung eher orthodoxe Positionen. Sie definiert die FSLN als Partei der armen Mehrheit, betont das Anstreben von Transformationsprozessen, wobei die Bedeutung sozialen und kollektiven Eigentums als materielle und ideologische Ausgangsbasis für diese Prozesse hervorgehoben wird. Der Antiimperialismus wird als ein zentraler Begriff beibehalten. Dem Problem innerparteilicher Demokratie mißt die ID keine besondere Bedeutung zu. Eine klare innerparteiliche demokratische Erneuerung fordert dagegen die Strömung rund um den Ex-Vizepräsidenten und Vorsitzenden der parlamentarischen FSLN-Fraktion, Sergio Ramirez, in ihrem Positionspapier »Für einen Sandinismus, der wieder mehrheitsfähig wird«. Die Demokratisierung der Parteistrukturen wird darin als Ausgangsbasis für die Formulierung neuer politischer Konzepte gesehen. Darüberhinaus distanzieren sie sich von jeder Anwendung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen und betonen, daß gesellschaftliche Transformationsprozesse nur aus der Regierungsmacht heraus initiierbar und durchsetzbar sind. Entgegen der Position der ID räumen sie sozialem Eigentum keinen zentralen, sondern einen neben privatem Eigentum gleichberechtigten Stellenwert ein.Betont werden muß, daß beide Strömungen als »Initiative von oben« entstanden, wobei sie aber wichtige programmatisch konträre Positionen wiederspiegeln, die in der Basis der FSLN verankert sind.

4 JAHRE OPPOSITION

Will man eine kurze Analyse der Entwicklung der FSLN nach der Wahlniederlage 1990 betreiben, stößt man zunächst auf ihren Parteikongreß 1991. Der erste Parteikongreß der FSLN 1991 löste nicht die vielfach betonten Probleme der internen Demokratisierung und Erneuerung der Parteiführung. Jede programmatische Debatte blieb in den Anfängen stecken. Es gelang nicht, strategische Alternativen zum neoliberalen Modell der Regierung zu entwickeln. Die FSLN blieb ohne definiertes Konzept, um eine offensive Politik aus der Opposition heraus entwickeln zu können. Das Thema der sogenannten »piata«, der persönlichen Bereicherung von Parteikadern aus Staats- und Parteibesitz, wurde nicht offen angegangen. Alle diese Punkte führten – innerhalb wie außerhalb der FSLN – zu einem beschleunigten Verschleiß der Glaubwürdigkeit der Parteistrukturen und ihrer EntscheidungsträgerInnen. Es gelang der Partei auch innerhalb der letzten drei Jahre nicht, eine programmatische Erneuerung zu erarbeiten oder Konzepte im Hinblick auf die Einschätzung der nationalen sowie internationalen Konjunktur zu entwickeln; an ihrer Spitze blieb eine politische Leitung, die Dirección Nacional, die ihre Konsensfähigkeit und Glaubwürdigkeit zunehmend verlor. Das sind Mißstände, denen angesichts der 1996 bevorstehenden Wahlen eine große Tragweite eingeräumt werden muß und den außerordentlichen Parteikongreß längst überfällig werden ließen.

MACHTKÄMPFE UND DIFFAMIERUNGSKAMPAGNEN

Innerhalb der vier Monate der Vorbereitung des Kongresses wurde deutlich, daß diese Strömungen auch Ausdruck eines Machtkampfes zwischen Sergio Ramirez und Daniel Ortega sind. In Form wechselseitiger Diffamierungskampagnen hielten sie in die nicaraguanischen Medien Einzug, wobei die jeweiligen Strömungen ihre »loyalen« Partner unter den sandinistischen Medien fanden. Während sich z.B. die Radios »YA« und »Primerisima« rückhaltlos auf die Seite Daniels schlugen, stellte sich die Tageszeitung »El Nuevo Diario« ebenso vorbehaltlos der Strömung um Sergio Ramirez zur Verfügung. Die eigene Unabhängigkeit wurde nur von Barricada betont. Breite Sektoren der Basis reagierten daraufhin mit der Propagierung einer »Strömung ohne Strömung«.

Die öffentlich formulierten Diffamierungen, die vor allem von der Seite der ID lanciert wurden, erschwerten im Vorfeld des Kongresses die Austragung der politischen Debatte um die konträren politischen Standpunkte. Hohe Wellen schlug dementsprechend auch die Kandidatur des Mitgliedes der Dirección Nacional, Henry Ruiz, der als Gegenkandidat zu Daniel Ortega für die Wahl des Generalsekretärs nominiert wurde. Die Kandidatur Henry Ruiz wurde getragen von der Kritik an Daniel Ortega, dem »caudillismo«, keine Konsensfähigkeit und mangelndes Demokratieverständnis bescheinigt wurde.

Ruiz begründete seine Kandidatur mit dem Wunsch nach Erzielung eines Konsens bei offener Diskussion innerhalb der Partei, wobei er als konsensfähiger Kandidat galt. So betonte er unter anderem, daß »nur die Intoleranz, die Inflexibilität und das Kastendenken« die Partei spalteten, »nicht aber die politische Debatte«. Er forderte eine »neue Ethik« für die Partei und in diesem Zuge die Aufklärung der »piata«. Ruiz wurde daraufhin in einigen Medien als »Kandidat der Spaltung«, »Schreibtischmarxist«, »Egozentriker und Instrument der Rechten« beschimpft.

Mit der Kandidatur von Henry Ruiz kam es zum ersten Mal in der Parteigeschichte zu der Situation, daß eine Stichwahl über die Vergabe des Parteisekretärsposten entscheiden sollte.

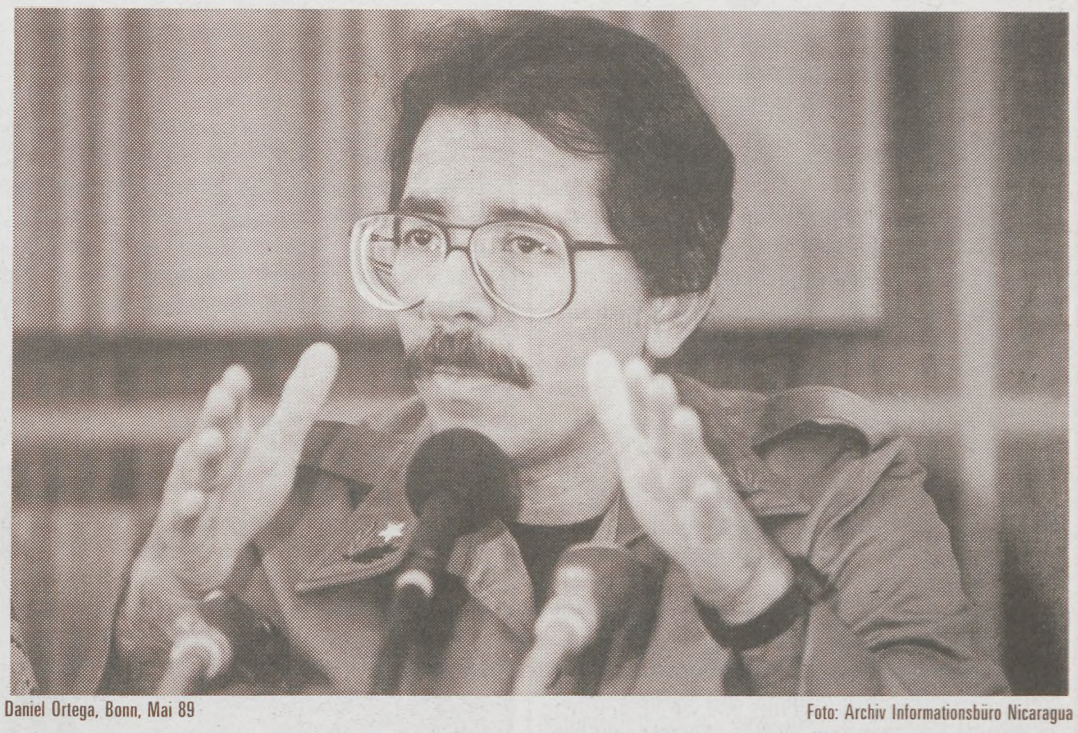
Ein anderer im Vorfeld des Kongresses mit viel Kritik belegter Punkt drehte sich um die Frage der Zusammensetzung des Kongresses. Es kam zu keiner eigentlichen Neuwahl der Delegierten, alle Delegierten, die 1991 auch vertreten waren, sollten auf dem außerordentlichen Kongress in alter Formation entscheiden. Ein Moment, daß bereits eine eindeutige Tendenz zu Gunsten der Strömung um Daniel Ortega festschrieb. Zwar wurden Anfang 1994 genauso wie 1991 departamentale

3. September Nationaltag der Bauern Nicaraguas (UNAG) Foto: Archiv

Kongresse durchgeführt, sie standen aber unter starker Kontrolle des Parteiapparats, wobei sich der Parteiapparat fast geschlossen hinter Daniel Ortega versammelte. Geringe Konzessionen an die Strömung um Sergio Ramirez sind in der Tatsache zu sehen, daß neben diesen 566 Kongressdelegierten noch 300 Gastdelegierte gewählt werden konnten, denen zwar Rederecht, nicht aber Abstimmungsrecht auf dem Kongress eingeräumt werden sollte.

DER KONGRESS – WENIG PROGRAMMATISCH

Entgegen der turbulenten Ereignisse im Vorfeld, verlief der Kongreß nahezu beunruhigend ruhig ab. Die EINHEIT wurde immer wieder betont, ja fast herbeibeschworen – dies jedoch nicht in Form einer politischen Debatte, sondern mit moralischem Impetus und dem Blick auf die Vergangenheit. Breiten Raum nahm die angestrebte Veränderung der Statuten ein, fast 2 Tage lang stand diese Diskussion im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Dabei kam es zu einigen interessanten Neuerungen, die eine zukünftige innere Demokratisierung fördern könnten. Die Asamblea Sandinista, als höchstes Organ zwischen den Kongressen, wurde auf 135 Mitglieder erweitert, wobei 50% zukünftig direkt auf departamentaler Ebene gewählt werden sollen. Ferner wurde sie in ihren eigenständigen Entscheidungsbefugnissen gestärkt. Den Versammlungen auf departamentaler Ebene wurden mehr Kompetenzen eingeräumt. Neu ist die Einrichtung von Versammlungen auf Gemeindeebene. Diese Änderungen der Statuten markieren eine Tendenz der Stärkung der Basisstrukturen der FSLN, was sich geradezu konträr von den auf dem Kongreß 1991 gefällten Entscheidungen abhob. 1991 kämpften nach der



Daniel Ortega, Bonn, Mai 89 Foto: Archiv Informationsbüro Nicaragua

Wahlniederlage soziale Organisationen und breite Sektoren der Basis vergeblich um mehr Einfluß innerhalb der Partei und um eine Vergabe von Quoten. Erstmalig in der Geschichte FSLN haben sich nun auch die Frauen mit einer Quote durchgesetzt, wobei sie das angestrebte Ziel von einer 40% Quotierung nicht erreichen konnten, sondern sich auf dem männderdominierten Kongreß nur mit einer 30% Quote durchsetzten. Jugendlichen wird in Zukunft eine 10% Quote für alle Parteistrukturen und eine 15% Quote für öffentliche Ämter eingeräumt.

Auf der Ebene der Dirección Nacional kam es sowohl in Bezug auf die durchgesetzte Erweiterung (jetzt 15 Mitglieder), als auch in Bezug auf den Wahlmodus (einzeln, geheim und direkt) zu Änderungen. Auch das ist eine historische Neuerung, sollte doch zum ersten Mal dieses Gremium real gewählt werden. Ebenso ist ein Novum, daß Frauen und VertreterInnen der Atlantikküste über Vergabe von Quoten Einzug halten.

In der sich anschließenden, in keiner Weise als erschöpfend zu bezeichnenden Diskussion, ging es um das Parteiverständnis und die Frage der Aktualität des Avantgardeanspruches. Dieser wurde beibehalten, wobei nun davon abgesehen wird, daß die Partei der/n Einzelnen in die Kategorie »militante« erhebt. Vielmehr gilt nun die freie Entscheidung zwischen einfacher Mitgliedschaft oder aber dem Status als »militante«, als Teil der Avantgarde. In dieser Diskussion spiegelte sich die Auseinandersetzung wieder, inwiefern die Partei mehr eine Wahlpartei/Volkspartei sein sollte, oder eine Organisation, die sich vor allem wie bisher darüber definiert, aktiver Teil der Kämpfe gesellschaftlicher Sektoren zu sein. Einfluß in diese Diskussion hatte auch die Frage der Neudefinition der Partei gegenüber den sozialen Bewegungen. Mit der Verabschiedung des modus vivendi der freien Entscheidungsfindung wurde die klare Selbstbestimmung und Definition deutlich abgewiegelt, was in Zukunft bei sozialen Auseinandersetzungen, die vor dem Hintergrund der von dem regierenden UNO-Bündnis weitergeführten »Strukturanpassung« zu erwarten sind, neue kontroverse Diskussionen entfachen dürfte.

DISKUSSIONEN UM REFORMEN

Die angestrebte Diskussion um die vorher bestimmten vier zentralen Themen (Verhältnis der FSLN zur Regierung; zu den USA; der Eigentumsfrage, sowie ihrer sozialen Zusammensetzung) glänzte durch Nicht-Diskussion. Einzeln wurden leichte Modifizierungen der bisherigen FSLN-Politik unterbreitet, wobei die kontroversen Positionen der beiden Strömungen zu diesen Themen nicht angesprochen wurden. Spontan und ohne vorherige Planung meldeten sich campesinos und LandarbeiterInnen zu Wort, die ein 5. Thema einbrachten, nämlich »FSLN y campo«. Hier entfachte sich die einzige reale Diskussion, die deutlich machte, daß die FSLN den Bezug zu ihrer Basis auf dem Land verloren hat.

Auch war vielfach im Vorfeld des Kongresses der Wunsch geäußert worden, daß das Thema »piata« thematisiert werden sollte. Dennoch kam es zu keiner Diskussion, womit die FSLN vielleicht ihre letzte Chance vor den Wahlen 1996 verloren hat, sich von diesem Makel zu befreien, der sie mehr um ihr Ansehen in der eigenen Basis und der Bevölkerung gebracht hat, als alle programmatischen Schwächen.

Es war deutlich, daß das Hauptinteresse auf dem Kongreß darin bestand, eine neue Parteiführung zu wählen, die Legitimität und Anerkennung besitzt und Programmpunkte zu definieren, ohne eine Strategiedebatte zu führen.

WAHLEN

Nach zwei langen Tagen der Statutenänderung wurden bei den abschließenden Wahlen zur Asamblea Nacional viele bekannte Namen nicht mehr gewählt, so zum Beispiel Omar Cabezas und William Ramirez. Dies scheint in erster Linie darauf zurückzuführen zu sein, daß sie entweder keiner der beiden Strömungen angehörten oder aber der auf dem Kongress nur in der Minderheit auftretenden Strömung von Sergio Ramirez. Mit einem Kräfteverhältnis von 65 zu 35 setzte sich die Izquierda Democratica gegenüber der Strömung um Sergio Ramirez durch.

Die Wahl zur Dirección Nacional verlief ähnlich, wobei sich die ID mit 9 zu 6 Personen durchsetzte. Deutlich wurde bei diesen Wahlen, daß Personen wie Henry Ruiz und Sergio Ramirez für ihre Positionen und ihre Opposition sanktioniert wurden. Henry Ruiz, einer der Comandantes mit dem höchsten Prestige, erhielt nur wenige Stimmen und Ramirez wurde nicht mehr in die neue Leitung gewählt, was eine Spaltung der FSLN den Boden bereitet und notwendigen parteiinterne Diskussionsprozesse denselben entzieht.

Bei der Wahl der 3 Sekretariate in der Dirección Nacional wurden nur Kandidaten der ID gewählt, die die Position der ID untermauert.

Daniel Ortega wurde als Generalsekretär bestätigt, Tomas Borge zum Vizegeneralsekretär gewählt. Henry Ruiz wurde in seinem Amt als Schatzmeister nicht bestätigt, vielmehr mußte er seinen Posten an René Nŭez abtreten.

Violeta Chamorro, bei Pressekonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1989 Foto: Harald Klier

Folgende Personen sind nun (in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl) in der neuen Dirección Nacional vertreten. Tomas Borge, Daniel Ortega, Monica Baltodano, Rene Nŭez, Bayardo Arce, Lumberto Campall, Bendigna Mendiola, Henry Ruiz, Victor Hugo Tinoco, Dora Maria Tellez, Victor Tirado, Rene Vivas, Dorotea Wilson, Luis Carrion, Mirna Cunningham. Die fünf erstmalig gewählten Frauen repräsentieren dabei nicht eine eigenständige Frauenpolitik in der FSLN oder den sozialen Bewegungen.

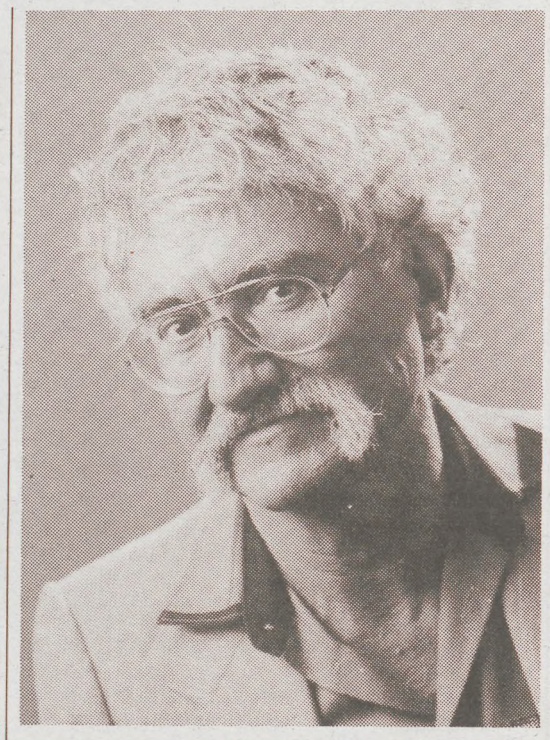
REAKTIONEN AUF DEN KONGRESS

Die Reaktionen auf den Kongreß waren sehr unterschiedlich. Von Seiten der ID und Daniel Ortega wird er als eine Festigung der Einheit gefeiert. Die Strömung um Sergio Ramirez betrachtet seinen Verlauf eher als Symbol des Sieges der »Dampfwalze Daniel«, der keine Opposition zu seiner Macht zulasse. Unter den VertreterInnen dieser Strömung herrscht die Meinung vor, daß der »Autoritarismus über eine Politik des Konsens« gesiegt habe. Der Soziologe René Vargas faßte seine Analyse folgendermaßen zusammen: »Es wird Erneuerung ohne Demokratie geben...«●

GEMEINSCHAFTSPROJEKTE ALS POLITISCHE PERSPEKTIVE

Befreiung zur Menschlichkeit

Der zunehmende Existenzdruck, unter dem idealistisch motivierte selbstverwaltete Betriebe und Projekte besonders zu leiden haben, läßt kaum noch Raum für ethisch-politische Grundsatzfragen. Angesichts des damit einhergehenden Utopieverlusts wäre es bedauerlich, wenn solche wie von Helmut Thielen in »Subversion und Gemeinschaft« skizzierten Entwürfe gesellschaftlicher Veränderung bloß gedanklich konstruierte, statt mit realen Bewegungen vermittelte Ansätze einer Befreiung zur Menschlichkeit blieben. Darum befragte CONTRASTE den Autor zur praktischen Umsetzbarkeit seiner politischen Vorstellungen.



Helmut Thielen, Dr. sc. agr., Soziologe, Ingenieur für Landschaftsplanung, gilt als einer der führenden entwicklungspolitischen Theoretiker. Ein Prospekt mit seinen Veröffentlichungen (v.a. zu Lateinamerika) ist erhältlich bei: Horlemann Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef.

CONTRASTE: Wie könnte die von Dir angedachte gesellschaftliche Veränderung vor sich gehen?

Helmut Thielen: Meine theoretische Arbeit in den letzten Jahren ist nicht mehr als der Anfang eines gedanklichen Beitrages zu dem, was ich die notwendige kritisch-solidarische theoretische Begleitung zu befreiender Praxis für ein gutes und gerechtes Leben nennen möchte. Solche Theorie kann und darf sich auch nicht Praxisvorschläge ausdenken. Sie kann aber einige Grundsätze für richtige Praxis benennen und helfen, Erfahrungen zu verarbeiten.

Was heißt das konkret, bezogen auf die Situation in Europa heute?

Die Chancen der Befreiung hängen wesentlich ab vom Verlauf der gegenwärtigen schweren Strukturkrise des Kapitalismus, die seine endgültige sein **könnte**. Aber das ist nicht automatisch günstig für uns, sondern birgt vor allem die Gefahr, davon verschlungen zu werden (Rosa Luxemburg: Sozialismus oder **Barbarei**) und andererseits die viel geringere Chance, schrittweise über Gemeinschaftsprojekte verschiedener Art und subversive Auseinandersetzung mit Kapital und Staat diese zu überwinden. Die **Wege**solcher Überwindung habe ich in dem von Dir besprochenen Buch angezeigt und erinnere sie hier nur: packende, die Systemstrukturen delegitimierende, geistig-motivational befreiende und anregende Kritik; Verweigerung der Zusammenarbeit mit und Unterordnung unter diese Strukturen; beispielhaftes, attraktives anderes Leben; vielfältiger, subversiver, ziviler Widerstand – das alles in Wechselwirkung miteinander.

Gerade in Gemeinschaften, die Du beispielhaft als Hoffnungsträger benennst, sind Theoriefeindlichkeit und Empfindlichkeit gegenüber Glaubensfragen weit verbreitet, jedenfalls in politischen Gruppen, wo nicht New Age-Mystik verbraten wird. Wie stellst Du Dir angesichts dessen Kritische Theorie und Befreiungstheologie als Begleitung von befreiender Praxis konkret vor?

Theoriefeindschaft (die sich schon dadurch diskreditiert, daß sie eine der Fortsetzungen, in harmloserer Form, der nazistischen Bücherverbrennungen ist) ebenso wie pauschale Religionsfeindschaft müssen dazu führen, jede Menge Eigentore zu schießen, sich zu behindern. Ich deute nur an: Im einen Falle dreht sich die blinde Maus in der Tretmühle im Kreis. Sie **meint**, etwas zu bewegen, weil sie **nicht weiß**, daß sie im Kreis läuft und weder die **realen Chancen** noch **Widerstände** (hinreichend) **kennt**. Im anderen Falle fehlt die seelische Begegnung von Einzelnen und kleinen Gruppen mit der wirkenden Kraft einer großen wirklichen Liebe, die traditionell 'Gott' genannt wird, und das Vertrauen auf sie, das traditionell 'Glaube' heißt. Das begründet einen Mangel an inneren menschlichen Voraussetzungen für die **Stabilität von richtigem Gemeinschaftsverhalten** und **Anfälligkeit** für zersetzende Kräfte. Viel schwerer, als diese Einsichten inhaltlich zu benennen ist es, sie zu vermitteln. Dagegen wehren sich zwei Kräfte: Da ist die **berechtigte** Angst vor Vergewaltigung und Absorption durch schlechte (d.h. dogmatische, abgehobene, herrscherliche, etc.) Theorie, oder durch Religion und Spiritualität als geistige Herrschafts- und Verdummungsmechanismen, durch Irrationalität überhaupt bis hin zu faschistischen Tendenzen in der psychischen Struktur. Andererseits wirkt die **problematische** Angst oder Feigheit, auch die Faulheit, gegenüber der unverzichtbaren, nur durch praktische Übung aufbringbaren Anstrengung des kritischen Begreifens und vor der notwendigen Selbstkritik und Selbstkorrektur, vor Einsicht in Gefahr und Schwere der Aufgabe mithilfe von Theorie. Ebenso problematisch ist die Angst vor dem Anerkennen – statt Verdrängen und Vergewaltigen – des ganzen Reichtums der seelischen Kräfte als zu integrierendes und zu gestaltendes Potential menschlichen Lebensglücks mithilfe von Religion/Spiritualität/Glaube.

Die von Dir als notwendig beschriebene anerkennende Hinwendung zum »Du« setzt entsprechende persönliche Fähigkeiten voraus. Wie können Menschen sich gegenseitig mit ihren Fehlern und Schwächen annehmen, die selbst vor allem gelernt haben, mit sich und anderen hart und leistungsbezogen umzugehen?

Leben in der Mit-Menschlichkeit und 'Mit-Natürlichkeit' des 'Du' rührt an ein Grundproblem der menschlichen Existenz und an seine Lösungsperspektive in einem befreienden Glauben – als Kultivierung der personalen Seele im Leben vor oder mit Gott – und in Gemeinschaftserfahrungen. Das ganz besondere Problem von uns Menschen ist eine grundlegende **Angst** in der Welt, aufgrund der fehlenden instinktregulierten Einpassung. Diese unspezifische elementare Angst verleitet zu Sicherungsstrategien zuerst gegenüber Naturgefahren in Form von Aggression (Macht, Herrschaft) und Besitz, dann zur Konkurrenz um Besitz und Macht als Sicherungsmittel der Menschen gegeneinander. Zugleich bringt die Angst das Bedürfnis und die Sehnsucht nach einer Geborgenheit hervor, die diese Angst nicht abschaffen, aber soweit beruhigen könnte, daß die Chance sichtbar wird, auf die falschen **Über**lebensstrategien (Besitz, Macht, Konkurrenz) als Folge der Angst zu verzichten und stattdessen **gutes Leben**, Leben in der Geborgenheit der Anerkennung und des SichFörderns, gewagt werden kann. Diese Liebe können sich Menschen auch, aber nicht **allein**geben. Sie fordern voneinander mehr als sie 'haben', bleiben in der Angst vor der unvermeidlichen Enttäuschung und voreinander, verfallen in die genannten AngstSicherungsstrategien, verstricken sich in Widersprüche – in persönlichen Beziehungen wie in großen Gemeinschaften, Institutionen oder Bewegungen. Die notwendige Liebe kann nur – salopp gesagt – bei Gott 'abgeholt' werden, indem man sie sich schenken läßt **und dann auch**von Menschen und durch sie hindurch. Gemeint ist der lebendige Gott, nicht die Götzen und religiösen Systeme, die zurecht der neuzeitlichen Kritik (v.a. von Feuerbach, Marx, Nietzsche und Freud) verfallen sind. Diese **Kritik** ist ganz unverzichtbar notwendig anzuwenden nicht allein auf realexistierende klassische Religionen, sondern gerade auch auf Esoterik, Neue Religionen, New Age, etc. Wesentlich sind z.B. die von der Psychoanalyse ausgehenden Erkenntisse über seelisch kranke, neurotische und psychopathische Mechanismen in Religionen und ihre Beziehungen zu konservativer, reaktionärer und faschistischer Politik. ●

Das Gespräch führte Elisabeth Voß

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.49 enthält u.a.:

★

Europa-Positionen der Rechten
von C. Schulenkorf

☆

EU – Dichtung und Wahrheit
von Anti-EG-Gruppe Köln

★

Netzwerk rechter Publizistik
von D. Schmidt

☆

Zapatistas: Der Beginn eines schmutzigen Krieges?
von Herby Sachs sowie
Interviews mit den Comand. Ana-Maria, Ramona u. Marcos

★

Reisebericht der Kurdistan-Delegation vom März 1994

✧

Weiter: **Aborigines – Verschwiegener Kolonialismus** *v on Karl Rössel;* **Die Vertreibung der KaukasierInnen aus Moskau***von Markus Mathyl;* **Radio der Unterdrückten***von Boris Scharlowski;* **Radio Patapoe** *von Agentur BILWET;* **Der "Kater-Konzern"** – Zur Geschichte des Verlags der Freien Arbeiter Union *von Corinna Kaiser;* Gustav Landauer, Bakunins Philosophische Briefe *von Harry Pross;* Rezensionen, usw.

✏

ABONNIERT!
(4 Nrn a. 76 S.): 25.-
Einzelpreis: 7.-

Peter Paul Zahl:
Fritz – A German Hero
Theaterstück über Friedrich Schiller
ca. 120 S., 24.-DM
erscheint im Juli 1994

SF ★ Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264

BUCHBESPRECHUNG

Subversion und Gemeinschaft – Befreiung in der Zeitenwende

Diese 160 Seiten Philosophie pur sind ein harter Brokken für theoretisch nicht Geübte. Das als Warnung vorneweg. Jedoch ist der Anspruch des Autors, ein Projekt jenseits des Kapitalismus zu skizzieren, die Mühe wert, sich da durchzubeißen. Es geht um nicht weniger als den »Grundriß eines neuen Denkens für eine neue Praxis« auf Grundlage einer Philosophie der Befreiung für Europa. Also keine blutleeren Analysen, sondern engagiertes Denken von einem, der politisch noch etwas will.

Auf Grundlage von Kritischer Theorie (insbesondere der Arbeiten von Walter Benjamin und seinem Bezug auf den jüdisch-messianischen Glauben), Befreiungstheologie (und ihrer Praxis in den christlichen Basisgemeinden Lateinamerikas) und Eugen Drewermanns Auslegung des Katholizismus (von seiner Kirche angegriffen und ausgegrenzt) umreißt Helmut Thielen ein Modell von Befreiung, das Auswege aus der sozialen und ökologischen Krise des Kapitalismus denkbar werden läßt. Seinen Entwurf gesellschaftlicher Veränderung grenzt er klar ab gegen jegliche Form von Ideologie als Rechtfertigung des Bestehenden. Darunter fallen sozialdemokratische Restaurierungsversuche ebenso wie der überlebte Realsozialismus, Kirche als Institution und Verantwortungsethik (die er als ideologische Wegbereiterin ökofaschistischer Durchsetzung von Kapitalinteressen entlarvt).

Mit dem Anspruch substantieller Vernunft (im Gegensatz zu instrumenteller, also machtpolitisch benutzbarer Vernunft) tritt er ein für die Möglichkeit eines guten und gerechten Lebens, für die Befreiung der Unterdrückten und Gedemütigten, für das Reich Gottes auf Erden – nicht als fernes Ziel, sondern als utopische Praxis im Hier und Jetzt. Die politisch unverbrauchten Strömungen des utopischen Sozialismus und des Anarchismus sind für ihn Hoffnungsträger, wenngleich er Politik in ihrer bisherigen Ausprägung als gewaltsame Durchsetzung von Machtinteressen radikal ablehnt.

Da der Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen nicht zu schlagen ist, weil gegen technokratischen Machbarkeitswahn und seine todbringende Durchsetzung keine Gegenwehr hilft, die ihre ProtagonistInnen im Kreislauf der Macht verschleißt (was bisherige Revolutionen gezeigt haben), sollen diese Spielregeln verlassen werden: Die Kraft gelebter Versöhnung, Gerechtigkeit und Liebe (statt Vergeltung) soll das herrschende System überflüssig machen. Vorstellbar wird dies durch den Glauben an Erlösung. Jedoch propagiert der Autor kein plattes positives Denken (mit korrespondierender Einrichtung im Bestehenden), sondern vielmehr die Notwendigkeit einer befreienden Praxis. Diese heißt für ihn: Subversion und Gemeinschaft. Konkret: »unmittelbar mitmenschliche Beziehungen autonomer Personen zueinander«, rätedemokratisch organisiert in Freiheit und Gerechtigkeit. An die Stelle des »Haben« und »Machen« der kapitalistischen Warengesellschaft soll »Anerkennung, Sich-Zuwenden, Kooperieren, Versöhnen« treten, in kleinen Gemeinschaften auf der ökonomischen Basis von Landwirtschaft, Handwerk und ökologischer kleinindustrieller Produktion. »Gemeinschaft als Weg und Ziel« ist praktizierter Glaube und Heilung des Einzelnen, dessen Seele nicht nur im Kapitalismus, sondern auch in linker Machtpolitik nur zu oft zu kurz kam. Die liebevolle – und es in seiner Andersartigkeit anerkennende – Zuwendung zum »Du« ist ihm zentraler Baustein gesellschaftlicher Veränderung, als Wiederaneignung gewaltsam zerstörter Zwischenmenschlichkeit.

Ihren subversiven Charakter entfalten solche Gemeinschaften durch ihre Existenz, indem sie die herrschenden Verhältnisse kritisieren, sich ihnen verweigern, zivilen Widerstand leisten und eine alternative Praxis leben. »Subversion ist der kritische Begriff und die Praxis dessen, was eigentlich Revolution meint«. Als Versöhnung und Erlösung ist sie utopische Praxis, die – unter aktivem Gewaltverzicht – »bestehende Herrschafts- und Gewaltverhältnisse... zersetzen und ab(zu)lösen soll«. Aber: »Utopische Hoffnungsbilder sind nur transzendent, der Sache nach wirklich verschieden von schlechter Realität, wenn sie nicht mit Gewißheit, Sicherheit ihrer Verwirklichung einhergehen, sondern mit Unsicherheit und Enttäuschbarkeit. Nur große Hoffnungen sind enttäuschbar und ungesichert, das ist ihr Gütezeichen.« ●

Elisabeth Voß

Helmut Thielen: Subversion und Gemeinschaft. Befreiung in der Zeitenwende, Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg 1993, 28,– DM.

SOZIALE SELBSTHILFE

LERNEN

Bildungspolitische Potentiale als alternative Gesellschaftspolitik

Dank steigendem Selbstbewußtsein der Beteiligten beginnt in Selbsthilfegruppen eine neue Art von Reformpolitik von unten. Gesellschaftsveränderung wird in kleinen Schritten vorgelebt. Wir stellen Umfang und Selbstverständnis von Sozialer Selbsthilfe vor und zeigen Perspektive für daraus sich entwickelnde politische Partizipation.

Wenn man für die Ausbreitung Sozialer Selbsthilfe plädiert, geht es nicht um den Abbau sozialstaatlicher Ausgaben, sondern darum, sie stärker den Sozialen Selbsthilfegruppen zur Verfügung zu stellen, die in vielen Bereichen humaner und effizienter als die zentralen Gesundheits-, Bildungs-, Fürsorge-, Jugend- und Wohlfahrtsbürokratien menschliche Bedürfnisse befriedigen. Für den Umbau des Sozialstaats sind die 40.000 bis 50.000 Sozialen Selbsthilfegruppen von geradezu universeller Bedeutung. Den Negativstrukturen, die sich unter Begriffen wie »Inhumanität und Ineffizienz durch Überzentralisierung« (und daher Bürokratisierung, Bürgerferne), »Betonstrukturen« oder »repressive Betreuung« (Disziplinierung) zusammenfassen lassen, stehen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen Strukturprinzipien und bereits vorhandene Alternativstrukturen Sozialer Selbsthilfe gegenüber, die – bei konsequenter Verbreitung und Förderung – wesentlich zu einem humanen Umbau des Sozialstaats beitragen können.

SECHS AKTIONSBEREICHE SOZIALER SELBSTHILFE

Die wachsende Bedeutung der Sozialen Selbsthilfegruppen im gesellschaftlichen Leben der BRD wird deutlich, wenn man sich einen empirisch fundierten Gesamtüberblick über alle Aktionsbereiche und die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte Sozialer Selbsthilfe verschafft, die Größenordnung und den Grad der Vernetzung in diesen Bereichen zu ermitteln versucht. Es wird dann deutlich, daß Soziale Selbsthilfe als alternative, selbstorganisierte Praxis und als Perspektive gesellschaftlicher Daseinsgestaltung wirkt. Die sechs großen Aktionsbereiche mit insgesamt etwa 25 Arbeitsschwerpunkten treten in Erscheinung, wenn man gründlich und ohne Verengung des Blicks aufnimmt, was sich in der Selbsthilfebewegung tut.

SOZIALE SELBSTHILFEGRUPPEN

In der Selbsthilfebewegung wird ein neuer Ansatz, ein

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

partieller Aufbruch sichtbar: Aktive Minderheiten haben mit steigendem Selbstbewußtsein begonnen, Verhältnisse in ihrem Lebens-Umfeld selbst zu verändern. Sie verlassen sich nicht mehr (allein) auf den Staat, auf Parteien und Gewerkschaften, sondern handeln selbst: In den Selbsthilfegruppen beginnt eine neue Art von Reformpolitik von unten, in zehntausenden von kleinen Gruppen werden überschaubare Lebens- und Arbeitszusammenhänge humaner gestaltet. Eng verbunden mit solcher Gesellschaftsveränderung ist Selbstveränderung und

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wertewandel: Reform wird nicht (nur) passiv – vom »Staat« erwartet, der sie per Gesetz verordnet, sondern sie wird in kleinen Schritten vorgelebt, indem Lebensvorstellungen und persönliche wie soziale Verhaltensmuster sich wandeln.

Bisher handelt es sich um Minderheiten: 50.000, vielleicht schon 60.000 autonome Gruppen gibt es heute in der Bundesrepublik; 1-2 Prozent der erwachsenen Westdeutschen engagieren sich darin. Aber das bedeutet keineswegs, daß diese Gruppen Politik und Gesellschaft nur marginal verändern können. Selbstverständlich haben die genannten sozialökologischen Reformansätze auch ein Element von Realutopie in sich: die begründete Hoffnung auf weitere, durch kooperative Politik stark zu fördernde Verbreitung. Aber schon heute ist auf die Multiplikatorwirkung aktiver Minderheiten zu verweisen. Heute schon sind die Leistungen von Sozialen Selbsthilfegruppen in wichtigen Bereichen nicht nur marginal. Ihre humaneren ökonomischen, kulturellen und sozialen Modelle werden zunehmend öffentlich beachtet und anerkannt. In manchen gesellschaftlichen Bereichen gestalten die Gruppen bereits alternative Strukturen mit: selbstorganisierte Spielplätze, Kinderläden, Stadtteiltreffs, autonome Jugendzentren, über 2.000 Einrichtungen der Frauenbewegung, 6 – 10.000 Selbsthilfegruppen von Kranken und Behinderten, ca. 10.000 neue genossenschaftliche Unternehmen – alle diese gegengesellschaftlichen Modelle spielen bereits eine durchaus »realpolitische« Rolle.

STRATEGIEN DER VERBREITUNG

Angesichts dieser perspektivenreichen Deutung der Sozialen Selbsthilfe und ihrer möglichen politischen wie menschlichen Bedeutung ist zu fragen, wie diese sozialen Initiativen zu einer weit verbreiteten Form autonomer gesellschaftlicher Aktivität weiterentwickelt werden können. Um dieses Ziel der Verbreitung und »Verallgemeinerung« der Sozialen Selbsthilfe zu erreichen, müssen sozial-ethische, organisatorische, politische und bewußtseinsmäßige Voraussetzungen geschaffen werden:

- Durch eine »Kulturrevolution des Gemeinsinns« muß an die Stelle des auftrumpfenden Anspruchs der Privatperson, sich um nichts zu kümmern, aber sozial optimal versorgt zu werden, die Bereitschaft (aber keine Dienstverpflichtung!) des Mitbürgers treten, soziale Demokratie auch selbst mitzugestalten; vorhandene und zu schaffende materielle Bedingungen unterstützen die notwendige Verhaltensänderung...
- Ein weiteres Prinzip einer Verbreitung von Sozialer Selbsthilfe ist das Lernen von Aufbauschritten sowie die interne gegenseitige Information. Organisationsstrukturen müssen geschaffen werden. Die vorhandenen Selbsthilfegruppen, insbesondere die mit ähnlicher Aufgabenstellung müssen sich wesentlich stärker koordinieren, austauschen, »vernetzen«. Es gibt bereits über 200 Zusammenschlüsse von Gruppen mit ähnlichem Arbeitsschwerpunkt...
- Verwaltungen – auch der Wohlfahrtsverbände – müssen ihr Verhalten grundlegend ändern, damit sie, statt Barrieren für Soziale Selbsthilfe zu bilden, hilfreiche, kooperative Ansprechpartner werden. Sie müssen bei weitem stärkere finanzielle Förderung zur Verfügung stellen und helfen, ein ausgebautes Netz von autonomen »Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstellen« aufzubauen, die die vielen zu sozialem Engagement im Prinzip bereiten, aber meist isolierten Menschen an einen Tisch und zu erfolgreichem Handeln bringen.
- Information und politische Bildungsarbeit über Formen der Sozialen Selbsthilfe müssen vervielfacht werden, damit soziologische Phantasie von BürgerInnen mobilisiert wird; die Vorstellungskraft, sich auch selbst an Formen der Sozialen Selbsthilfe zu beteiligen.

Eine conditio sine qua non ist zweifellos, daß in der politischen Information und Bildung, d.h. von unseren Medien und von den Institutionen der politischen Bildungsarbeit das von BürgerInnen selbst organisierte soziale Handeln als genau so wichtige Information aufgegriffen und verfolgt wird wie das Handeln der offiziellen Politikmacher. Dies kann mit einem Beispiel aus der Praxis belegt werden: Nachdem der Sender Freies Berlin eine 30-Minuten-Sendung mit zwei Mitgliedern der »Ökologischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Berlin« über deren Ziele ausgestrahlt hatte, meldeten sich ca. 100 Personen, die Interesse hatten mitzuarbeiten.

VORHANDENE ANSÄTZE DER »SELBSTHILFE-BILDUNG«

Mittlerweile hat die Selbsthilfebewegung ihre eigenen Beratungsstellen und (Weiter-)Bildungsstätten für Selbsthilfeprojekte und genossenschaftliche Betriebe hervorgebracht. Sie beraten bei der Gründung des Projekts/Betriebs, in Fragen der Rechtsform, Geldbeschaffung und Finanzierung, der Betriebswirtschaft, der Möglichkeiten, in den Genuß öffentlicher Förderung zu kommen. Zuweilen gibt es auch Kurse mit dem Ziel, Menschen zur Gründung von Selbsthilfeprojekten zu befähigen, in denen sie sich dann einen Arbeitsplatz schaffen (z.B. beim Forum Berufsbildung in Berlin). Umgekehrt gibt es selbstorganisierte, alternative Bildungsträger, die kritische (friedens-)politische Bildung, ökologische Kenntnisse etc. vermitteln, sowie selbstorganisierte Ausbildungsprojekte, in denen benachteiligte Jugendliche eine Lehre absolvieren und/oder den Hauptschulabschluß nachholen können. Eine steigende Zahl Freier Schulen versucht mit repressionsfreien, kinder- und lernfreundlichen Konzepten gegen das Bildungsmonopol des Staates anzutreten (und trifft hier auf harten Widerstand).

Wie groß das Angebot ist, läßt sich abschätzen, wenn man den jährlich erscheinenden Adressenteil von CONTRASTE, die BUNTEN SEITEN, durchblättert. In der letzten Ausgabe finden sich ca. 132 alternative Beratungsstellen, 145 Bildungseinrichtungen, 27 Freie Schulen und nicht weniger als 108 alternative Tagungsund Begegnungsstätten.

Daneben gibt es den großen Sektor der frauenspezifischen Beratungs- und Bildungsstätten. Das Adreßverzeichnis von Emma meldet für 1993 in Ost- und Westdeutschland ca. 135 Kultur- und Bildungsprojekte, 45 Stätten zur Berufs- und Weiterbildung für Frauen, 15 Frauen-Tagungshäuser. Auch die ca. 170 feministischen Gesundheitszentren, Therapiezentren und -gruppen sowie Beratungsstellen gehören in den Bereich alternativer Bildung. Feministische Beratungs- und Bildungsprojekte reagieren auf die Situation der Frauen im Patriarchat; ein anderes Frauenbild, fern der herkömmlichen Rollenzuschreibungen, wird entwickelt und vorgelebt, damit Frauen ihre eigene Identität finden.

In den sozio-kulturellen Zentren, Stadtteilzentren, Nachbarschaftsheimen, Jugendzentren, Seniorenclubs gibt es – jenseits vom etablierten Bildungsbetrieb – Kultur- und Bildungsangebote, die Aktivität, Kreativität und Kommunikation der Teilnehmenden gegen unkreative Konsumhaltung setzen, Austausch anstelle von Kulturkonsum.

Wieder andere Lernprozesse vollziehen sich in den vielen kleinen Selbsthilfegruppen, die miteinander ihre psychischen, gesundheitlichen und sozialen Probleme zu lösen oder zu mildern versuchen: diese Selbsthilfe-Initiativen sind im weiteren Sinne Lerngruppen. Hier geht es weniger um kognitive Bildung und Bildungskonzepte, sondern um gemeinschaftliches existentielles Lernen, teils angeleitet, teils autonom. Hierarchiefreies, repressionsfreies soziales Miteinander-Lernen anstelle von Wissensvermittlung als Einbahnstraße – das ist charakteristisch für das Lernen in Selbsthilfeprojekten. Die Arbeit in Selbsthilfeprojekten vermittelt darüber hinaus eine spezifische Art politischer Bildung: Learning by doing, Lernen in der Praxis des Umgangs mit Behörden und Politikern, Lernen durch tägliche Arbeit, durch immer wieder neue Aufgaben. Menschen übernehmen Verantwor-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

tung, gestalten die gesellschaftlichen Verhältnisse mit, entwickeln sich von »Untertanen« zur partnerschaftlichen Kooperation mit dem Sozialstaat und erwerben die dafür notwendigen Kenntnisse. Selbsthilfegruppen sind ein Lernfeld für politische Partizipation.

Z.B.: LERNEN IM FAMILIEN-SELBSTHILFEBEREICH

Ein Konzept aus dem Jahre 1978 der Hamburger Elternschule enthält als Arbeitsformen bereits teilnehmerorientierte Gestaltung der Lernangebote, Arbeit in kleinen Gruppen, Hilfen zu handlungsbezogenem und gegenseitigem Lernen. Als Veranstaltungsorte werden unter anderem genannt: »Offene Veranstaltungen und Clubs; Gesprächs- und Trainingsgruppen; Kurse für Eltern und Kinder gemeinsam; Mitwirkung im Rahmen stadtteilbezogener Aktivitäten«. Die Arbeiterwohlfahrt nennt bereits 1977 als eine ihrer Arbeitsformen in der Familienbildung: »Offene Begegnungsmöglichkeiten: Gemeinwesenarbeit – politische Aktionen, Kommunikation unter Einbeziehung des Wohn- und Lebensbereichs; solidarische Aktivitäten zur Verbesserung unzureichender Verhältnisse«.

Die Richtlinien für Familienbildungsstätten in Hessen schreiben den Einrichtungen gesellschaftspolitische Aufgaben zu: Sie sollen »den einzelnen Familienmitgliedern helfen, ihre Persönlichkeit zu entfalten sowie ihr gesellschaftliches Umfeld zu begreifen und darin die Verantwortung zu übernehmen«.

Genau das tun Menschen, die sich in der Selbsthilfebewegung engagieren. Die genannten Bildungskonzepte lesen sich fast wie eine Vorbereitung auf das, was sich in der sozialen Selbsthilfe vollzieht: Praktische Gesellschaftskritik, Übernahme von Verantwortung und autonome gesellschaftliche Gestaltung. Dem Menschenbild, das hinter diesen Konzepten steht, können wir auch heute voll zustimmen. Es hat nichts von seiner Aktualität verloren. ●

Brigitte Runge / Fritz Vilmar

THESEN ZUR ZUKUNFT

LERNEN

Politische Bildung – eine Sisyphosarbeit?

Ist die politische Erwachsenenbildung in der Krise? Die Folgen der Politikverdrossenheit zeigen ihre Wirkung, unkonventionelle Lernmethoden und didaktische Phantasie sind gefragt. Thesen zur Zukunft der politischen Bildung.

Vieles deutet auf eine Krise der politischen Erwachsenenbildung hin. Die Teilnehmerzahlen sind in den meisten Einrichtungen rückläufig; viele Volkshochschulen bieten politische Themen kaum noch an, oder sie kalkulieren von vornherein ein, daß die angekündigte Veranstaltung mangels Interesse nicht zustandekommen wird. Die Vermutung liegt nahe, daß der Bedeutungsverlust der politischen Bildung die Krise der Politik und der politischen Systeme widerspiegelt. Die Symptome sind hinreichend bekannt: »Politikverdrossenheit« war das Wort des Jahres 1992. Die Gruppe der NichtwählerInnen wird zur größten Partei. Bestechungsskandale nehmen zu. Auch die Oppositionsparteien verlieren an Profil. Die »Erosion« traditioneller politischer Tugenden und der Bedeutungsverlust herkömmlicher »sozialer Stützsysteme« – wozu auch Parteien, Kirchen, Gewerkschaften gehören – ist unverkennbar. Mit dem Verfall politischer Utopien und überzeugender Ideologien scheinen auch die politischen Entscheidungen immer zufälliger, kontingenter, interessenabhängiger zu werden.

Für die politische Bildung ergeben sich daraus mindestens zwei Konsequenzen:

1. Jahrzehntelang war »kritische Urteilsfähigkeit« unbestrittenes Richtziel politischer Bildung. Angesichts der »neuen Unübersichtlichkeit« und der Scheininformation durch die Massenmedien wächst die Neigung zum voreiligen Urteilen, zum dualisierenden Schwarz-Weiß-Denken, zu autoritären Denkmustern. Wo jeder über alles mitredet und alles besser weiß, hat politische Bildung die Aufgabe, zur Urteilsvorsicht zu mahnen (auch wenn dies konservativ klingen mag).
2. Wenn das Politische mehr und mehr in außerpolitische Subsysteme »abwandert«, verschwimmen auch die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Handeln im Alltag. Der Verzicht auf den PKW in der City wird dann ebenso zu einer Entscheidung mit politischen Implikationen wie der Bananenkauf im EG-Binnenmarkt: Damit aber findet politisches Lernen überall dort statt, wo man es nicht ohne weiteres vermutet, nämlich in Diät- und Gesundheitskursen, in Frauen- und Altengesprächskreisen.

Auch wenn dies zutrifft, ist auf zweierlei hinzuweisen:

- Wenn der Begriff des Politischen allzusehr ausgeweitet wird, verliert er seinen spezifischen Gehalt, er umfaßt dann alles und nichts.
- Wenn politisches Lernen eher nebenbei in allen möglichen Veranstaltungen »als Prinzip« stattfindet, droht auch bildungspolitisch die Gefahr, politische Bildung »als Fach« nicht mehr zu finanzieren und für überflüssig zu halten.

... Die unterschiedlichen didaktischen Konzepte der vergangenen Jahre zeigen, daß es keinen Königsweg der politischen Erwachsenenbildung gibt, daß immer wieder neue didaktisch-methodische Phantasie gefordert ist. Es war in der Geschichte der Erwachsenenbildung stets schwer, für politische Themen ausreichend InteressentInnen zu finden.

Es sind vor allem zwei Motivationen, die eine Teilnahme an Veranstaltungen der Erwachsenenbildung fördern, nämlich der Utilitarismus und der Hedonismus. Utilitaristisch ist die Erwartung, daß Erwachsenenbildung einen Nutzen verspricht, sei es für die berufliche Karriere, sei es für den sozialen Status, sei es zur Klärung persönlicher Probleme. Hedonistisch ist der erwartete Spaß, das Wohlbefinden in der Gruppe, der Spaß am positiv »besetzten« Thema, die Freude über den eigenen Lernfortschritt und am eigenen »Produkt« z.B. in einem Töpferkurs. Beiden Erwartungshaltungen scheint die politische Bildung kaum zu entsprechen. Daß politische Kritikfähigkeit beruflich von Nutzen ist, dürfte eher die Ausnahme sein. Und einen libidinösen Lustgewinn versprechen Themen wie Gentechnik, Klimaveränderungen, EG-Binnenmarkt auch nicht unbedingt. So wirkt politische Bildung eher anspruchsvoll spröde, deprimierend, erinnert an schulmeisterliche Besserwisserei, verstärkt das schlechte Gewissen, da man sich doch nicht für alle politischen Entwicklungen interessieren kann. Weder eine normative Postulatpädagogik noch eine deprimierende Katastrophenpädagogik sind in der Erwachsenenbildung erfolgversprechend.

Wenn man überhaupt eine Prognose wagen will, kann man die These aufstellen: Die Zukunft der politischen Bildung liegt

a) in integrativen Konzepten (z.B. Gesundheit und Politik, Kultur und Politik, Beruf und Politik)
b) in einer Zielgruppenorientierung (z.B. EG-Entwicklung für bestimmte Berufsgruppen) und
c) in einem humorvollen Zugang (z.B. durch die Verwendung von Karikaturen, satirischen Texten, politischen Witzen).

Optimistisch stimmt, daß immer mehr Frauen, die jahrhundertelang als unpolitisch galten, sich für die zentralen Zukunftsthemen unserer Welt interessieren und engagieren. Die Frage, ob es einen frauenspezifischen Umgang mit politischen Themen gibt, müßte noch genauer erörtert werden. Vielleicht ist die politische Bildung auch deshalb in der Krise, weil in ihr zu sehr männliche Denkstile und Deutungsmuster dominierten? Außerdem vermute ich, daß die Zukunft der politischen Bildung weniger von den »richtigen« (früher hätten wir gesagt: »emanzipatorischen«) Lernzielen und Inhalten und mehr von neuen, unkonventionellen Lernmethoden, »Lernsettings«, Organisationsformen abhängt. ●

Horst Siebert

ERWACHSENENBILDUNG IN DEN 90ER JAHREN

Auf der Suche nach Identität

Die oft als starr empfundenen Strukturen der institutionalisierten Erwachsenenbildung stammen meist aus den 70er Jahren. Doch die gesellschaftlichen Ansprüche und damit die eigene Identität haben sich verändert. Gedanken zu den Spannungsfeldern und Widersprüchen der Erwachsenenbildung in den 90er Jahren.

Das, was sich als Legitimationsfrage in Einrichtungen der Erwachsenenbildung widerspiegelt, findet auf vier Ebenen statt:

- Politisch gesehen stellt sich die Legitimationsfrage als die Entscheidung zwischen einer arbeitsmarkt-, sozial- und originär bildungspolitischen Orientierung des Programms.
- Inhaltlich gesehen ist es die Entscheidung zwischen politischer Aufklärung und Emanzipation einerseits und beruflicher Qualifizierung andererseits.
- Teilnehmerbezogen und institutionell gesehen bewegt sich die Legitimationsfrage zwischen Qualität und Quantität des Programms.
- Methodisch-didaktisch gesehen ist es die Frage nach dem Grad der Pädagogisierung und Institutionalisierung von Bildung und Lernvorgängen bzw. deren Entschulung.

Die hier entstandenen Spannungsfelder bzw. die Auflösung und Klärung derselben werden in der 90er Jahre das Profil von Einrichtungen der Erwachsenenbildung entscheidend mitbestimmen.

Die Suche nach Identität in den 90er Jahren ist vor allem die Beschäftigung mit der Genese und Perspektive der eigenen Institutionalisierung: Erwachsenenbildung als Problem der Organisationsentwicklung.

LEGITIMITÄT CONTRA ENTFREMDUNG

... Die Probleme der Legitimation der Praxis in Einrichtungen der Erwachsenenbildung in den 90er Jahren sind an Fragen ihrer Institutionalisierung und Bürokratisierung gekoppelt. Einrichtungen und Institutionen generell, also auch diejenigen der Erwachsenenbildung, entwickeln sich dynamisch und autopoetisch und nehmen im Laufe der Zeit eine mehr oder weniger von der gesellschaftlichen Realität nur bedingt beeinflußbare Autonomie an. Dieser Prozeß der Eigenproduktion von Autonomie gibt zwar einerseits Institutionen Sicherheit und Identifikationsmöglichkeiten bzw. erzeugt Legitimität, andererseits ist die Gefahr der Entfremdung von gesellschaftlicher Realität groß. Und genau an einem solchen Punkt scheint sich die institutionalisierte Erwachsenenbildung derzeit zu befinden. Als Frage formuliert heißt dies: Inwieweit können öffentliche Erwachsenenbildungseinrichtungen mit ihren überwiegend aus den 70er Jahren stammenden Arbeitsstrukturen (z.B. Fachbereichsgliederung) sowie den derzeit gebräuchlichen staatlichen Fördermodalitäten, die sich seit den 70er Jahren nur unwesentlich verändert haben, heute noch Anschlußfähigkeit an die gesellschaftliche Realität erzielen?

Fazit: Die Probleme, die die Erwachsenenbildung derzeit hat, sind in erster Linie institutioneller Art. Inflexibilität und Konservativismus bestimmen oftmals die Arbeit großer Einrichtungen, wie beispielsweise Volkshochschulen, und erschweren eine Organisationsentwicklung bzw. die zügige Verwirklichung innovativer Konzepte. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach der Identität, nach der Legitimation der eigenen Bildungspraxis.

Die Lösung der Legitimationsfrage wird in den 90er Jahren, so die Prognose, zu einer Ent-Institutionalisierung und Flexibilisierung der Strukturen in der Erwachsenenbildung führen.

PÄDAGOGISIERUNG UND ENTSCHULUNG

... Das Problem des Spannungsverhältnisses von Verschulung und Pädagogisierung einerseits sowie der Entschulung des Bildungsbereiches andererseits, wird für die Erwachsenenbildung immer relevanter. Die Kritik an der zunehmenden Pädagogisierung von Lebensbereichen ist nicht neu und wendet sich gegen eine Entmündigung. Pädagogisierung bedeutet hier den Versuch der kompensatorischen, pädagogischen und sozialtherapeutischen Lösung gesellschaftlicher Probleme und der gleichzeitigen Verhinderung einer politischen Lösung. Diese Strategie der Pädagogisierung von Politik wird in Zeiten der Rezession immer offensichtlicher, wird zur Ideologie.

Der Münchener Erziehungswissenschaftler Karlheinz A. Geißler spricht in diesem Kontext von »imperialistischen Tendenzen der Erwachsenenbildung« und meint damit vor allem vier Folgen für die Erwachsenenbildung: Sie wirkt kompensatorisch und entpolitisierend; es kommt zu einer tendenziellen Enteignung des sozialen Lebenszusammenhangs (d.h. durch pädagogisierte und institutionalisierte Lernprozesse werden Erwachsene von Praxiserfahrung ferngehalten) und schließlich erfolgt eine Entmündigung durch Experten (2). Geißlers Kritik an der Erwachsenenbildung zielt auf die Pädagogisierung und Professionalisierung ihrer Praxis.

Der Ansatz von Heinrich Dauber und Etienne Verne (1) zielt dagegen im Anschluß an die Entschulungsdebatte von Ivan Illich auf die Kritik an der Institutionalisierung und Verschulung von Bildung durch das Postulat des 'lebenslangen Lernens' in der Erwachsenenbildung ab: »Die Analyse der Folgekosten industriell produzierter Dienstleistungen führte insbesondere in verschiedenen Arbeiten von Illich zur Entfaltung einer programmatischen Kritik in zwei Richtungen: Soziale Dienstleistungsinstitutionen (und als solche müssen Einrichtungen der öffentlich subventionierten Erwachsenenbildung bezeichnet werden, U.K.) versprechen größere Chancengleichheit für alle, führen jedoch zu verstärkter Ungleichheit; die Monopolisierung grundlegender sozialer Funktionen in dafür geschaffenen professionell verwalteten Institutionen führt nicht zu mehr, sondern zu weniger Lebensqualität.(...) Mehr Schule für die Gesellschaft bedeutet weniger Lernen in der Gesellschaft. Neben dieser Tendenz zur Monopolisierung entwickeln große soziale Dienstleistungsinstitutionen die Tendenz, ihrerseits manipulativ Bedürfnisse zu erzeugen und die Formen ihrer Befriedigung zu kontrollieren« (3).

In diesem Sinne befinden sich Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Widerspruch: Einerseits erkennen sie die Problematik der Pädagogisierung und Institutionalisierung von Lernvorgängen und andererseits garantiert diese Form von Bildung aber auch ihr Überleben und legitimiert sie. Es ist das Dilemma zwischen Emanzipation und Bildung, d.h. die Frage, inwieweit verschulte und pädagogisierte Bildungsprozesse Emanzipation hemmen bzw. sogar verhindern. Bislang legitimierte sich öffentlich mitfinanzierte Erwachsenenbildung über ihren Anspruch, Lernen im Erwachsenenalter professionell – analog der Schule oder Hochschule – zu pädagogisieren und zu institutionalisieren und damit erfolgreich zu sein. Diese Legitimation wird nicht nur theoretisch und analytisch seit Mitte der 70er Jahre zunehmend in Zweifel gezogen, sondern erhält auch durch die Realität von Erwachsenenbildung in den 90er Jahren (siehe oben) eine neue Dimension, die ein Überdenken (überlebens-)notwendig macht. ●

Ulrich Klemm

Literatur:

(1) Dauber, H./ Verne, E. (Hg.): Freiheit zum Lernen. Alternativen zur lebenslänglichen Verschulung. Die Einheit von Leben, Lernen, Arbeiten. Reinbek b. Hamburg 1976.
(2) Geißler, Kh. A.: Erwachsenenbildung als Konsumgut. In: Materialien zur Politischen Bildung, H.3 1986(a), S. 72-78; erstmals 1976.
(3) vgl. (1), Seite 10.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Antifaschistischer Taschenkalender 1995

240 Seiten, DM 11,50,
ISBN 3-928300-23-7

Ab Anfang September in jeder guten Buchhandlung, in eurem Infoladen, bei eurer Antifa oder bei uns:

Antifa-Kalendergruppe, c/o unrast, Postfach 8020, 48043 Münster.

WiederverkäuferInnen erhalten Rabatte!

ALB ERGO E.V.

LERNEN

Bildung zur Persönlichkeitsentwicklung

Aus dem Wunsch, ohne übergeordnete Instanzen gemeinsames Leben und selbstbestimmtes Arbeiten miteinander zu verbinden, entstand die Projektidee einer unabhängigen Freizeit- und Bildungsstätte. Als Verein für Erlebnispädagogik und Ökologie bietet »alb ergo e.V.« in Seminaren für Jugendliche natursportliche Erlebnisse an, die zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen. – Eine Selbstdarstellung.

Um sich selbst und sich mit anderen auf einprägsame Weise erleben zu können, ist es bei uns notwendig, sich auf spannende Herausforderungen einzulassen. Meist sind es natursportliche Erlebnissituationen mit dem 'Kick' des Abenteuers, die zum Handeln motivieren. Die Konsequenzen, die sich aus dem Handeln ergeben sind unmittelbar erlebbar und der Einzelne hat die Chance sich mit Angst- und Könnensgrenzen auf allen Persönlichkeitsebenen auseinanderzusetzen. -Ich habe erlebt, daß in mir mehr drinsteckt, als ich dachte-, oder -es hat schon sehr zur Erkundung des eigenen Ichs beigetragen-, sind häufig gemachte Aussagen von TeilnehmerInnen. Genau darin liegt die Stärke und Attraktivität der Erlebnispädagogik, daß sie Jugendlichen etwas bieten kann, was in diesem Lebensabschnitt besonders gesucht wird. Spannende Herausforderungen, die sonst nur noch aus zweiter Hand konsumiert werden. In einer Welt von Zuschauerkranken ist Echtheit, Direktheit und Authentizität wieder gefragt.

ERLEBNISPÄDAGOGIK ...

Erlebnispädagogik impliziert handelndes Lernen und will Persönlichkeitsbildung durch stetige Grenzerweiterung erreichen. Erlebnispädagogik bietet ein breites Spektrum an Möglichkeiten an, die unerwartet, unbekannt, unvorhersehbar, unbequem, nicht vertraut und gefährlich erscheinen.

Erlebnissituationen und Aktionsräume sind das weitgehend selbstorganisierte und eigenverantwortliche Zusammenleben im Selbstversorgerhaus des Vereins -alb ergo-: Initiativspiele, Baumklettern in der Seilschaft, Wahrnehmungsspiele, Orientierungstouren über die Schwäbische Alb mit Übernachtung im Zelt, im Freien oder in Schutzhütten, Abseilen und Klettern am Fels, Abseilen in eine Schachthöhle und deren Erkundung, Flußabfahrt im Kanadier oder Kajak, Floßbau am See, Langlauftouren im Winter.

Eine Verlagerung der Erlebnissituationen vom Hochgebirge in die vergleichsweise zahme Mittelgebirgslandschaft der Schwäbischen Alb ermöglicht ein höheres Maß an selbständigem, eigenverantwortlichem und verantwortbarem Handeln der TeilnehmerInnen.

... UND ÖKOLOGIE

Ist Ökologie nur ein Anhängsel mit Alibifunktion und ein Automatismus, der sich aus den natursportlichen Aktivitäten von selbst ergibt? Seit 6 Jahren setzen wir uns

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

intensiv mit der Konfliktproblematik -Natursport – Naturschutz- auseinander. Wir suchen nach vertretbaren, wirkungsvollen und befriedigenden Erlebnismöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den verschiedenen Lebensräumen der Schwäbischen Alb.

-Ich war vorher der Meinung, daß ich viel über den Umgang mit der Natur weiß, etwa durch lesen, aber so bewußt wie hier habe ich 'Natur' noch nie erlebt-. Diese Aussage einer Schülerin verdeutlicht, wie wichtig eine pädagogische Begleitung auf diesem Weg zur Mitweltbeziehung ist.

CHANCEN FÜR DEN ALLTAG?

Daß einiges an neuen Einsichten, Erfahrungen und tiefen Erlebnissen in den Alltag mitgenommen wird und dort das Verhalten der Jugendlichen künftig mitbestimmen soll, ist eines der zentralen Anliegen der erlebnispädagogischen Kurswochen.

Damit dies besser gelingt, sollen die TeilnehmerInnen neben der 'action' ihre Erlebnisse über verschiedene Reflexionsmöglichkeiten zum Ausdruck bringen, um dadurch ihre 'Eindrücke' zu vertiefen. Durch die nachträgliche Aufarbeitung des Erlebten werden Gefühle, Gedanken, Probleme und Ängste verfolgt und deren Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung faßbar gemacht.

Erlebnispädagogik und Ökologie verbinden zielgerichtet Menschen und Natur durch Bewegung. Erlebnispädagogik ist kein Supermarkt für Superaction und kein leicht konsumierbares Freizeitangebot, ist weder Survivaltraining noch Kletterkurs.

EIN TEIL UNSERER LEBENSGESCHICHTE

Der Kontakt zu einem -outdoorteacher- in der kanadischen Wildnis war 1979 der entscheidende Impuls, uns an die Realisierung unserer Projektidee einer Freizeit- und Bildungsstätte zu wagen. Wir wollten ohne übergeordnete Instanzen gemeinsames Leben und selbstbestimmtes Arbeiten miteinander verbinden. Treibende Kraft zur Verwirklichung dieser Idee war auch die eigene Unzufriedenheit mit schulischem, verkopftem Lernen.

Auf der Suche nach befriedigender pädagogischer Praxis folgte 1982 die Mitarbeit an der Outward-Bound-Schule in Berchtesgaden, einer Jugendbildungsstätte für Gruppen- und Erlebnispädagogik.

Ende 1982 kauften wir ein altes Bauernhaus mit Nebengebäuden in Trochtelfingen-Hausen auf der schwäbischen Alb.

Von 1984-1987 erfolgte der Ausbau eines Nebengebäudes zu einem Selbstversorgerhaus und die konzeptionelle Vorarbeit. Beeinflußt haben uns dabei die Aufenthalte in Schottland und England bei Outward Bound und der John-Ridgway-Adventure-School.

1987 gründeten wir gemeinsam mit am Thema interessierten PädagogInnen den Verein für Erlebnispädagogik und Ökologie und nannten ihn -alb ergo-.

WAS STECKT HINTER DIESEM NAMEN ?

Albergo, die Herberge, schien uns nach langer Suche eine geeignete Bezeichnung für das gemütliche Haus zu sein, das Gruppen bis maximal 20 Personen als Stützpunkt und Lernfeld während der Kurse dient.

Das griechische Wort -ergon- bedeutet Werk, Tat, Leistung, Aktivität, sinnvolles Tun. Und warum nicht analog zum Lateinischen -cogito ergo sum-, -alb ergo sumus-?

Das erlebnispädagogische Konzept mit natursportlichen Inhalten ist keine Erfindung des alb ergo e.V., sondern hat eine lange Geschichte und geht zurück auf den Reformpädagogen Kurt Hahn (1886-1974). Er war Begründer der Schloßschule von Salem und Mitbegründer der inzwischen weltweit arbeitenden Outward-Bound-Schools oder Kurzschulen, die persönlichkeitsbildende Kurse in meist extremer Naturlandschaft durchführen. Die pädagogische Konzeption des Vereins orientiert sich daran.

DIE PRAXIS

Der Verein gestaltet erlebnispädagogische Kurswochen im Rahmen von Schullandheimaufenthalten für SchülerInnen der unterschiedlichsten Schularten. Seit 1989 zudem erlebnispädagogische Seminarwochen innerhalb des Berufspraktischen Jahres für junge Erwachsene (BPJ/CJD) in Kooperation mit dem EPZ (15-20 Wochen pro Jahr). Ferner veranstaltet der Verein Kompaktseminare für StudentInnen, Seminare im Rahmen beruflicher Fortbildung für LehrerInnen, SozialpädagogInnen u.a., in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule den Kurs -Erlebte Natur- für Kinder und Jugendliche, desweiteren Kurse für Behinderte und integrative Kurse für Behinderte und Nicht-Behinderte.

Voraussetzung für eine verantwortbare erlebnispädagogische Arbeit mit natursportlichen Inhalten ist die Weiterbildung der MitarbeiterInnen und Mitglieder des Vereins im Rahmen von Jahresthemen wie: -Erlebnispädagogik und Biotopschutzgesetz-, -Höhlen als Erlebnisraum – als Lebensraum-, -alb ergo on the rocks-, -LanglaufWald-Wild-, -Leben und Erleben im Wald-, -Wasser – Leben, was erleben-. Diese Themenkomplexe werden bei unregelmäßig stattfindenden alb-ergo-Treffs vorbereitet und als Wochenendveranstaltung in Theorie und Praxis durchgeführt. ●

Elisabeth J. Wolf, Leo Klimmer

SOMMERSEMINAR 1994:

Ist Selbstverwaltung erlernbar?

Bedingungen für die Fähigkeit, selbstbestimmt und selbstorganisiert in Gemeinschaft zu arbeiten und zu leben.

Unter diesem -Ober-Thema- findet vom 5. bis 14. August 1994 in der Bildungsstätte Munzel, Westerhagen 4, 63013 Barsinghausen, das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in der AG SPAK statt. Zu Beginn des Seminars, am Samstag, den 6. August 1994, findet die Fortsetzung der letztjährig initiierten Alternativenversammlung im kleinen Rahmen statt. Dabei wird über die Weiterentwicklung der im letzten Jahr vorgestellten Vernetzungsprojekte berichtet und diskutiert, wie sie weiterzuverfolgen wären. Es handelt sich um folgende Projekte:

1. Lobbying – Interessensverband auf Bundesebene
2. Akademie für kollektives Management
3. Europäische Vernetzungsmesse (wird nicht weiterverfolgt)
4. Projekt Soziales Wirtschaften
5. Entwicklungsprojekte für den Norden
6. Greencard

Am Sonntag, den 7.August, werden sich die Arbeitsgruppen zur Alternativenversammlung und zum Hauptthema dieser Woche vorstellen. Beendet wird die Seminarwoche, auf der nicht nur gearbeitet werden soll, am Sonntag, den 14. August mit einem Schlußplenum.

	FR 5.8.	SA	SO	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO 14.8
9.00 - 13.00		Vorstellungsplenum und Organisatorisches	Vorstellung der Arbeitsgruppen	Kochen Einkauf "Haus" u. AGs Tagungszeitung	---	TAK AÖ	---	---	---	Schlußl-Plenum
15.00 - 18.00	Anreise	Alternativenversamml.	AG 1-- AG 2-- AG 3-- AG 4-- AG 5-- AG 6--	---	---	TAK AÖ	---	---	Abschl. plenum der AGs	Abreise
20.30 - 22.00	Begrüssung und bunter Abend	Alternativenversamml.			Zwischenplenum				FEST	

Anmeldungen zum Sommerseminar, daß in Kooperation mit buntstift e.V., der Ökologie-Stiftung NRW, Regenbogen Bayern und Mitwelt Sachsen-Anhalt veranstaltet wird, an: Marlis Cavallaro, Gabelsbergerstr. 32, 60389 Frankfurt, Tel./Fax: (069) 46 66 54.
(Dort sind auch weitere Informationen und der Rundbrief mit Materialien zum Sommerseminar erhältlich).

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Pille statt Brot?

Kein anderes Problemfeld wird so ressentiment-geladen diskutiert wie das sprunghafte Anwachsen der Weltbevölkerung.
Im Vorfeld der UN-Weltbevölkerungs-konferenz im September in Kairo diskutieren namhafte Autoren die Perspektiven der globalen Bevölkerungsentwicklung:

- **Lester Brown** (Worldwatch Institut): Mit den Nahrungsmittelvorräten geht auch der Fortschrittsoptimismus zur Neige
- **Nafis Sadik**, Chairperson (UNFPA): Familienplanung – ein Schritt zur Emanzipation
- **Manfred Wöhlke** (Stift. Wiss. u. Politik): Umweltflüchtlinge
- **Heiner Geißler** (MdB): Überbevölkerung als neue soziale Frage
- **Dr. D. Kießling / Dr. S. Stannat-Kießling**: Pharmaindustrie steuert die Verhütungsmethoden

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe für DM 14,80 bei:
ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

NACHTRÄGE ZUM BEITRAG IN CONTRASTE NR. 114

Verschlüsselung für die Massen

(Fortsetzung von Seite 1, unten)

Von Johannes Pöhlmann (Was Lefft, Erlangen)

Der technische Fortschritt in der EDV führte zu immer besseren Möglichkeiten der staatlichen Überwachung. Mit der Entwicklung von einfachen und kostenlosen Programmen zur Verschlüsselung von elektronischer Post, Fax und Telefon schlägt dieser technische Fortschritt in sein Gegenteil um: Der befürchtete totale Überwachungsstaat (Stichwort »1984«) kann in Zukunft weniger statt mehr kontrollieren. Die Rollen werden vertauscht: Der Staat versucht, diese Techniken zu verhindern, die Alternativen wollen sie. In diesem Nachschlag will ich das »Umfeld« ein wenig beleuchten.

Verschlüsselung in den Händen der Militärs

Verschlüsselung ist bisher meist von oder für Militärs entwickelt worden. Darauf gründen diese den Anspruch, daß -normalen- Menschen diese Technik nicht zur Verfügung stehen darf. Die Armee des faschistischen Deutschland verschlüsselte ihre Funksprüche mit einer Maschine namens -Enigma-. Der englische Mathematiker Alan Turing baute eine Maschine, die diese Enigma simulieren konnte: Er knackte diesen Code.

Dies war nur so lange von Nutzen, als die faschistische Seite nicht bemerkte, daß die englische Armee diesen Code kannte. Der Angriff auf Coventry war dank Turings Maschine 48 Stunden vorher bekannt, dennoch unternahm Churchill nichts, um das Geheimnis nicht zu gefährden. Viele Menschen mußten so für dieses Geheimnis mit Ihrem Leben bezahlen. [2]

Daß der Code geknackt war, war aber kein Hindernis, nach Kriegsende die Enigma an die dritte Welt zu verkaufen.

Supergeheimdienst NSA

Viel weniger bekannt als der CIA ist der angeblich größte amerikanische Geheimdienst National Security Agency (NSA). Er betreibt überall auf der Welt Anlagen zur -elektronischen Aufklärung-. Diese dienen auch dazu, im In- und Ausland Telefonate und Fernschreiben massenweise aufzuzeichnen und anschließend per Computer nach Schlüsselwörtern zu filtern (Schleppnetzfahndung). Das ist möglich, weil Ferngespräche oft über Richtfunk oder Satellit übertragen werden.

Was interessant ist, wird an -die zu ständigen Dienststellen- weitergegeben. Das können Informationen von Konkurrenzfirmen sein, oder politisch mißliebige -Targets- im In- oder Ausland. [4]

In der BRD ist für die -elektronische Aufklärung- der Bundesnachrichtendienst zuständig. Auch der BND ist nach einem Bericht des -STERN- zum massenhaften und unkontrollierbaren Abhören technisch in der Lage und tut es vermutlich auch.

Die NSA ist auch für Verschlüsselung zuständig. Es heißt, die NSA sei der größte Arbeitgeber für Mathematiker in den USA.

In der BRD gibt es eine -Schwesterfirma- unter der Bezeichnung -Bundesamt für die Sicherheit im Informationswesen-. Immer wieder versuchte die NSA, eine vollständige Kontrolle der Verschlüsselung durchzusetzen.

DES: Der knackbare Code?

Mitte der siebziger Jahre entwickelte das National Bureau of Standards der USA zusammen mit IBM den Federal Data Encryption Standard, kurz DES (Bundesstandard für Datenverschlüsselung).

Die Sicherheit eines solchen Verschlüsselungsverfahrens hängt entscheidend von der Länge des Schlüssels ab. Die ursprünglich geplante Schlüssellänge von 46 Ziffern wurde auf 24 Ziffern reduziert. Nach einem Bericht in der Zeitschrift Science war die NSA an der Entwicklung von DES beteiligt. IBM wollte Probleme beim Export von Computern mit DES vermeiden; bei einem längeren Schlüssel hätte die NSA aber Probleme gemacht. Kritiker, unter anderem Martin Hellmann, meinten damals, der Schlüssel sei bewußt so kurz gewählt worden, daß Amateure und Industriespione abgeschreckt würden, staatliche Stellen (sprich, die NSA) aber den Code knacken könnten. [1]

Ein so kurzer Schlüssel kann heute mit einer 1 Million Dollar teuren Maschine in einer Stunde gefunden werden. Nach einem ARD-Bericht wird DES heute noch benutzt, um die Geheimzahl auf den Euro-Scheckkarten zu verschlüsseln.

Mathematiker als Waffenschmuggler?

1975 erfanden die Mathematiker Diffie und Hellmann eine neue Art von Verschlüsselungsverfahren, das schließlich weiterentwickelt und als RSA-Verfahren (für Rivest, Shamir Adelmann) veröffentlicht wurde. [5]

1977 erhielt die Fachvereinigung IEEE einen Brief eines gewissen Mr. Meyer, der -darauf hinwies-, daß einige Mitglieder der IEEE -möglicherweise- gegen das amerikanische Gesetz über Waffenexportkontrolle -ITAR- verstießen. Kein Wissenschaftler könne in den USA -ohne Zustimmung einer zuständigen staatlichen Behörde- über Verschlüsselung veröffentlichen, weil Verschlüsselungsverfahren in dieselbe Kategorie fielen wie Waffen.

Die Zeitschrift Science enthüllte, daß besagter Mr. Meyer Angestellter der NSA war [3]. Als daraufhin große Empörung unter den WisssenschaftlerInnen losbrach, behauptete die NSA, dies sei eine Privatmeinung gewesen.

Das aktuelle Verfahren gegen Phil Zimmermann, den Autor des aktuellen kostenlosen Verschlüsselungsprogramms -pgp- ist so nicht der erste Versuch, sichere -wilde- Verschlüsselung zu kriminalisieren. Gegen Phil wird wegen -Export von Waffentechnologie ermittelt-.

Data Superhighway

Diese -Datenautobahn- ist eines der Prestigeprojekte der Clinton-Regierung. Das -Internet-, das inzwischen weltweit Universitäten und staatliche Stellen verbindet, soll zur -Datenautobahn- ausgebaut werden. Publikumswirksam läßt Präsident Clinton seine -email-Adresse- (für elektronische Post) verkünden, während sein Vizepräsident im Internet ein computerisiertes -Bürger fragen, Politiker antworten- veranstaltet.

Mit der breiten Propagierung von elektronischer Post wird die Frage der Überwachung bzw. Verschlüsselung bedeutsamer. (Nach einem Bericht der Erlanger Nachrichten soll unser Kanzler Kohl, angesprochen auf die Data Superhighway, gesagt haben, daß er sehr dafür sei, wenn etwas gegen die Staus auf den Autobahnen getan wird)

Die neue offizielle US-Verschlüsselung: »Clipper«

-Clipper- nennt sich ein (noch) freiwilliger Standard für die Verschlüsselung, den die Regierung der USA vorbereitet. Es wird von der Regierung Computerchips zu kaufen geben, die diese Verschlüsselung durchführen. Das Verfahren selbst wurde von der NSA entwickelt und ist geheim. Die Schlüssel werden mit dem Chip von der Regierung ausgegeben, einen Zweitschlüssel erhalten zwei -escrows- (eine Art Aufbewahrungsstellen), die diesen natürlich -nur gegen eine gerichtliche Verfügung- herausgeben. Als Begründung für dieses Vorgehen wird angegeben, der Staat müsse im Rahmen der Gesetze die Möglichkeit haben, jede Kommunikation zu überwachen.

In der Öffentlichkeit wurde an diesem Vorgehen viel Kritik geübt: Das Verfahren könnte gewollte Schwachstellen enthalten, sozusagen einen -Generalschlüssel-, der dann unkontrolliert von den Geheimdiensten genutzt wird. Da das Verfahren geheim sei, könnte das nur schwer bewiesen werden. Es wird auch befürchtet, daß -wilde- Verschlüsselung als zweiter Schritt verboten wird, sobald sich -Clipper- weit genug ausgebreitet hat.

Dies könne nur den Zweck haben, in heute noch nicht gekanntem Ausmaß -Massenüberwachung- durchzuführen, denn die paar tausend legalen Telefonüberwachungen, die es im Jahr gebe, -könnten auch durch Wanzen ersetzt werden-.

Nach einer Umfrage von TIME und CNN [6] sprachen sich 80% Prozent der Befragten gegen -Clipper- aus. Zwei Drittel der Befragten waren gegen das Abhören von Telefonen.

Fachwelt enttäuscht

Dorothy Denning ist ein bekannter Name in der Informatik. Sie ist als Expertin für Verschlüsselung bekannt. Sie ist auch Mitautorin eines Aufsatzes über die Gefahren, die statistische Datenbanken für den Datenschutz darstellen.

Jetzt tritt sie öffentlich für die -Clipper-Initiative- ein. Sie wurde mit einer Handvoll ausgewählter Fachleute eingeladen, das Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu prüfen. Ihr Urteil: Sehr gut. -Clipper- sei viel sicherer als z.B. DES. Es werde 36 Jahre dauern, bis es Computer gebe, die den Code so leicht knacken können, wie sie es heute bei DES können.

Nachdem die Versuche der NSA, die Forschung über Kryptographie (Verschlüsselung) zu kontrollieren, aufgrund von Widerstand der wissenschaftlichen Öffentlichkeit gescheitert war, enttäuscht diese Form der Zusammenarbeit mit der NSA jetzt um so mehr.

Holland plant Verbot »wilder« Verschlüsselung

Nach einem Bericht der Zeitung -De Volkskrant- vom 26.3.94 gibt es einen Gesetzentwurf, nach dem sogar der Besitz nicht zugelassener Verschlüsselungsprogramme verboten sein soll. Da es ähnliche Gesetzesentwürfe auch schon in Deutschland und USA gibt, deutet dies auf internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in dieser Frage hin. Ob und wann ein solches Gesetz angenommen wird, ist allerdings eine andere Frage. Die -Herren mit den Schlapphüten- graben also schon ihre Startlöcher, aber die -andere Seite- schläft nicht:

Sicher telefonieren: Pgp-Voice

In letzter Zeit tauchten Berichte auf, nach denen bereits Programme zum verschlüsselten Telefonieren in der Entwicklung sind. Diese werden demnächst sogar kostenlos zu haben sein. Benötigt wird neben einem PC ein schnelles -Modem- (ca. 300 DM) und eine -Soundkarte- (100 DM) nebst Lautsprecher und Mikrofon.

An vielen PC-Arbeitsplätzen ist diese Ausstattung bereits vorhanden. Für vermutlich etwas mehr Geld bietet z.B. Siemens Geräte zur Telefon- und Faxverschlüsselung an. -Lauschangriffe – so aktuell wie noch nie- titelt dazu der Prospekt.

Nicht nachweisbare Verschlüsselung

-Stealth- heißen die -Tarnkappenbomber- der USA, die im Radar nicht entdeckt werden können. Der Autor von stealth-pgp möchte für ein befürchtetes Verbot sicherer Verschlüsselungsverfahren vorbauen. Er bietet ein Programm an, das verschlüsselte Daten als -Zufallsdaten- tarnt. Diese Daten können als -Rauschen- in einem digitalen Telefongespräch mitübertragen werden. Ebenso können diese -Zufallsdaten- als Grauschleier in Grafikdateien versteckt werden.

Genial daran ist, daß ohne den richtigen (geheimen) Schlüssel dieses Rauschen nicht nur nicht entschlüsselt werden kann. Es kann vermutlich nicht einmal nachgewiesen werden, daß das Rauschen verschlüsselte Daten enthält. ●

Quellen:
Tuchmann, W.L., -Computer Security and IBM- Science Nr. 197 Kolata, Gina, -Computer encryption and the NSA connection-, Science Nr. 197
[1] Hellmann, -M.E. Encryption, keysize-, Science Nr. 198
[2] Jacques Valle, -Computernetze-
[3] Shapley and Kolata, -Cryptology, scientists puzzle over threat to open research-, Science, 30. Sep 77
[4] Deborah Shapley, -Telecommunications Eavesdropping by NSA on Private Messages alleged-.
[5] Kolata, Gina, -Cryptology – on the brink of a revolution?-,
Science 19.8.77, -De Volkskrant- vom 26.3.94
[6] -Who schould keep the keys-, TIME, 4.3.94, Artikel über die Grundlagen der Verschlüsselung in -pgp-: mc 5/94, S. 88 Internet newsgroup alt.security.pgp (Mailbox LINK-N, Nürnberg oder Freenet, Uni Erlangen)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

PRETTY GOOD PRIVACY (PGP)

Wie es funktioniert

Die folgenden Ausführungen sollen kein intensives Studium bzw. auch Schulung von PGP ersetzen. Allein, die Vorteile dieses Programms klingen so unglaublich, daß CONTRASTE einen Fachmann gebeten hat, kurz zusammenzufassen, wie es funktioniert: Abel Deuring gehört zu dem Kreis derjenigen InformatikerInnen, die sich intensiv mit dem Programm beschäftigt haben und das Handbuch auf deutsch übersetzt haben.

Abel Deuring aus Bielefeld ● Ziel bei der Entwicklung von PGP war eine sehr große Sicherheit vor unbefugter Entschlüsselung und vor Fälschung von Nachrichten. Notwendige Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß das Programm ein möglichst sicheres Verschlüsselungsverfahren verwendet. Neben dieser rein programmtechnischen Sicherheit erfordern die bei PGP verwendeten öffentlichen Schlüssel aber auch Sicherheitsmaßnahmen seitens der NutzerInnen. Bei vielen anderen Programmen, die öffentliche Schlüssel verwenden, werden diese Sicherheitsmaßnahmen einer zentralen Sicherheitsbehörde oder -abteilung übertragen. PGP braucht so eine Einrichtung nicht. Seine Sicherheit erreicht PGP statt dessen dadurch, daß es den NutzerInnen Möglichkeiten zur Verfügung stellt, die Sicherheitsprobleme in eigener Verantwortung zu bewältigen. Dies kann als Nachteil angesehen werden, weil die Nutzung der vollen Sicherheit von PGP voraussetzt, daß mensch sich mit den Risiken öffentlicher Schlüssel auseinandersetzt – es läßt sich aber auch als Vorteil betrachten, weil für die sichere Nutzung von PGP kein Vertrauen in eine unpersönliche, vielleicht auch eigene Interessen verfolgende Sicherheitsinstitution erforderlich ist.

Die Lösung dieser Sicherheitsprobleme gehört zu den interessantesten Eigenschaften von PGP. Ihre Vorstellung ist aus Platzgründen in diesem Artikel leider nicht möglich. LeserInnen, die ein stärkeres Interesse an dem Programm haben, sei das Handbuch und die ergänzenden »häufig gestellten Fragen und Antworten« (FAQ) empfohlen. Das Handbuch ist über weite Strecken mehr als nur eine trockene Bedienungsanleitung. Lesenswert ist beispielsweise das Kapitel »trusting snake oil?« (in der deutschen Übersetzung »Vertrauen in Placebos und Wundermedikamente?«), wo Philip (Philip Zimmermann ist der amerikanische Programmierer von PGP) eine Reihe von Gründen anführt, weshalb potentielle NutzerInnen dem Programm vielleicht ein gewisses Vertrauen entgegenbringen können, auch wenn sie sich mit Verschlüsselungstechnologie überhaupt nicht auskennen.

PROBLEME MIT PASSWORTEN

Traditionell werden bei den meisten Verschlüsselungsverfahren für die Ver- und Entschlüsselung dieselben Parameter, in der Regel Paßworte, verwendet. Für die Sicherung von Daten auf einem einzelnen Computer ist die Verwendung von Paßworten sinnvoll und praktisch. Sollen aber Nachrichten verschlüsselt werden, sind es also verschiedene Personen, die verschlüsseln und die entschlüsseln, ergibt sich mit Paßworten ein Problem: Wie soll das Paßwort vereinbart werden? Wenn die Absenderin einer Nachricht in München wohnt und der Empfänger in Hamburg, ist es zumindest sehr schwierig, ein Paßwort so zu vereinbaren, daß kein Dritter es erfahren kann. Am Telefon könnte jemand mithören, Briefe können geöffnet werden, und auch E-Mail kann mitgelesen werden. Das sicherste wäre, sich persönlich zu treffen. Aber dann braucht man eigentlich keinen Brief zu schreiben – man trifft sich ja sowieso...

»ÖFFENTLICHE SCHLÜSSEL«

Das Problem läßt sich lösen, wenn für das Verschlüsseln ein anderer Parameter verwendet wird als für das Entschlüsseln. Sicher gegen unbefugtes Entschlüsseln ist ein so funktionierendes Verfahren dann, wenn sich aus dem Verschlüsselungsparameter – öffentlicher Schlüssel genannt – nicht der Entschlüsselungsparameter – privater oder geheimer Schlüssel genannt – ermitteln läßt [1]. PGP verwendet ein solches Verfahren, nach seinen Entwicklern Rivest, Shamir und Adleman RSA genannt.

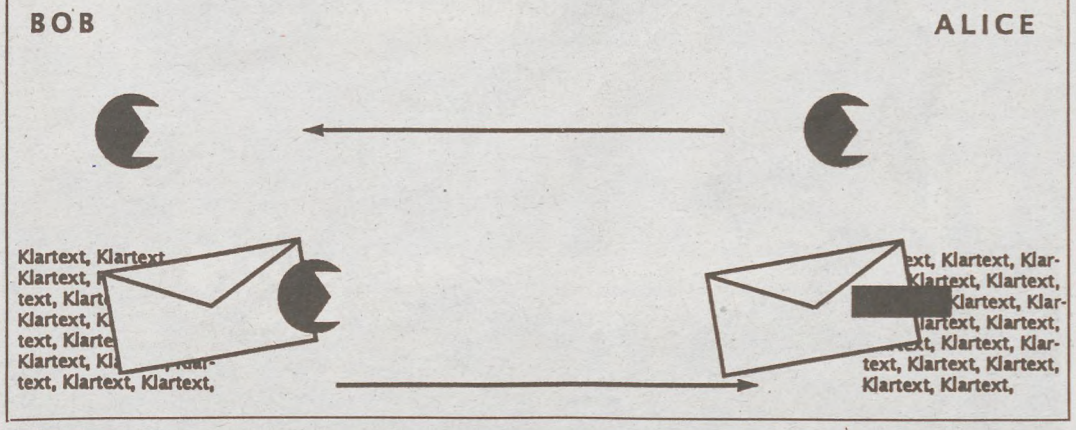
Im Standardbeispiel »Bob schickt Alice einen verschlüsselten Brief« sind bei PGP folgende Schritte erforderlich:

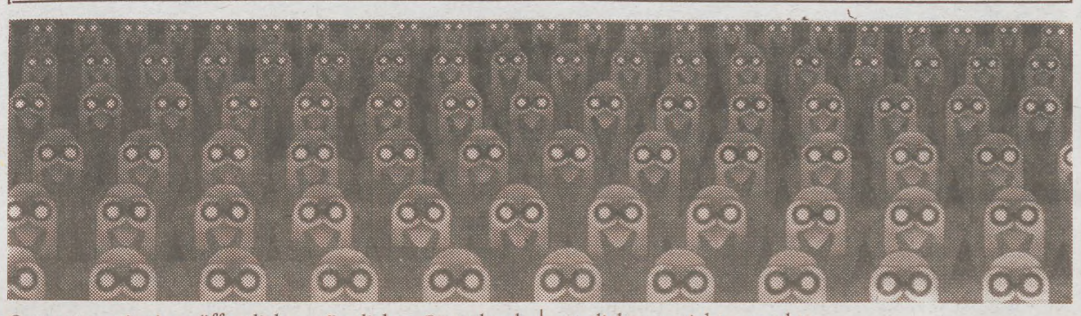
Alice läßt sich auf ihrem Computer von PGP ein Paar aus öffentlichem und privatem Schlüssel erzeugen. Den öffentlichen Schlüssel schickt sie an Bob. Bob verwendet Alices öffentlichen Schlüssel, um einen Brief zu verschlüsseln, den er Alice schicken möchte. Den verschlüsselten Brief schickt er an Alice. Alice verwendet ihren privaten Schlüssel, um Bobs Brief zu entschlüsseln.

Neben der eben beschriebenen Möglichkeit, daß Alice einzelnen Personen ihren öffentlichen Schlüssel zuschickt, hat sie auch andere Möglichkeiten, ihren Schlüssel allgemein bekannt zu machen. So gibt es im Internet sogenannte »key server«. Ein key server ist ein Computer mit einer öffentlich zugänglichen Datenbank mit PGP-Schlüsseln. Ähnlich der Möglichkeit, bei der Telefonauskunft eine Telefonnummer zu erfragen, kann man bei einem key server öffentliche Schlüssel vieler Leute erhalten.

Alice erzeugt sich ein "Schlüsselpaar", bestehend aus einem öffentlichen Schlüssel zum chiffrieren und einem privaten Schlüssel (den nur sie kennt) zum dechiffrieren.

Den öffentlichen Schlüssel schickt sie an Bob, der mit diesem Schlüssel Nachrichten für Alice chiffrieren kann. Mit Hilfe ihres privaten Schlüssels kann Alice der Text dechiffrieren.





IST DIE VERSCHLÜSSELTE NACHRICHT ECHT?

Öffentliche Schlüssel beseitigen zwar das Problem der sicheren Vereinbarung eines Paßwortes, doch haben sie auch ihre Tücken. So kann sich in obigem Beispiel Alice nicht vollkommen sicher sein, daß der Brief, den sie erhält, wirklich von Bob stammt. So könnte ein hinterhältiger Mensch in den Besitz von Alices öffentlichem Schlüssel gelangt sein, ihr einen verschlüsselten Brief schicken, und dabei so tun, als hätte Bob den Brief abgeschickt. Die Lösung dieses Problems lautet:

DIGITALE UNTERSCHRIFTEN

Mit dem privaten Schlüssel kann nicht nur eine Nachricht entschlüsselt werden; mit ihm lassen sich auch »Unterschriften« erzeugen, die mit Hilfe des zu dem privaten passenden öffentlichen Schlüssels geprüft werden können.

Das Beispiel »Bob schickt Alice einen Brief« kann folgendermaßen um eine Unterschrift erweitert werden: Auch Bob erzeugt sich ein PGP-Schlüsselpaar und schickt seinen öffentlichen Schlüssel an Alice. Er schreibt Alice einen Brief, startet dann PGP, um den Brief mit seinem privaten Schlüssel zu unterschreiben, und ihn dann mit Alices öffentlichem Schlüssel zu verschlüsseln. Diesen verschlüsselten und unterschriebenen Brief schickt er an Alice. Alice startet ihr PGP, um den Brief mit ihrem privaten Schlüssel entschlüsseln zu lassen. Danach prüft PGP auf ihrem Computer automatisch, von wem die Unterschrift stammt, und ob die Unterschrift »echt« ist.

Die Anwendungsmöglichkeiten einer solchen Unterschrift sind sehr vielseitig. So können nicht nur Privatbriefe unterschrieben und anschließend verschlüsselt werden, es können auch öffentliche Nachrichten aus dem allen NutzerInnen verfügbaren Bereich der Mailbox unterschrieben werden. PGP bietet die Möglichkeit, die Unterschrift nicht zusammen mit den unterschriebenen Daten, sondern in einer eigenen Datei zu speichern. Mit RSA und ein paar »mathematischen Tricks« ließen sich sogar anonyme und zugleich fälschungssichere elektronische Geldgeschäfte organisieren.

Eine prinzipiell denkbare, bemerkenswerte Anwendung dieser abgetrennten Unterschriften ist eine notarielle Beglaubigung. Die NotarIn gewährleistet z.B., daß die Unterschriften unter einem Vertrag wirklich von den »richtigen« Leuten stammen, also nicht gefälscht sind, und daß alle VertragspartnerInnen das gleiche Dokument unterzeichnen. Um die Echtheit auch später bezeugen zu können, archiviert die NotarIn eine Kopie des Dokuments, obwohl sie der Inhalt des Dokumentes eigentlich gar nichts angeht.

Bei einer digitalen Unterschrift ist das nicht erforderlich: Es reicht, daß die digitale Unterschrift unter Aufsicht der NotarIn gemacht wird, und daß die NotarIn eine Kopie der digitalen Unterschriften archiviert. Aus dieser Unterschrift geht nichts über den Inhalt des unterschriebenen Dokuments hervor, andererseits ist es praktisch ausgeschlossen [1], daß dieselbe Unterschrift für zwei verschiedene Dokumente oder gar ein verfälschtes Dokument zutreffen kann. Wegen der Art, wie mit PGP Schlüssel erzeugt und verwaltet werden, insbesondere wegen der bei PGP nicht vorhandenen »Schlüsselzentrale«, ist aber zu befürchten, daß JuristInnen nicht ohne weiteres einer digitalen, mit PGP erzeugten Unterschrift über den Weg trauen werden. ●

ZUM PROGRAMM:

Was kostet PGP?

PGP ist kostenlos erhältlich – wenn man eine Bezugsquelle weiß, die keine Gebühren erhebt. PGP unterliegt außerhalb der USA der »GNU General Public Licence« (GPL). Die GPL besagt im wesentlichen, daß das Programm beliebig weitergegeben werden darf, daß jedeR das Recht zur Verbesserung und/oder Änderung des Programms hat, daß daraus jedoch keine eigenen Verwertungsrechte an dem Programm abgeleitet werden können. Ein kommerzieller Vertrieb darf für GNU-Programme aber Gebühren für den Kopier- und Vertriebsaufwand erheben.

Wo gibt es PGP?

PGP liegt bei vielen Mailboxen und FTP-Servern zum elektronischen Kopieren bereit. Bei der Bielefelder Mailbox »Bionic« (Tel. 0521-68000) kann man sich unter dem Account »PGP« einloggen, und PGP für MSDOS, Unix und Amiga kopieren. Neben PGP selbst stellt die Mailbox auch diverses Zubehör zur Verfügung.

Der Bielefelder FoeBuD e.V. (Verein zur Förderung des beweglichen und unbeweglichen Datenverkehrs) bietet eine gedruckte Version des Handbuchs zusammen mit einer Programmdiskette für DM 20 an. ●

Anschrift: FoeBuD e.V., Marktstr. 18, 33602 Bielefeld (Bestellung nur gegen Verrechnungsscheck)

Anmerkung:

[1] Formulierungen wie »das ist unmöglich« sollten im Zusammenhang mit Verschlüsselung nur mit größter Vorsicht benutzt werden. In der Regel gibt es mindestens eine Möglichkeit, eine Verschlüsselung zu knacken: Einfaches Ausprobieren aller denkbaren Schlüssel. Wenn aber dieser Ausprobieren auch mit modernsten Computern ausgesprochen lange dauert, z.B. 20.000 Jahre, kann die Formulierung »praktisch unmöglich« verwendet werden. Aber auch »praktisch unmöglich« muß noch eingeschränkt werden. Korrekt wäre: »Es ist keine Möglichkeit bekannt, eine Verschlüsselung nach dem xy-Verfahren mit realistischem Zeitaufwand zu knacken.« Niemand kann garantieren, daß eine entsprechende Möglichkeit auch wirklich keinem Geheimdienst bekannt ist. Mit einer Formulierung wie »unmöglich« ist in diesem Artikel immer das obige »es ist keine Möglichkeit bekannt...« gemeint.

SPENDENAUFRUF

Am 14. September 1993 erhielt die Firma LEMCOM Systems (ViaCrypt) aus Phoenix, Arizona, eine Vorladung des Distriktsgerichts von Nordkalifornien. LEMCOM Systems wurde darin aufgefordert, vor einer »Grand Jury« eine Zeugenaussage zu machen, und Dokumente herauszugeben, die »ViaCrypt, PGP, Philip Zimmermann, und jede andere Person oder Institution, die im Interesse von Philip Zimmermann in der Zeit von 1. Juni 1991 bis heute arbeiteten, herauszugeben.«

Philip Zimmermann wurde mitgeteilt, daß er der Hauptverdächtige in einem Ermittlungsverfahren ist, das vom US-Zollamt in San Jose durchgeführt wird. Ob es weitere Verdächtigte gibt, ist nicht bekannt. Die entstehenden Kosten für Philip Zimmermann werden astronomisch sein, unabhängig davon, ob es nun zu einer Anklage kommt oder nicht.

Falls es zu einem Prozeß kommt, wird dies einer der wichtigsten Prozesse sein, die in letzter Zeit um Kryptographie, um den effizienten Schutz des Briefgeheimnisses und um den freien Fluß von Informationen und Ideen im Cyberspace nach Ende des kalten Krieges geführt wurden. Dieser Prozeß wird von großer Bedeutung sein, sowohl für diejenigen von uns, die sich für die Idee des effektiven Schutzes der Privatsphäre im Kommunikationsbereich einsetzen, als auch für Philip, dem eine Haftstrafe droht für seine uneigennützige und erfolgreiche Entwicklung von »Kryptographie für die Allgemeinheit«, auch als PGP bekannt. Exportbeschränkungen müssen dafür herhalten, die Verfügbarkeit von effektiver kryptographischer Technologie zu beschneiden: Der Zoll vertritt die Auffassung, daß die Veröffentlichung eines kryptographischen Programms im Internet mit seinem Export gleichzusetzen ist. Philip hat als erster keine Risiken und Mühen gescheut, wirklich effektive Werkzeuge zu entwickeln, die unserer Kommunikation den Schutz vor neugierigen Augen geben, und das in einer politischen Situation, in der dieser Schutz immer größeren Anfeindungen ausgesetzt ist, in einer Situation, in der die US-Regierung mit »Clipper Chips« und Gesetzesentwürfen zum digitalen Telefon auf unsere Sorgen und Befürchtungen antwortet. [Der Clipper Chip dient der Verschlüsselung von Daten und Telefongesprächen. Er ist so konstruiert, daß Regierungsbehörden in der Lage sind, alle clipperverschlüsselten Daten zu entschlüsseln. d.Ü.] Die Zeit ist gekommen, daß wir alle die Last mit Philip teilen.

Philip baut ein Verteidigungsteam auf, um sich auf einen Prozeß vorzubereiten, und er braucht dazu Ihre Hilfe. Der Prozeß wird eine teure Angelegenheit werden, und die Zeit läuft schon. Ich rufe alle, in den USA und anderswo, auf, Philips Verteidigung zu unterstützen und vielleicht einen bahnbrechenden Präzedenzfall zu schaffen. Philips Anwalt in Boulder hat einen Verteidigungsfond eingerichtet. Spenden werden in jeder Form (Scheck, Zahlungsanweisung, telegrafischer Transfer) und in jeder Währung angenommen.

Schecks und Zahlungsanweisungen sollten NICHT für Philip Zimmermann ausgestellt werden, sondern für seinen Anwalt, Philip Dubois. Seine Adresse ist:

Philip Dubois
2305 Broadway
Boulder, CO USA 80304
(Phone #: 303-444-3885)

Überweisungen können auf folgendes Konto erfolgen:
Bank: VectraBank
Routing #: 107004365
Account #: 0113830
Account Name: »Philip L. Dubois, Attorney Trust Account«

Falls nach Abschluß des Verfahrens Geld übrig bleibt, wird es an die SpenderInnen entsprechend ihrem Beitrag zum Fond anteilig zurückgezahlt.

Sie können anonym spenden oder auch mit ihrem Namen, aber BITTE: spenden Sie reichlich. Wenn Sie die Ziele, für die PGP steht, und die Ideen, die seine Entwicklung anregten, bewundern, drücken Sie Ihre Unterstützung durch einen Beitrag zu diesem Fond aus. ●

Hugh Miller

SOZIALHILFEERHÖHUNG:

Ey, Waigel, haste mal ne Mark ?

Das Chaos wird perfekt, die Regelsatzentwicklung wirft ihre düsteren Schatten voraus. Ein Blick auf den schleichend laufenden Sozialabbau am Beispiel der willkürlichen Regelungen für die Höhe der Sozialhilfe.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wolfgang Scherer, Redaktion Sozialpolitik ● Nach den uns vorliegenden Informationen ist der Stand der Diskussion um die Sozialhilfeerhöhung per 1. Juli 1994 wie folgt: Eine innerministerielle Arbeitsgruppe – unseres Wissens im Bundesfinanzministerium; es könnte aber auch eine interministerielle Arbeitsgruppe gewesen sein, an der dann auch u.a. das Familienministerium beteiligt war; andere Quellen sprechen von einer Arbeitsgruppe der Konferenz der obersten Landessozialbehörden (KOLS) – hat folgende Vorgabe erarbeitet: Die Erhöhung des Eckregelsatzes ab 1.7.94 soll 0,2% betragen – in Worten: Null Komma zwei. Das ergibt für den Haushaltsvorstand eine Erhöhung von 1 Mark. Diese Vorgabe ist im Prinzip für die Bundesländer bindend.

Im einzelnen ist aus den Ländern zu hören: Nordrhein-Westfalen diskutiert, daß alle Personen über 7 Jahre diese eine Mark erhalten sollen; bei den unter 7-Jahre-alten Kindern bleibt es beim bisherigen Regelsatz. (Letztes Jahr erließ die Landesregierung noch die Verordnung, daß der Eckregelsatz ab 1.7.1994 bis zum 31.12.1994 bei 527 DM liegen solle, danach bis zum 30.6. bei 535 DM. Würde diese Verordnung jetzt über Bord geworfen, beträgt der Eckregelsatz für das ganze Jahr 520 DM)

Brandenburg will eventuell nicht den laufenden Regelsatz erhöhen, sondern die 12 DM Jahreserhöhung der Weihnachtsbeihilfe zuschlagen. Irgendein anderes Bundesland (wir wissen nicht welches) erwägt, den Regelsatz überhaupt nicht zu erhöhen. Von Sachsen wird gemunkelt, daß dort die Sozialhilfe um 2% erhöht werden soll, dies würde 10 DM zusätzlich auf den Eckregelsatz ergeben (506 DM) und brächte die Sozialhilfe in Sachsen annähernd auf West-Niveau. Aus Bayern ist zu hören, daß die Erhöhung 0,1% betragen solle. Eine Regelsatzerhöhung solle dann allen ab dem 15. Lebensjahr zugute kommen. In allen anderen Bundesländern scheint die 0,2%-Erhöhung das Maß der Dinge zu sein.

Eine solche Regelsatz-Erhöhung ist purer Zynismus. Die Tatsache, daß die Sozialhilfeberechtigten jede Mark brauchen, scheint mißverstanden worden zu sein: Jede Mark, nicht eine Mark.

Wie kommt es, daß die Sozialhilfe so einfach eingefroren werden kann?

Seitdem es das -Statistikmodell- gibt (1989/90), ist nicht mehr der -Bedarf- Berechnungsgrundlage für die Sozialhilferegelsätze, sondern es sind die -Verbrauchsgewohnheiten unterer Lohngruppen-. Und wenn deren Einkommen geringer wird, bzw. die Preissteigerung höher liegt als die Einkommenssteigerung, kann nur noch weniger verbraucht werden. Und für die Sozialhilfe verhält es sich dann ebenso.

1988 veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen auf ihrem Wintertreffen in Wolfsburg eine Stellungnahme gegen das Statistikmodell, in der es u.a. hieß: -Vor dem Hintergrund der Entwicklung unterer Lohngruppen (KAPOVAZ, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse usw.; d.h. der ungeschützten Arbeitsverhältnisse überhaupt) gewinnt die Flexibilisierung des Armutsbegriffs durch die Einführung des -Statistikmodells- die sozialpolitische Bedeutung. Die Koppelung der Sozialhilferegelsätze mit den unteren Lohngruppen eröffnet die Spirale nach unten. So können auf Dauer die Regelsätze nicht nur überhaupt eingefroren, sondern auch herabgesetzt werden.-

Jetzt sind wir in der Spirale nach unten drin. Schuld daran sind nicht zuletzt die Sparbeschlüsse des vergangenen Jahres: Bei den Verhandlungen zum -Förderalen Konsolidierungsprogramm- (FKP) im Frühsommer 1993 war folgende Situation. Die Bundesregierung (sprich Finanzminister Waigel) hatte in ihrer Gesetzesvorlage folgende Änderung zum § 22 BSHG; anzufügender Abs.4: -Die seit dem 1. Juli 1992 geltenden Regelsätze erhöhen sich im Zeitraum vom 1. Juli 1993 bis zum 30. Juni 1994 vierteljährlich um insgesamt 2 von Hundert, im Zeitraum vom 1. Juli 1995 bis zum 30. Juni 1996 dürfen die nach dem Absatz 3 festzusetzenden Regelsätze insgesamt höchstens um 3 von Hundert angehoben werden.- Gegen diese Deckelung (und letztlich Kürzung) der Sozialhilfe liefen wir Sturm, ebenso große Teile der Fachöffentlichkeit. Auch die (SPD-regierten) Bundesländer erklärten sich gegen diese Absicht. In einer Telefonschaltkonferenz am 14. April 1993 einigten sich die SPD-Ministerpräsidenten auf folgenden Vorschlag: Eine Kürzung der Regelsätze bei der Sozialhilfe wird abgelehnt.

Um ein zu starkes Auseinanderlaufen des Anstiegs von Sozialhilfe und Arbeitseinkommen zu vermeiden, wird einer Begrenzung der Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze grundsätzlich zugestimmt. Dabei soll aber eine starre Vorfestlegung durch feste Steigerungssätze (Gesetzentwurf der Bundesregierung) vermieden werden. Die SPD will stattdessen den Anstieg der SozialhilfeRegelsätze für eine Übergangszeit am objektiven Kriterium des Nettolohnanstiegs der ArbeitnehmerInnen orientieren.

Wir, die Sozialhilfeinitiativen, wehrten uns letztes Jahr so gut wir konnten (bis hin zur Besetzung des Daches der SPD-Parteizentrale in Bonn) gegen die Verschlechterung, weil wir ganz genau sahen, daß die Nettoeinkommen im Durchschnitt sinken. Aber ergebnislos. Arm in Arm verabschiedeten CDU-CSU-FDP-Bund und SPD-Grüne-FDP-Länder die verschlechterte Regelsatzberechnung. Und jetzt haben wir den Salat.

Der Netto-Lohnanstieg wird jetzt mit 0,2% angegeben (allerdings werden die Berechnungsgrundlagen nicht offengelegt, nicht einmal die Ministerien in den Ländern sollen die Unterlagen bisher erhalten haben – sollte die KOLS diese Zahl ermittelt haben, wäre die Nicht-Weitergabe ein Hinterhaustreppenwitz). Das -objektive Kriterium des Nettolohnanstiegs- hat zur Folge, daß ArbeitnehmerInnen in unteren und mittleren Lohngruppen bereits einen Nettolohnabstieg hinnehmen müssen – und der private Konsum, z.B. bei Lebensmitteln, inzwischen zurückgeht. Es wird also bei den Ausgaben gespart, da immer weniger auszugeben ist. Sozialhilfeberechtigte können aber nicht einsparen – und dies bei gleichzeitigem Preisanstieg in den verschiedenen Verbrauchsgruppen.

Wir müssen uns also mit aller Entschiedenheit wehren, daß die Sozialhilfe quasi eingefroren wird. Wir fordern daher alle Initiativen, Beratungsstellen und sozial engagierten Gruppen auf, auf die Landes- und Bundespolitik einzuwirken, daß die Sozialhilfe entsprechend der Preisentwicklung erhöht wird. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten für einen 2-Personenhaushalt mit geringem Einkommen lag laut Statistischem Bundesamt im Dezember 1993 gegenüber dem Dezember 1992 bei + 3,6%, für die einfache Lebenshaltung eines Kindes bei 3%. Die Preissteigerung verläuft seitdem weiter in dieser Größenordnung. Schon letztes Jahr gab es eine Regelsatzerhöhung von i.d.R. 2 mal 1% = 1,5% im Jahresschnitt – also mindestens 1,5% zu niedrig. Und wenn wir davon ausgehen, daß die Preissteigerungsrate bei den regelsatzrelevanten Gütern und Dienstleistungen auch in diesem Jahr 3% betragen wird, ergibt sich ein zusätzliches Defizit von 2,8%. Die RegelsatzErhöhung müßte in diesem Jahr bei mindestens 4,5% liegen.

Also, wenn sich dies auch alles kompliziert anhört: klar ist, 0,2% sind zu wenig und der pure Hohn. Und die Länder tragen eine Mitverantwortung, daß die Regelsätze entsprechend der Lebenshaltungskosten steigen – denn sie haben zusammen mit dem Bund das Sagen und uns die Suppe eingebrockt.

Nutzt überall die Wahlkampfsituation, um auf die Regelsatzentwicklung Einfluß zu nehmen! ●

Das Thema Regelsatz wird uns auf der Sommertagung intensiver beschäftigen, da auch hinsichtlich des -Statistikmodells- einiges im Busch ist. Die Sommertagung der Sozialhilfeinitiativen findet vom 4. bis 7.8.94 im Ev. Erholungsheim Dienerstein bei Frankenstein statt. Nähere Informationen bei BAG SHI, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/Main, Tel. 069/25 00 30.

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

VORANKÜNDIGUNG

Sozialpolitisches Forum 1994

Das Sozialpolitische Forum findet in diesem Jahr das fünftemal in jährlicher Folge statt. Geplant ist die Tagung vom 2. bis 4.12.94 in der Fachhochschule München, Fachbereich Sozialwesen, Pasing. Ziel der Veranstaltung ist es, sozialpolitisch engagierte und interessierte Menschen zusammenzubringen um einen regelmäßigen Diskurs, sei es zu speziellen Themen aber auch zu übergreifenden sozialpolitischen Fragestellungen anzuregen und in Gang zu halten. Die Ergebnisse der Diskussionen werden im Sozialpolitischen Manifest festgehalten und fortgeschrieben.

Neben Vorträgen zu den Themen Lokale Sozialpolitik, Lokale Ökonomie, Gesundheitsförderung, Gewalt in unserer Zeit u.a. werden die Ergebnisse der Untersuchung Münchner Selbsthilfeinitiativen vorgestellt. Außerdem sind ganztägige Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunktthemen in Vorbereitung: Soziale Grundsicherung, Bildung/Lernen/Bildungstag, Kinder und Kinderrechte, Jugendpolitik, Internationalismus West-Ost/Europa/deutsch-deutsche Problemstellungen, Psychiatrie/Soziokultur mit Wilden und anderen Ausgeschlossenen, Ökologisches und Selbstverwaltetes Wirtschaften, Soziale Ausgrenzung und Aussonderung, sowie Aktivierungsstrategien Betroffener, Zukunft (Prognostik und Utopien) u.a.

Abschließend findet am Sonntag eine Podiumsdiskussion zum Thema -Soziale Grundsicherung- statt. Auch die Fortschreibung und Umsetzung des -Sozialpolitischen Manifestes- (siehe CONTRASTE, Ausgabe Februar 1994) soll abschließend diskutiert werden.

Das Sozialpolitische Forum ist eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) und der Sozialpolitischen Gesellschaft (SG) in Kooperation mit: Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule München, Buntstift e.V., Göttingen, MITWELT – Alternatives Bildungswerk in Sachsen-Anhalt e.V., Ökologie Stiftung NRW, Regenbogen – Bayer. Stiftungsverein für Leben und Umwelt e.V.

Kontaktanschrift und weitere Informationen: Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 34127 Kassel, Fax: 0561/804 33 88

dp

BUNDESWEITE KAMPAGNE 1994:

»Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen!«

Mindestens 50 Milliarden DM will die Bundesregierung für die Entwicklung und Anschaffung eines neuen europäischen Jagdflugzeugs ausgeben – den in -Eurofighter 2000- umgetauften -Jäger 90-. Gleichzeitig betreibt sie einen umfassenden Sozialabbau.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Verbände, engagiert in Fragen der Friedens-, Sozial- und Umweltpolitik, wenden uns aus diesem Grunde an die BürgerInnen der BRD.

Uns verbindet die Sorge um die gegenwärtigen sicherheits- und sozialpolitischen Weichenstellungen der deutschen Bundesregierung. Sie verfolgt ein rücksichtsloses Sparprogramm mit einschneidenden Haushaltskürzungen, die vor allem Erwerbslose, SozialhilfebezieherInnen und -berechtigte sowie ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Einkommen treffen.

Immer mehr Menschen leben in Armut und werden gesellschaftlich ausgegrenzt. Neuere Untersuchungen gehen von über 7 Millionen Armen aus. Ältere Frauen, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Langzeiterwerbslose und Pflegebedürftige sind dabei am härtesten betroffen. Ihre Existenzgrundlage wird zerstört.

Auch auf dem Wohnungsmarkt öffnet sich die Kluft zwischen arm und reich in sozial unerträglicher Weise. Immer mehr bezahlbare Wohnungen fehlen, neue -soziale Brennpunkte- entstehen, die Zahl der Obdachlosen wird auf 850.000 Personen geschätzt.

Der Bundeshaushalt 1994 zeigt, wie ungleich Kürzungen verteilt werden: Von 21 Milliarden DM Einsparungen gehen allein 16 Milliarden DM zu Lasten des Sozialbereichs. Gleichzeitig vergibt die Bundesregierung in Milliardenhöhe Steuervergünstigungen für Reiche und Subventionen.

So erhält der größte deutsche Rüstungskonzern Daimler Benz mit seinem Luft- und Raumfahrtunternehmen -Deutsche Aerospace- allein 9 Milliarden an Steuergeldern für die Entwicklung des Jägers. Das Wohl der Allgemeinheit wird dem wirtschaftlichen Einzelinteresse dieses Konzerns und der mit ihm verbundenen Banken untergeordnet.

Obwohl selbst die verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung nicht mehr von einer militärischen Bedrohung Deutschlands ausgehen, wird ein neuer Jäger entwickelt, der weltweit eingesetzt werden soll – ein neuer Aufrüstungsschritt.

Um den Jäger 2000 überhaupt finanzieren zu können, sollen zwei Drittel der zu bauenden Kampfflugzeuge weltweit exportiert werden. Rüstungsexporte wiederum tragen zur Verschärfung von Konflikten und zu Kriegen bei und zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Anschaffung eines neuen Jagdflugzeugs ab. Wir fordern statt dessen, die für den Jäger 2000 vorgesehenen Gelder in alternative, menschenfreundliche Produktionen und in Arbeitsplätze im Umwelt- und Sozialbereich zu investieren. Wir brauchen eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Wichtiger als Milliardenausgaben für neue Kampfflugzeuge sind soziale und ökologische Aufgaben, insbesondere

- ein garantiertes Mindesteinkommen für alle;
- die umfassende Förderung von tarifgerechten Arbeitsplätzen;
- der Bau bezahlbarer Wohnungen zur Verhinderung von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit;
- die Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus und der sozialpolitischen Aufgaben in den neuen Bundesländern;
- gezielte Förderprogramme für Frauen, z.B. Hilfen zum (Wieder-)Einstieg in den Beruf und ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Kinderbetreuungsplätzen;
- Förderprogramme für Jugendliche, z.B. die Unterstützung der offenen und verbandlichen Jugendarbeit und die Schaffung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen für junge Menschen;
- die Förderung von Forschung und Entwicklung für Güter und Dienstleistungen zur Bewältigung dringender Zukunftsaufgaben wie z.B. umwelt- und gesundheitsverträgliche Formen des Verkehrs, neue Formen der Energiegewinnung und des Energiesparens usw.;
- die sozialverträgliche und ökologische Umwidmung der Rüstungsbetriebe;
- Mittel zur ökologischen Sanierung ehemaliger militärischer Standorte.

Wir laden alle BürgerInnen, Gruppen und Initiativen ein, sich bei der Regierung und bei den Parteien für die Ziele dieses Aufrufs einzusetzen, sie in der Öffentlichkeit zu vertreten und für sie zu werben. Verlangen Sie mit uns: Jäger 2000 stoppen – Soziale Sicherheit schaffen! ●

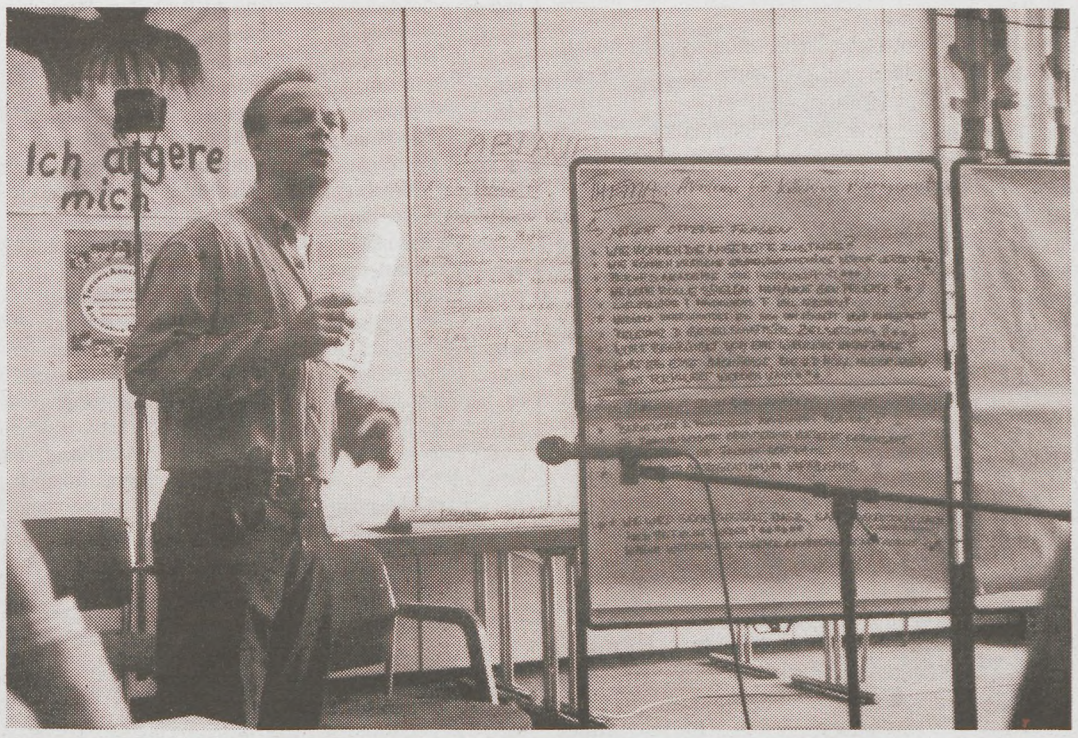
Materialien zur Durchführung der Kampagne sind bei Pax Christi, z. Hd. M. Hermelhofer, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel erhältlich.

BUCHBESPRECHUNGEN

Lernende Organisation oder kooperative Selbstqualifikation?

Außerhalb des alternativen Sektors gibt es mittlerweile eine Vielfalt von Konzepten und Erfahrungen bei der Vermittlung partizipativer und teamorientierten Verhaltensweisen. Zwei besonders innovativ erscheinende Ansätze werden nachfolgend skizziert: die lernende Organisation und die kooperative Selbstqualifikation.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Zwei neue Veröffentlichungen in Form umfangreicher Aufsatzsammlungen verdeutlichen, wieviel sich im Bereich Lernen, Qualifizierung und Weiterbildung zur Zeit bewegt. Die Themen sind lernende Organisation und kooperative Selbstqualifikation. Beide Ansätze versprechen wirtschaftlichen Erfolg und persönliche Zufriedenheit. Ideale, fertige Lösungen in organisatorischen Grundfragen werden trotzdem angenehmerweise vermieden. Im Gegenteil: die vorschlagenen Qualifizierungsansätze sind relativ offen – fast zu offen. Ihr Anspruch: Sie wollen nicht nur Lernprozesse fördern, sondern die Problemlösungsfähigkeit und Innovationskräfte kooperativer Unternehmen stärken.



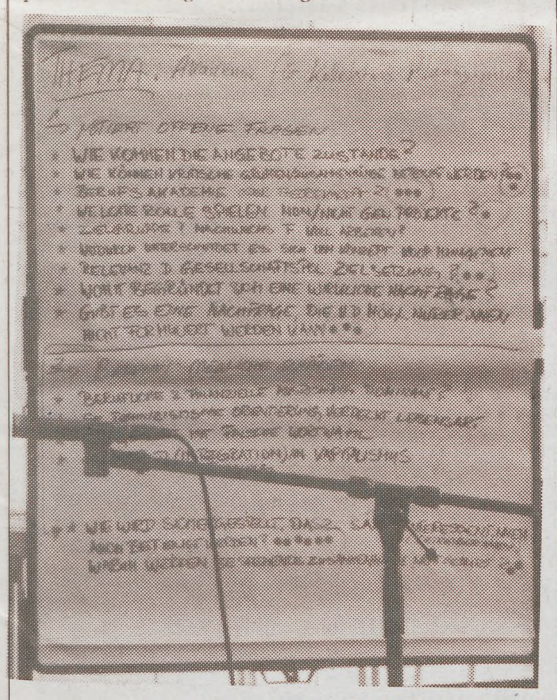
Sommerseminar 1993: Burghard Flieger bei der Vorstellung der Akademie für kollektives Management auf der Alternativenversammlung Foto: Andreas Küstermann

SICH SELBST GEMEINSAM QUALIFIZIEREN

Die erste Veröffentlichung agiert mit dem Stichwort kooperative Selbstqualifikation. Darunter werden Lernarten und Verhaltensweisen verstanden, die erforderlich sind, wenn Menschen im jeweiligen Tätigkeitsfeld miteinander und voneinander lernen (S. 329). Ihr Ziel: Die individuellen Stärken für die anderen TeilnehmerInnen verfügbar zu machen und umgekehrt selbst von den Stärken anderer zu profitieren.

Entsprechende Interaktionen und Handlungen führen dazu, daß ein Betrieb oder eine Gruppe sich die momentan benötigten Qualifikationen aus sich selbst verschafft und erarbeitet. Geht es um die Ziele der organisatorischen Einheit, werden über die kooperative Selbstqualifikation hinaus Veränderungs- und Entwicklungsprozesse in Gang gesetzt, die traditionelle Bildungsarbeit nicht zu leisten vermag.

Verfechter des Ansatzes ist Clemens Heidack. Er begründet ihn mit der schnellen Entwicklung der Informationstechnologie, mit ihren Auswirkungen auf die Komplexität der Aufgabenstellungen und den zwischenmenschlichen Bereich. Diese Komplexität kann ein Einzelner alleine nicht mehr bewältigen. Die Einbindung in die Leistungsgemeinschaft einer Arbeitsgruppe erfolgt deshalb geradezu zwangsläufig (S. 29). Entsprechend wird der ursprünglichen Frage der Vermittlung von Fachkompetenz zunehmend die Aneignung von Methoden- und Sozialkompetenz gleichgestellt. Sozialkompetenz umfaßt verschiedene sogenannte Schlüsselqualifikationen. Deren Lehren und Lernen unterliegen anderen Bedingungen als die unterrichtsorientierte Schulung von Lehrinhalten (S. 25).



Fragenkatalog

SUCHE NACH GEEIGNETEN FORMEN

Was alles unter kooperativer Selbstqualifizierung zu fassen ist, bleibt trotz der fünfhundertseitigen Veröffentlichung diffus. Die aufgeführten Formen, Instrumente und Lernorte reichen vom Projektlernen (S. 60) und dem dualen Berufsbildungssystem (S. 65) über die Leittext-Methode (S. 110), dem Rollen- und Planspiel (S. 128 / S. 189) bis hin zum Assessment Center (S. 183), dem Supervising (S. 239), der Lernstatt (S. 284), dem Workshop (S. 433) oder dem Messestand (S. 495). Ein systematischer Vergleich oder eine Bewertung der behandelten Formen und Methoden erfolgt nicht. Insofern ist unklar, welche Ansätze der kooperativen Selbstqualifikation stärker gerecht werden.

So kommt dieser Begriffsverknüpfung vorrangig ein erkenntnissuchender Wert zu. Er hilft, verschiedene Lehr- und Lernformen zu betrachten, inwieweit durch sie Selbstorganisation und Selbstbestimmung verknüpft mit Kooperation und Ablaufoptimierung besser gelingen. Entsprechende Pilotprojekte müssen nicht nur produktions- oder dienstleistungsnahe fachliche Qualifikationen vermitteln, sondern mit Kooperationsnotwendigkeiten in der Gruppe und mit der Leistungs- und Prozeßverbesserung vertraut machen (S. 74f.)

Empfohlen werden kann die Veröffentlichung trotz mancher spannender Ansätze nur für LeserInnen, die mit Vorwissen das Thema berufliche Weiterbildung vertiefen wollen. Die 31 Beiträge sind einfach zu unterschiedlich, oft didaktisch schlecht aufbereitet, manchmal nichtssagend, manchmal mit hohem theoretischen Anspruch und manchmal eine gute Praxishilfe. Dies nutzen kann nur, wer mit dem Buch arbeiten will und keine überschaubaren, schnellen Hilfen sucht.

Clemens Heidack (Hg.): Lernen der Zukunft. Kooperative Selbstqualifikation – die effektivste Form der Aus- und Weiterbildung im Betrieb, (Lexika Verlag) München 1993, 515 Seiten, DM 148,–.

BETRIEBE STÄNDIG WEITERENTWICKELN

»Was können wir unternehmen, um die Gestaltung der Firmenpolitik derart zu demokratisieren, daß alle MitarbeiterInnen in wichtigen Fragen der Richtungsfindung einbezogen werden und lernen, mit bedeutend höherem Ausmaß an konstruktiver Kritik umzugehen als bisher?« (S. 64) Die Antwort: »Eine Weiterentwicklung in Richtung lernende Organisation«. Darunter verstehen die verschiedenen Autoren einer zweiten Veröffentlichung »eine Organisation, die das Lernen sämtlicher Organisationsmitglieder ermöglicht und die sich kontinuierlich selbst transformiert.« (S. 261f.).

Gemeint sind nicht unbedingt ständiges Training oder permanente Weiterbildungsmaßnahmen. Vielmehr geht es um Unternehmen, die das gesamte Fähigkeitsspektrum ihrer MitarbeiterInnen fördern. Sie geben sich damit aber nicht zufrieden. Vielmehr sind sie umgekehrt gewillt, von diesen zu lernen, so daß sich das eigene Unternehmen kontinuierlich verbessert. Entsteht daraus ein andauernder Zyklus, kann von lernender Organisation gesprochen werden.

VOM INDIVIDUUM ZUR GRUPPE

Kenntnisse über das individuelle Lernen gibt es mittlerweile in größerem Umfang. Wie allerdings das umfangreiche persönliche Wissen genutzt werden kann, die Problemlösungsfähigkeit eines Unternehmens zu erweitern, ist noch relativ unbekannt. Insofern geht es darum zu lernen, wie der Selbstentwicklungsansatz beim individuellen Lernen kombiniert werden kann mit dem Ziel der kontinuierlichen Organisationstransformation (S. 61). Führt individuelles Lernen zur veränderten Praxis der Arbeitsgruppe, Projektgruppe, Abteilung oder anderweitig abgegrenzten Gruppe, hat auch die Gruppe gelernt. Sie erschließt sich neue Möglichkeiten, mit internen oder externen Aufgaben und Problemstellungen umzugehen.

Dieses Gruppen-Lernen verdeutlicht die Grundlage des Lernens von Organisationen. Die veränderten Fähigkeiten von Personen oder Gruppen können dazu führen, daß sich der Umgang der gesamten Organisation mit internen und externen Aufgaben bleibend verändert. Damit erweitern sich die Möglichkeiten des Unternehmens, mit Problemen umzugehen: die Organisation hat gelernt. Meist wird dies deutlich im Einsatz neuer Managementinstrumente oder im veränderten Umgang mit den bisherigen. Zur lernenden Organisation wird ein solcher Prozeß aber erst, sobald die Instrumente eine ständige, verbessernde Veränderung sichern. Vorschlagswesen, Qualitätszirkel, Lernstatt, materielle und immaterielle Beteiligungsformen können als entsprechende Versuche angesehen werden.

Wer sich in den aktuellen Diskussionsstand der Personalund Organisationsentwicklung einarbeiten will, ist mit dem Buch gut bedient. Lesbarkeit und viele Graphiken erleichtern den schnellen Überblick. Die Hoffnung auf praktische Umsetzungshilfen sollte aber nicht zu hoch angesetzt werden: Die lernende Organisation ist bisher eine Fiktion. Störend wirkt bei einigen Aufsätzen die Sprache. Durch sie zielt das Buch auf Manager, die ganz auf der Höhe der Zeit sein wollen.

Thomas Sattelberger (Hg.): Die lernende Organisation. Konzepte für eine neue Qualität der Unternehmensentwicklung, (Gabler Verlag) Wiesbaden 1994, 274 Seiten, DM 84,–.

TAGUNG

vom 21. bis 23.10.94 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Ökonomie der Werte oder Werte in der Ökonomie? Unternehmenskultur in genossenschaftlichen, alternativen und traditionellen Betrieben

Unternehmenskultur kann als Gesamtheit der in einer wirtschaftlichen Organisation vorherrschenden Orientierungsmuster, Wertvorstellungen und typischen Verhaltensweisen verstanden werden. Ein Gedanke, den genossenschaftliche und alternative Betriebe schon immer zu verwirklichen versucht haben, gewinnt auch in traditionellen Unternehmen zunehmend an Bedeutung: Die Beteiligung und Einflußnahme aller Organisationsmitglieder an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, an den Entscheidungen des Unternehmens und auch am wirtschaftlichen Erfolg. Im Anschluß an zwei frühere Genossenschaftstagungen an der Akademie sollen diesmal verschiedenartige partizipative Unternehmenskulturen direkt nebeneinander gestellt werden, um deutlich zu machen, daß vergleichbare (Partzipations-)Ziele zu ganz unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen auf Unternehmensebene geführt haben. Dies gilt, wie die praktischen Beispiele auf der Tagung zeigen werden, nicht nur im Vergleich zwischen genossenschaftlichen, alternativen und traditionellen Betrieben, sondern sogar innerhalb dieser drei Sektoren.

Nach einer Einführung in das Unternehmenskulturkonzept und seine spezifische Ausprägung in neueren genossenschaftlichen Unternehmen werden Fallbeispiele aus dem alternativen Sektor und aus dem Bereich partnerschaftlich geführter (traditioneller) Unternehmen präsentiert und mit Vertretern dieser Firmen diskutiert. Zum Abschluß wird die Entwicklung der landwirtschaftlichen und handwerklich-industriellen Produktionsgenossenschaften in Ostdeutschland nach der vereinigung betrachtet, auch im Hinblick auf die Frage, ob und wie sich aus dieser genossenschaftlichen Tradition in den »neuen Bundesländern«, ebenso wie aus den zuvor diskutierten Fallbeispielen aus der »alten Bundesrepublik«, Anregungen für die bewußte eigene Gestaltung partizipativer Unternehmenskulturen gewinnen lassen.

Anmeldung & Information: Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 12 05, 34362 Hofgeismar

BLÄTTERWALD E.G.

Konkurseröffnung – doch viel ist nicht zu holen

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Über das Vermögen der Blätterwald eG, einer eingetragenen Genossenschaft zum Vertrieb umweltfreundlicher Produkte, wurde am 15.6.94 der Konkurs eröffnet. Wirtschaftlich ist der Betrieb mit Schwerpunkt Umweltschutzpapier schon immer in Schwierigkeiten. Überraschend allerdings die Höhe der Überschuldung. Den Verbindlichkeiten von rund 2,1 Millionen DM stehen nur 14.000 DM an Masse gegenüber.

Dies ist erstaunlich, konnten doch allein im Frühjahr und Herbst 1992 SympathisantInnen aus dem Umfeld vom Blätterwald zur Zeichnung von 163.000 DM überzeugt werden. Auch wurden zwischen Ende 1992 und Mitte 1993 noch Investitionen in Höhe von 300.000 DM getätigt. Weitere Anteilszeichnungen und Darlehen kamen 1993 und 1994 zusammen. All dieses Geld scheint sich in Nichts aufgelöst zu haben? Dann haben Vorstand, Aufsichtsrat und Prüfungsverband ihre Pflichten gegenüber den Mitgliedern und Gläubigern nicht ernst genug genommen. Ansonsten dürfte ein solcher Grad an Überschuldung nicht entstehen! ●

POTSDAM:

Alternative Wohnungsbaugenossenschaft »WohnSinn!« gegründet

Ende Juni wurde in der Potsdamer Teestube »Madia« die Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) »WohnSinn!« e.G. i.G. gegründet. Zur Gründungsprozedur trafen sich etwa 25 PotsdamerInnen aller Altersgruppen und nach erfolgreicher Gründung, Aufsichtsrats- und Vorstandswahlen wurde bei einem gemeinsamen Essen mit Sekt auf die Neugründung angestoßen.

Was will die WBG »WohnSinn!« ?

Laut Satzung »erwirbt, bewirtschaftet, betreut und errichtet (die Genossenschaft) Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen ... (sie) erhält und erstellt preiswerten Wohnraum möglichst unter Einbeziehung von Selbsthilfearbeiten«. Bei der Bewirtschaftung sollen »Formen der Selbstverwaltung realisiert« werden. Wichtig ist den GründerInnen insbesondere die zusätzliche Aufnahme des Konsensprinzips für alle Entscheidungen.

Was macht nun eine WBG?

Sie ist ein Zusammenschluß von Menschen, die sich zum Zweck der eigenständigen Versorgung mit Wohnraum, aber auch anderen Einrichtungen wie Kulturzentren, Gewerberäume ..., zusammen tun. Eine WBG baut (wie der Name sagt), kauft, mietet und vermietet, bewirtschaftet und erhält preiswerten Wohnraum in Selbstverwaltung, d.h. alle GenossInnen wirken entsprechend ihren Möglichkeiten (handwerkliche Fähigkeiten, finanzielle Beteiligung) gleichberechtigt an den Aufgaben der Genossenschaft mit. Alle haben unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten das gleiche Mitbestimmungsrecht.

Wie soll die WBG funktionieren?

Durch Unterzeichnung einer unbedingten Erklärung und der Einzahlung von mindestens einem Geschäftsanteil der auf 500 DM festgesetzt ist, kann jede/r Interessierte Mitglied in dieser Genossenschaft werden, wenn er/sie alternative Wohnformen leben oder auch nur unterstützen will.

Arbeiten soll die WBG möglichst über Hausvereine, mit denen ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wird, so daß die angestrebte Selbstverwaltung auch umsetzbar ist. Das heißt aber nicht, daß Einzelpersonen nicht die Vorteile der Genossenschaft Nutzen können.

Zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung kann die Genossenschaft auch »Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Laden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen bereitstellen«, heißt es weiter in der Satzung. Dies ermöglicht den Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur und die Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.

Eine Genossenschaft kann nur so gut arbeiten wie jedes einzelne ihrer Mitglieder. Deshalb wird es in der WBG »WohnSinn!« keinen übermäßigen Verwaltungsapparat geben, in gemeinschaftlicher Selbsthilfe sollen die anstehenden Aufgaben (wie Suche nach geeigneten Objekten, Aufbringen der finanziellen Mittel ...) gelöst werden.

Kontakt: WohnSinn!, Wohnungsbaugenossenschaft i.Gr., c/o brandung, Lindenstr. 53, 14467 Potsdam, Tel./Fax 0331/22092. ●

dp

REZENSION

Migration, Weltmarkt und Rassismus

»Heute hier – Morgen fort«, so lassen sich die Lage und die Zukunftsaussichten vieler Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen angesichts des institutionalisierten Rassismus in Deutschland beschreiben. Gleichzeitig drückt sich darin die – auch selbstgewählte – Mobilität der Flüchtlinge aus. Die HerausgeberInnen des vorliegenden Buches gehen davon aus, daß das Ziel und der Anlaß der gegenwärtigen rassistischen Kampagne nicht »Ausländerfeindlichkeit« ist, sondern vor allem die Kontrolle und Regulierung der Einwanderung und der legalen illegalen Arbeitsmigration. Diese ist im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Entwicklungen weltweit und der Notwendigkeit der Schaffung eines Billigmarktes in den Metropolen zu sehen. In Abgrenzung vom multikulturellen »Antirassismus« werden die Fluchtursachen, sprich die Globalisierung von Waren- und Arbeitsmärkten und die Entwicklung der weltweiten Fluchtbewegungen untersucht.

Im ersten Abschnitt werden die derzeitigen Migrationsmuster, die weltweite Flüchtlingssituation und die Diskussion um Einwanderungszahlen behandelt. Danach folgt ein theoretischer Teil zu Rassismus, nationaler Vergesellschaftung, Staat und Weltmarkt. Der dritte Teil befaßt sich mit einzelnen Bereichen oder Ländern und Regionen des weltweiten Marktes für Arbeitskraft. Im letzten Teil finden sich Beiträge zu den westeuropäischen Diskussionen um (kulturelle) Differenz und Universalismus, Rassismus und Zivilgesellschaft. Anschließend berichten unterschiedliche antirassistische Initiativen aus Deutschland und dem europäischen Ausland über ihre Arbeit und Erfahrungen.

Das Buch bietet eine Fülle an Informationen zu den genannten Bereichen und liefert fundierte Einschätzungen und Diskussionsbeiträge zu den verschiedenen Aspekten der Entwicklung. Etwas unterbelichtet wird der Rassismus der deutschen Bevölkerung, dies wird aber durch die kritische Analyse der kapitalistischen Ökonomie und ihrer nationalstaatlichen und rassistischen Verfaßtheit wettgemacht. Politisch grenzt sich das Buch sowohl vom autonomen und sozialrevolutionären Standpunkt »die Flüchtlinge sind das neue revolutionäre Subjekt« ab, als auch von der grün-liberalen Ausländerfeindlichkeit, die die angeblichen kulturellen Differenzen doch nur weiter festschreibt und die ökonomischen Hintergründe ausblendet.

Herausgegeben wird das Buch von der 1990 gegründeten Gruppe »AG 501« des Informationszentrum 3. Welt Freiburg, die sich auf den Weltwirtschaftsgipfel 1992 und die Kampagne »500 Jahre Kolonialismus« vorbereitete. Das »Iz3W« ist eine »renommierte« internationalistische Einrichtung und gibt seit 1970 die »Blätter des Iz3W« heraus. ●

Bernd Hüttner

Arbeitsgruppe 501 (Hg.): Heute hier – Morgen fort. Migration, Rassismus und die (Huhn)Ordnung des Weltmarkts; Iz3W Freiburg 1993; 204 S., 19 DM; bei: Iz3W Freiburg, Postfach 5328, 79020 Freiburg

ARCHIV

Lieber Depot als Deponie

»Staub ist die geläufigste Metapher, wenn es um Archive geht: Staub, der auf Akten lagert, als Zeichen ihrer langen Ruhe, und der aufwirbelt, wenn jemand die Ruhe stört. Staub und Skandal bestimmen die Atmosphäre jener Orte, wo Geheimnisse darauf warten, sich zu offenbaren. Die Geheimnisse können so brisant sein, das der Staub, der sie umgibt, sich in explosives Pulver verwandelt,« heißt es in einem Faltblatt des Vereins »Archiv und Bibliothekshilfe« (ABH).

Ziel des gemeinnützig anerkannten Archiv-Vereins ist es, linkes und alternatives Kulturgut zu bewahren. Er will die unwiederbringliche Vernichtung von Schriftgut der sozialen Bewegungen verhindern. Er will den Hunderten von Privatsammlern, Zeitschriftenprojekten und sonstigen Initiativen bei Gruppenauflösung, Zeitschrifteneinstellung, Umzug oder Wohnortwechsel Hilfestellung leisten. Er versteht sich als End- und Zwischenlager zugleich. Restauflagen von Büchern, Broschüren und Zeitungen sollen nicht länger im Altpapierkontainer landen. Jahrelang aufgebaute politische Sammlungen sollen nicht in irgendwelchen Kellern verstauben und verrotten.

Die Zahl der Archive, die im deutschsprachigen Raum von diesen diversen privaten Sammlungen profitieren könnten, gibt der ABH-Verein mit ca. 500 Archiven an. Um die Kommunikation zwischen den Sammlern und Archiven zu fördern, organisiert die 'Archiv und Bibliothekshilfe' Seminare und Tagungen zum Fachsimpeln, zur Materialsuche und zum Tausch. Kooperationspartner der ABH sind u.a. die Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Zürich, das ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, die Umweltbibliothek und das taz-Archiv in Berlin, das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel, das »Grüne Gedächtnis« in Bornheim Widdig, das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn-Bad Godesberg und das Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg.

Interessenten könne sich an den Vorsitzenden des Vereins, Jochen Zimmer, an der Uni Duisburg, Fachbereich 1, Postfach 101503, 47048 Duisburg, Tel: 0203/379 2575 wenden.(KFB) ●

Kai F. Böhne

FINANZIERUNG VON FRAUENPROJEKTEN

Der Versuch, Stroh zu Gold zu spinnen

Welche besonderen Qualitäten zeichnen feministische Projekte aus? Welche Förderung benötigen die Projekte für ihre Arbeit und welche bekommen sie real? Welche Folgen hat die derzeitige Mangelfinanzierung für die Arbeit der Projekte und was bringt die betroffenen Frauen dazu, sie trotz aller Nachteile zu akzeptieren?

Eine soeben erschienene empirische Studie, welche die öffentliche Förderung von Frauenprojekten in Berlin zwischen 1987 und 1993 untersucht, findet vielschichtige und unbequeme Antworten – sowohl für die fördernden Institutionen als auch für die Projekte selbst. Die Autorinnen kritisieren die staatliche Förderpolitik, die die Arbeit der Projekte gern möglichst billig in Anspruch nimmt, aber nicht die Chancen der von den Projekten entwickelten Modelle nutzt. Sie kritisieren aber auch die »Bescheidenheit« und Anpassungsbereitschaft der Projekte, die durch ihre prekäre materielle Situation zu zerbrechen drohen. Die Untersuchung schließt eine Recherche der Projektförderung in sechs anderen Bundesländern ein, deren Ergebnisse der Berliner Situation ähneln.

Betzeld, Sigrid/Coors, Barbara (hrsg. von Stiftung MITARBEIT und dem Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte): Die Finanzierung von Frauenprojekten oder der Versuch, Stroh zu Gold zu spinnen. Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement, Nr. 22, Bonn 1994, 158 S., ISBN 3-928053-35-3

DEMOKRATIE IN EUROPA

Europa in der Diskussion

Spätestens seit der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages stellt sich die Notwendigkeit, über Ziele und Wege des weiteren europäischen Einigungsprozesses neu nachzudenken. Mit zwei Buchveröffentlichungen will die Stiftung MITARBEIT zu dieser Diskussion beitragen.

Wieviel Demokratie verträgt Europa? Wieviel Europa verträgt die Demokratie? waren die Fragen, die von der Stiftung an Mitglieder ihres Kuratoriums – namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik – gerichtet wurde.

Der Tenor der Antworten ist eindeutig: Wenn das geeinte Europa mehr sein soll als ein Pakt nationaler Egoismen, dann muß es mit Mitteln demokratischer Politik gestaltet werden und nicht von ökonomischen Fakten. In den Beiträgen des Bandes werden die unvermeidlichen Spannungen im Projekt eines solchen demokratischen Europas neu vermessen und anhand zentraler Politikfelder Vorschläge zu ihrem schrittweisen Ausgleich gemacht.

Zu den AutorInnen gehören Diemut Schnetz, Tilman Evers, Renate Schmidt, Manfred Brunner, Peter Glotz, Helmut Simon, Kristin Bergmann und Uwe Tassen, Ulf Fink, Eberhard Köhler, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Walter Hildebrandt, Wolfgang Ullmann und Christine Lieberknecht.

Abgerundet wird der Band durch die Rede des Präsidenten der Tschechischen Republik Václav Havel vor dem Europäischen Parlament sowie den Entwurf des europäischen Parlaments für eine Europäische Verfassung.

Die Frage, wie europäische Politik offener und demokratischer gestaltet werden kann, ist auch das Thema eines weiteren Readers, der unter dem Titel »Mehr Demo-Europa. Ideen und Ansätze« in der Publikationsreihe der Stiftung MITARBEIT erschienen ist. AutorInnen aus acht europäischen Ländern diskutieren das Demokratiedefizit der Europäischen Union, entwickeln Vorschläge und Ideen für ein demokratisches Europa und berichten über Initiativen für ein Europa von unten (darunter befinden sich auch zwei in CONTRASTE veröffentlichte Beiträge von Ricarda Buch und Ralph Döring). ●

Stiftung MITARBEIT (Hrsg.): Wieviel Demokratie verträgt Europa? Wieviel Europa verträgt die Demokratie? Red.: Tilman Evers, Verlag Leske & Budrich, Opladen 1994, 192 S.

Stiftung MITARBEIT: Mehr Demokratie für Europa, Ideen und Ansätze, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten, Bd. 7, Bonn 1994, 200 S.

EU-FÖRDERPROGRAMM FÜR JUGENDINITIATIV-PROJEKTE

Was kommt nach PETRA ?

So schnell, wie für viele »die Jugend« vorbeigeht, geht auch die zweite Generation der europäischen Programme zu ihrer Förderung vorbei. Ende Dezember 1994 laufen die Maßnahmen der Aktion II aus, eine völlig neue Förderstruktur ist angekündigt.

Bis zum 31. Januar 1994 konnten selbstorganisierte Jugendprojekte noch Anträge für eine finanzielle Unterstützung stellen. Seitdem geht nichts mehr im EU-Förderprogramm PETRA II. Nach Auswertung der eingegangenen Anträge können 1994 noch 24 Projekte ihre Ideen mit Hilfe der Gelder der Europäischen Union umsetzen.

Für 1995 bis 1999 plant die Europäische Union die III. Aktion der bisherigen Programme, allerdings in modifizierter Form. Unter den Namen »Sokrates« und »Leonardo« werden die Bildungs- bzw. Ausbildungsprogramme subsummiert. Die Förderung der Jugendinitiativprojekte soll bei »Jugend für Europa« fortgesetzt werden.

Vorgesehen sind hier in fünf Aktionsbereichen:

- die Unterstützung von Projekten und Projektenetzen, an denen Jugendliche direkt beteiligt sind.
- die Ausbildung von JugendbetreuerInnen
- die Kooperation zwischen den für Jugendliche zuständigen Stellen
- Austauschvorhaben mit Drittländern
- Information der Jugendlichen sowie Forschung im Jugendbereich.

Die neuen Förderpläne für Jugendliche sind vom Europaparlament und Rat noch nicht verabschiedet, mit neuen Nachrichten ist im Herbst zu rechnen.

Mitte Oktober treffen sich auf Einladung der Stiftung MITARBEIT die PETRA II-geförderten Jugendinitiativprojekte, um Probleme und Lösungsmodelle der Initiativarbeit zu diskutieren und sich über die Fortsetzung der europäischen Förderprogramme 1995 zu informieren.

Außerdem lädt die Stiftung Aktive aus Initiativen vom 16. bis 18. September nach Königswinter bei Bonn ein, um über Hilfestellungen für die Initiativarbeit nachzudenken. Unter anderem werden Förderkonzepte verschiedener öffentlicher und privater »Geldgeber« vorgestellt. ●

Nähere Informationen und Seminaranmeldung über das Europa-Telefon der Stiftung MITARBEIT Tel. (02 28) 69 67 40.

Aus: mitarbeiten Nr. 2/94

Anzeige

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Christine Kuby wurde im Januar 1978 in Hamburg nach einer Schießerei verhaftet. Damals war sie 20 Jahre alt. Bei der Festnahme wurde sie und einer der Polizisten verletzt. Angeklagt und verurteilt wurde sie wegen „versuchtem Mord". Das Jahr 1978 war geprägt von einem Klima der „Terroristen"-Hetze und des staatlichen Ausnahmezustands. Allein in Hamburg wurden damals innerhalb von 10 Monaten 4133 Personen und 3496 Fahrzeuge überprüft. Das Kontaktsperregesetz wurde erlassen, die Trennscheibe auch bei Verteidigerbesuchen zur Vorschrift. Christine wurde während des Prozesses ausgeschlossen und zur Urteilsverkündung gefesselt vorgeführt. Sie wurde zu lebenslänglich und zusätzlichen 10 Jahren verurteilt – für zwei Schüsse, die sie auf Polizisten abgab, um sich ihrer Verhaftung zu widersetzen. Im SPIEGEL wurde damals die Frage nach einem „Scheinverfahren" gestellt, das „gespenstische Form" angenommen habe, „wie bei Kafka".

Die ersten 19 Monate nach ihrer Verhaftung war Christine in Einzelisolation. Nach einem kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen kam Christine Kuby 1979 nach Lübeck, wo sie heute mit Hanna Krabbe und Irmgard Möller in einer Kleingruppe inhaftiert ist.

Wie die anderen Gefangenen, die 15 Jahre oder länger in Haft sind, stellte Christine Kuby im Oktober 1992 einen Antrag auf Haftentlassung, in dem sie noch einmal erklärt: „Die RAF hatte sich auf der Grundlage ihrer politischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn der siebziger Jahre entschlossen, das von ihr angestrebte Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. ...alleinige Motivation für alle war das angestrebte politische Ziel einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung." Trotzdem wurde zur Vorbedingung für eine Haftentlassung ein psychiatrisches Gutachten von den Richtern bei ihrer Anhörung gefordert. Ein Vorgang, der von allen RAF-Gefangenen abgelehnt wird, weil ein solches Gutachten ihre damalige Entscheidung psychiatrisieren und damit entpolitisieren soll.

Anzeige

Libertäre Tage '93 Dokumentation

Schon lange erwartet, nun endlich da: die Dokumentation zu den Libertären Tagen, Ostern 1993 in Frankfurt/Main

Mit vielen Bildern, Arbeitsgruppenberichten, Beiträgen zur Eröffnungs- und Freitagabendveranstaltung sowie zur Libertären Buchmesse, der LT-Demonstration, der LT-Umfrage, Kommentaren, Brie-fen, Pressespiegel etc. zu dieser anarchistischen Groß-veranstaltung mit über 3.000 TeilnehmerInnen.

Bestelladresse:
A-Forum Ffm
c/o Dezentral
Wittelsbacherallee 45
60316 Frankfurt
Tel. und Fax 069 - 49 09 203

Bankverbindung:
T. Schupp (LT '93)
Postgiroamt Frankfurt
Konto-Nr.: 56 09 73 - 607
BLZ 500 100 60

Die 96-seitige Dokumentation erhaltet Ihr für 9,50 DM + 1,50 DM Porto im voraus (V-Scheck, bar oder in Briefmarken). Ab 3 Exemplaren kostet die Dokumentation für WiederverkäuferInnen 6,50 DM je Exemplar (zuzüglich Porto).

JOBS

Freie Holzwerkstatt GmbH
Wir sind eine Schreinerei, die Küchen und Möbel aus Vollholz und mit biologischen Oberflächen herstellt. Wir suchen eine/n GesellIn mit Berufserfahrung und Interesse an unserem Kollektiv und an selbstverantwortlicher Arbeit.
Bewerbungen mit Bild an:
Freie Holzwerkstatt GmbH
Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

Wir suchen: TischlerIn mit Erfahrung im Bereich Möbel-und Innenausbau (Küchen) zum baldigen Eintritt.
Wir sind: ein selbstverwalteter Handwerksbetrieb mit 13jähriger Erfahrung im ökologischen Möbelbau.
Handwerkergenossenschaft
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24
68159 Mannheim
☎ (06 21) 10 33 25

JOBSUCHE

Naturkostladner/Betriebswirt, 38J., bereit zum Umzug, sucht Arbeit/altive Teilhaberschaft im Naturwarenbereich – gerne Öko-Weinhandel. Bin offen für andere Branchen im alternativen Bereich.
Chiffre: Arbeit & Kapital

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

Suche **Lehrstelle für 1995 in Schreinerei** (vorw. Massivholzverarb.), gern mittel-/süddeutscher Raum.
Bin 30J., mit 18 Elektro-Lehre, seitdem im Metall- und bes. Holzbereich tätig.
Kann selbständig u. produktiv arbeiten, halte mich für kooperativ und auch sonst ganz nett und freue mich, von Euch zu hören!
Martin Kleinmeyer, Dexbacher Str. 6, 35117 Mümchhausen
☎ (0 64 52) 52 17

PROJEKTE

Finkenburg, Große Land-WG zwischen Verden und Bremen mit Mosterei, Hühner, Schafen und Perspektiven sucht 3-4 MitbewohnerInnen, für die Ökologie und Selbstverwaltung keine Fremdworte sind.
☎ (0 42 04) 14 97

Kleine, alternative Monatszeitung, Nähe Bremen, sucht Praktikantin oder Praktikant für 1-3 Monate Mitarbeit in sämtlichen Bereichen. Unterkunft und Verpflegung ist frei. Interesse und Engagement sind erwünscht, großartige Vorkenntnisse im Mediengeschäft nicht unbedingt nötig (werden vermittelt).
Formlose Bewerbung an:
Torfkurier Verlags-GBR
z. Hd. Elke Paul
Everinghausen 42, 27367 Sottrum

PROPJEKTE

Wendland: Wir, bald zu dritt, suchen Mitbewohner mit Kleinkind für WG bei größerem Gemeinschaftsprojekt auf anthroposophischer Basis. Brachliegende Holzwerkstatt und viele weitere Möglichkeiten. Titus & Mareille
☎ (0 58 55) 6 30

WOHNRAUM STATT WARE

Sozial und ökologisch engagiertes Selbstbauprojekt sucht finanzielle Unterstützung für Zwischenfinanzierung von Kasernenumbau in Tübingen. Informationen über Sinn und Konditionen: Verein zur Förderung gemeinschaftlicher Wohn-und Lebensformen e.V., Reutlingerstr. 90b, 72072 Tübingen
☎ (0 70 71) 3 57 71.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Wir sind ein selbstverwaltetes Ingenieurbüro, planen und bauen Anlagen zur anaeroben Vergärung von Naßmüll. Für den Bereich

Sekretariat und Verwaltung

suchen wir eine(n) engagierten Mitarbeiter(in). Wir erwarten eine Sekretariats-/kaufmännische Ausbildung sowie mehrere Jahre Berufspraxis.Weitere Voraussetzungen sind gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, sicherer Umgang mit dem PC (WinWord, Excel), Erfahrungen in Gruppenarbeit, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Teilzeitarbeit ist möglich.

Schriftliche Bewerbungen bitte an:
BTA Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG
Rottmannnstraße 18, 80333 München

versiko
Bewußt ökologisch:
Geldanlagen & Versicherungen

LV–Verkäufer/in

für privat + BAV im Innendienst von politisch engagierten Versicherungsmakler in Dauerstellung gesucht.
Bei der Wohnungssuche sind wir behilflich.

Schriftliche Bewerbungen an
Klaus Odenthal, ***versiko*** **GmbH,**
Fichtenstr. 42, 40233 Düsseldorf

versiko
Bewußt ökologisch:
Geldanlagen & Versicherungen

Sachbearbeiter/in

mit Fachkenntnissen im Versicherungsbereich (auch direkt nach der Ausbildung) für politisch engagierten Versicherungsmakler in Dauerstellung gesucht.
Bei der Wohnungssuche sind wir behilflich.

Schriftliche Bewerbungen an
Klaus Odenthal, ***versiko*** **GmbH,**
Fichtenstr. 42, 40233 Düsseldorf

NICARAGUA

Nicaragua im Würgegriff von IWF und Weltbank
Bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 70% ist die Übernahme »ihres« Betriebes durch die ArbeiterInnen oft die letzte Lösung um dessen Schließung zu verhindern. Der **Werkhof e.V.** will das »Überleben« dieser ArbeitnehmerInnenbetriebe sicherstellen und unterstützt die Betriebe mit Ausbildung, Beratung und Finanzmitteln.
Weitere Infos bei:
Werkhof e.V. · Rundeturmstr. 16
64283 Darmstadt
Spendenkonto: PGiro Ffm Nr. 117315-602, BLZ 500 100 60

Vorsicht Werbung !

5 Jahre Antifaschistischer Taschenkalender

Zum fünften Mal erscheint im August der Antifaschistische Taschenkalender als Gemeinschaftsprojekt verschiedener antifaschistischer Initiativen und Einzelpersonen, und feiert damit ein kleines Jubiläum.

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender 1995 wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen.

Im Serviceteil bietet der handliche Begleiter wie gewohnt einen geordneten und aktualisierten Überblick über antifaschistische Gruppen, Initiativen und Zeitschriften, Rechtshilfeinfos, Kurzlexikon zu faschistischen Banden und Parteien ...

Für 11,50 DM gibt es 240 Seiten und 365 Tage gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus im bewährten Hosentaschenformat.

Ab Anfang September in jeder guten Buchhandlung, in eurem Infoladen, bei eurer Antifa oder bei uns:

Antifa-Kalendergruppe, c/o unrast, Postfach 8020, 48043 Münster.

WiederverkäuferInnen erhalten Rabatte!

Täglich links:

junge Welt
Die Tageszeitung

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name .....
Str./Nr. .....
PLZ/Ort .....
Unterschrift .....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

Datum/ 2. Unterschrift .....

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Spirit of RESISTANCE

Halbjährliche Irland-Zeitung

Informationen und Diskussionen aus der irisch-republikanischen Bewegung: Interviews, Hintergründe, Gefangene, Frauenkampf

Erstausgabe erscheint ab Juli

Einzelheft nur gegen Vorauskasse (bar oder Briefmarken): DM 4 + DM 3 Porto. **Ab 5 Exemplare:** DM 3 pro Ex. + DM 5 Porto.

Kontakt - und Bestelladresse:
Irland - Gruppe, c/o Infoladen "Anschlag", Heeperstr. 132, 33607 Bielefeld

Selbständig. Ständig sicher?

Berufsunfähigkeitsversicherung mit ökologischer Kapitalanlage

- Die Rundum-Versicherung für Selbständige und Freiberufler:
  Berufsunfähigkeitsrente
  Familienabsicherung
  Altersversorgung
  sind abhängig vom Einkommen und Familienstand flexibel kombinierbar.
- Besonders günstige Leistungen durch unseren ökowerk-Rabatt!
- Sicherheitsgarantie durch die Swiss Life + Schweizerische Rentenanstalt +

Bitte schicken Sie mir den
○ Angebotsprospekt ökowerk-Sicherheitsplan
○ Selbstdarstellung ökowerk e.V.

Name _____ Vorname _____
Anschrift _____
Beruf _____ Telefon _____

Info-Coupon bitte an:
Berufsverband der ökologisch arbeitenden Selbständigen und Freiberufler im ökowerk e.V.
Fichtenstraße 42, 40233 Düsseldorf
Telefon 0211/9737150, Telefax 0211/9737110

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Jugendumweltbewegung: 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TISCHLERINNEN

Das 5. Bundesweite Tischlerinnentreffen findet in diesem Jahr vom 23. bis 25.9. in der Nähe von Kassel statt. Informationen dazu bei: Fiona Dancy, Kirchweg 1, 34269 Kaufungen.

HESSEN-REIHE

»Knatsch, Zoff und Keilerei«
Konflikte und Konfliktlösungsstrategien in selbstverwalteten Betrieben. Das Seminar setzt an den Konflikterfahrungen und den Konfliktlösungsstrategien der TeilnehmerInnen an. Ziel ist es zu zeigen, daß die Analyse der Ursachen und des Verlaufs von Konflikten und deren Bearbeitung zu kreativen Veränderungen im Betrieb führen kann und daß Konflikte nicht unweigerlich zum Bruch innerhalb der Gruppe oder zum Weggang Einzelner führen müssen.
Leitung: Andrea Gerth und Elmar Sing
Termin: 9.-11.9. 1994, Jugendhof im Bessungerforst, 64380 Roßdorf (Darmstadt)

Social-Marketing und Corporate Identity
Der ganzheitliche Blick auf die Arbeit.
Social-Marketing ist Planung, Organisation, Durchführung und Kontrolle von Marketing-Strategien und -aktivitäten, die zielgerichtet auf die Lösung sozialer und/oder wirtschaftlicher Aufgaben gerichtet sind. Corporate Identity bezeichnet das Selbstbild einer Organisation und meint die Teilbereiche
- Verhalten (Produkte, Dientsleistungen)
- Kommunikation nach innen und außen
- Erscheinungsbild (Logo, Räume, MitarbeiterInnen)

Zielgruppe sind (leitende) MitarbeiterInnen von sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen und Projekten.
Leitung: Marie-Luise Jung, Frankfurt
Termin: 16./17.9 1994, Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt

Mensch – Maschine – Macht
Neue Technologien und ihre Auswirkungen.
Computer in Alternativbetrieben sind heute schon (fast) keine grundsätzliche Frage mehr. Doch wofür neue Informations- und Kommunikationstechnologien alles eingesetzt werden, löst berechtigterweise Diskussionen aus. Sowohl betriebswirtschaftliche, arbeitsorganisatorische und oft auch strukturelle Fragen spielen dabei eine Rolle.
Das Seminar richtet sich an MitarbeiterInnen, die vor der Einführung neuer Technologien stehen oder deren Einsatzbereich erweitern wollen sowie an solche, die ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet reflektieren wollen. Ziel ist das gemeinsame Erarbeiten einer Checkliste der Fragen und Themenkomplexe rund um die Einführung von neuen Technologien.
Leitung: Thomas Hardwig, Soziologe
Termin: 23./24.9. 1994, Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt
Anmeldung & Informationen:
AG Seminarreihe im VSBH
Karin Schröder
Lindenstr. 33a, 36037 Fulda

FINANZMANAGEMENT

Betriebliche Finanzplanung
Um den wachsenden Anforderungen einer soliden Unternehmensfinanzierung gerecht zu werden, müssen UnternehmerInnen oder ExistenzgründerInnen durchaus keine »FinanzexpertInnen« oder »RechenkünstlerInnen« sein.
Grundkenntnisse der Unternehmensfinanzierung sind jedoch eine unbedingt notwendige Voraussetzung, um möglichen Liquiditätsengpässen begegnen zu können, eine solide Unternehmensentwicklung zu gewährleisten und mit Banken erfolgreich zu kooperieren.
Anhand praktischer Beispiele sollen diese Grundkenntnisse der Finanzierung und Finanzplanung dargestellt, erläutert und diskutiert werden.
Termin: 22./23.9.94
Kosten: 300 DM (240 DM für netz-Mitglieder)
Ort: Düsseldorf
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
und Selbstorganisation
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax (02 11) 35 15 91

NORDDEUTSCHLAND

Starthilfe für Existenzgründungen
Termine: 28. bis 30.9.94 in Lübeck und 5. bis 8.10.94 in Hamburg
In 3- bzw. 4-tägigen Seminaren zur beruflichen Selbständigkeit werden Kenntnisse von der Konzeptentwicklung bis zur Finanzierung vermittelt. Die TeilnehmerInnen lernen, die Chancen und Risiken der eigenen Betriebsidee besser zu beurteilen und sich umfassend auf die Gründung vorzubereiten. Die Seminare werden vom Wirtschaftsministerium gefördert und von der Autorin des Ratgebers **»Meine Chefin bin ich selbst«** geleitet: Claudia Kirsch, Unternehmensberatung für Gründung, Organisation und Entwicklung, Bahrenfelder Str. 169, 22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 97 42.

SAARLAND

»Der arme Poet«
Der Erhalt und die Förderung der freien Kulturszene gehört zu den Lippenbekenntnissen jedes Politikers. Wir wollen mit dem Seminar die Fördermöglichkeiten von kommunaler Ebene bis hin zur europäischen Gemeinschaft aufzeigen, die Angemessenheit der Förderung diskutieren und neue Ideen zur finanziellen Absicherung entwickeln.
Termin: 27./28.8.94 im Kultur-und Werkhof Saarbrücken.

»No scolae sed vitae«
Projektentwicklung mit Planspielmethoden
Das Trainingsseminar hat zum Ziel, Methoden und praktische Regeln für die Entwicklung, Planung, Organisation und Erfolgskontrolle von Projekten zu erarbeiten und mit Hilfe von Planspielmethoden zu erproben.
Termin: 23. bis 25.9.94 im Kultur- und Werkhof Saarbrücken

»Tue Gutes und rede darüber«
Öffentlichkeitsarbeit für kleine Träger
Personen, die sich in Projekten zusammenfinden, leisten zwar in der Regel gute Arbeit, denken aber wenig daran, daß dies auch der Öffentlichkeit und den potentiellen Geldgebern deutlich werden muß. Dies gilt insbesondere für Bürgerinitiativen und -bewegungen, die mit gutem Willen aber wenig professionell arbeiten. Der alte Grundsatz der Öffentlichkeitsarbeit »Tue Gutes und rede darüber« reicht dazu sicher nicht mehr aus. Wir werden anhand eines fiktiven Vereins für die TeilnehmerInnen umsetzbare Strategien darstellen und einüben.
Termin: 8. u. 9.10.94 im Kultur-und Werkhof Saarbrücken
Information & Anmeldung:
Nauwieser 19 e.V.
Kultur- und Werkhof
Nauwieserstr. 19
66111 Saarbrücken

JUGENDUMWELTBEWEGUNG

anders leben – anders arbeiten
Die vorgeszeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, extrem ungleiche Lebensbedingungen auf der Erde, Konsumorientierung, Trennung von Arbeit, Politik und Leben, Vereinzelung und Hierarchien sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Ansätze von gemeinsamer Organisation des Alltags wie Food Coops und Kinderläden sind Beispiele für Anfänge einer herrschaftslosen Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute, Kostenpunkt jeweils 30 bis 50 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine, Ort und jeweilige Anmeldeadresse:
22.-24.8.94 Kommune Niederkaufungen, Kerstin Homig, Ammerländer Heerstr. 393a, 26129 Oldenburg
16.-18.9.94 Ort n.n., JUB Göttingen
9.-11.12.94 Ökostation Deister-Vorland, Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, Verden
Weitere Infos bei:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung, Kerstin Rabenstein, Esmarchstr. 42c, 22767 Hamburg

Gründung von Projektwerkstätten
Projektwerkstätten und Jugendumweltbüros sind Häuser oder Räume, die für Umwelt-Projektarbeit ausgestattet sind. Bibliothek, Layoutwerkstatt, Platz für Treffen, Archive... Die Möglichkeiten sind vielfältig.
Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten werden von den NutzerInnen selbstverwaltet, Entscheidungen von denen getroffen, die sie betreffen. Es gibt keine Vereinsmeierei, Paragraphen und Vorstände. In Projektwerkstätten laufen örtliche, regionale, landes- und bundesweite Projekte, ganz nach den Interessen der NutzerInnen. Vor allem helfen Projektwerkstätten örtlichem Engagement auf die Sprünge. Engagierte Gruppen und Einzelpersonen bekommen eine Plattform zum Aktiv werden, die Kontinuität und Motivation fördert.
Das Seminar soll helfen, selbst eine Projektwerkstatt gründen zu können. Organisationstips, Erfahrungen aus der Praxis aber auch rechtliche und finanzielle Grundlagen stehen auf dem Programm.
Termin: 30.9. bis 2.10.94 in Koblenz
Kosten: 30 bis 60 Mark (Selbsteinschätzung)
Anmeldung & Information:
Jugendumweltbüro Göttingen
Güterbahnhofstr. 10
37073 Göttingen

UMWELT

Internationale Sommeruniversität zu Umweltfragen
An der 2. Internationalen Sommeruniversität Münster/Osnabrück, die zum Thema »Mensch – Technik – Umwelt« vom 31.8. bis 8.9.94 in Osnabrück stattfindet, können neben Studierenden auch weitere InteressentInnen teilnehmen. Information/Anmeldung: Uni Osnabrück, KWW/Sommeruniversität, 49069 Osnabrück (Tel. 0541-969-4201 oder Fax 4822)

Anderes Wirtschaften hat Zukunft

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz-Bundesverband
Huckarder Str. 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231/16 24 76
Fax: 0231/16 27 98

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Kooperation mit der HAB
Arbeitsplätze für SozialhilfeempfängerInnen
Termin: 30.8.94 (abends)
Rhetorik und Gesprächsfähigkeit
Rhetorikgrundkurs
Termin: 10. bis 11.9.94
Wohin des Weges?
Berufsorientierungsseminar für Frauen, die mit ihrem erlernten Beruf unzufrieden sind oder nach längerer Familientätigkeit (wieder) in das Erwerbsleben einsteigen wollen.
Kursbeginn: 20.9.94
Dauer: 20.9.94 bis 11.2.95; (4 Vormittage die Woche und 4 Wochen Praktikum)
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

PERMAKULTUR

Dritte Europäische Permakulturkonferenz zum Thema: Entwicklungshilfe für den industrialisierten Norden.
In der Zeit vom 30.8. bis 2.9.94. Nähere Informationen auch zu den vorher stattfindenden Seminaren und der anschließend stattfindenden Projekte-Tour bei: Verein für ganzheitliches Lernen e.V., Simmerhauser Str. 1, D-27243 Prinzhöfte, Tel. (0 42 44) 6 44, Fax 86 79

EUROPA

Das »Europäische Netzwerk der Alternativen und Solidarischen Wirtschaft« (REEAS) veranstaltet vom 9. bis 10.9.94 in Bastia (Korsika) eine Tagung zum Thema **»Eine Europäische Bank der Bürger und Regionen«**. Auf der Tagung (Tagungssprachen: deutsch, englisch, französich und spanisch) sollen die verschiedenen Instrumente zur Entwicklung einer solchen Bank diskutiert werden. Weitere Informationen zu dieser Tagung – zu der 27 europäische Banken (darunter die Ökobank & GLS-Bank) angekündigt sind – über die REEAS-Fax-Nr.
0033-1-49 15 04 14

STIFTUNG MITARBEIT

SPONSORING

»Wege aus der Finanzierungskrise? Chancen und Grenzen von Spenden und Sponsoring für die Initiativenarbeit« ist der Titel eines Seminars der Stiftung MITARBEIT (23. bis 25.9.1994 in Meinhard-Grebendorf nahe Eschwege). Das Seminar soll Grundwissen zu Spenden und Sponsoring vermitteln. Wer käme als Spender/in oder Sponsor/in in Betracht? Werden die Inhalte der Initiativenarbeit durch Spenden und Sponsoring beeinflußt?
Außerdem soll das Seminar Initiativen und Projekten Anregungen geben, ihr Selbstverständnis und ihre Außendarstellungen zu überprüfen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Initiativen** ist das Thema eines Seminars der Stiftung MITARBEIT (30.9. bis 2.10.94 in Magdeburg). Ausgehend von den Erfahrungen der TeilnehmerInnen sollen Antworten gefunden werden u.a. auf folgende Fragen: Wie bringe ich mein Anliegen »unter die Leute«? Wen kann ich ansprechen auf welche Weise? Wie muß ein Pressebericht Aussehen?
Das Seminar richtet sich an Initiativen/Projekte in den neuen Ländern.
Nähere Informationen zu beiden Seminaren bei:
Stiftung MITARBEIT
Sylvia Fels
Bornheimer Str., 37, 53111 Bonn
Tel. (02 28) 63 00 23
Fax 69 54 21

BEVÖLKERUNGSPOLITIK

Das »Eine Welt Jugend Netzwerk« bietet ein Seminar zu den Hintergründen der Bevölkerungspolitik an. »UNO-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung«, »frauenfreundliche Bevölkerungspolitik« und »Umweltzerstörung und Bebölkerungspolitik« u.a. sind Diskussionsthemen der Veranstaltung vom 2. bis 4. September in Göttingen. Näheres über Astrid Schaffert, Auf dem Lohberg 23, 37087 Göttingen.

MAILBOX & PGP

Sicherer Datenaustausch für den Betrieb
In diesem viertägigen Seminarprogramm für Verantwortliche und Fachleute aus Betrieben wird ein Intensivkurs in Datenfernübertragung und Fragen der Datensicherheit geboten:
- Eine Einführung in die Geschichte, Struktur und Besonderheiten verschiedener Mailboxnetze. Hierbei sollen Gesichtspunkte wie betriebswirtschaftlicher Nutzen und Zuverlässigkeit und Sicherheit des Datentransfers gleichermaßen behandelt werden.
- Eine Vorstellung verschiedener sogenannter »Offline-Message-Reader« (Kommunikationsprogramme, die dadurch kostensparendere Datenübertragung ermöglichen, daß sie »Offline«, d.h. ohne ständigen Telefonkontakt funktionieren). Auf Wunsch können solche Programme auch auf dem mitgebrachten PC eingerichtet werden.
- Eine Vorstellung verschiedener Datenbanken sowie die beispielhafte Recherche in einer Datenbank.
- Eine Erklärung des besonderen Nutzens des Verschlüsselungsprogramms PGP für die Datensicherheit im Betrieb bzw. auch für die Verbindlichkeit der Wirtschaftskommunikation im Geschäftsverkehr (»elektronische Unterschrift«).

Das Seminar wird geleitet von Abel Deuring und Kurt Regenauer (Beratungsbüros Südschiene) und kann ab August 1994 wahlweise in Bielefeld, Dresden, Heidelberg oder Nürnberg abgehalten werden.
Es wird von einer Teilnahme von 10 bis 15 Leuten ausgegangen (Limit). In Baden-Würtemberg findet die erste Veranstaltung ab 14. Oktober 18 Uhr in Kooperation mit dem Netz-Landesverband in den Verlagsräumen von CONTRASTE statt.
Teilnahmegebühr: ohne PC – DM 100,–, mit eigenem PC – DM 50,–
Anmeldeschluß: 15.9.1994
Anmeldung: bei CONTRASTE in Heidelberg
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax: 164489
E-Mail ContrasteLink-N.cl.sub.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.
Datum: Unterschrift:
— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !
— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 6900 Heidelberg 1

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG Z.

☆ eine pluralistische Stimme der marxistischen Linken in Deutschland
☆ partei- und organisationsunabhängig
☆ erscheint seit 1990

Nr. 17, März '93: **Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (II)**
Nr. 18, Juni '94: **Anthropologische Lücke im Marxismus?**
Nr. 19, Sept. '94: **Gewerkschaften '94 Politik und Alternativen**
Nr. 20, Dez. '94: **Marxismus - Historismus - Restauration**
Nr. 21, März '95: **Demokratie im Metropolenkapitalismus Herrschaft und Grenzen der Emanzipation**
Nr. 22, Juni '95: **Friedrich Engels**

Außerdem in jedem Heft: Standpunkte, weitere Beiträge, Berichte, Kritik/Diskussion, Buchbesprechungen
176-276 Seiten
Einzelheft: 18,- DM
Jahresabo: 54,- DM (4 Hefte)
Im Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66, D-60327 Frankfurt/M., Tel. 069/7392934